

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis (Schlussnummer ab):
 Elektrisch, 2.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Beilage 2 Pf. (zwei bis 10 Pf.).
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eintragung in die Post-Verzeichnungs-
 Anstalt unter Streifen für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montagen.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Spalten-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Bekanntmachungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das fertige
 Wort 30 Pf. (zwei bis 10 Pf.).
 Stellenangebote und Schließel-An-
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 1. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Das Komplott gegen die sozialdemokratische Dumafraktion.

Ein raffiniert erdichtetes System von Fälschungen und Provokationen als Vorwand zum Staatsstreich, dann die Einleiferung einer ganzen Parlamentsfraktion und ihre Aburteilung hinter geschlossenen Türen vor einem Ausnahmegericht — das ist in kurzen Zügen der Inhalt der Justiztragedie, die sich im Jahre 1907 in Russland abgepielt hat.

Fast fünf Jahre lang war das Dunkel über dieser Schandtat der Zarenregierung ungelichtet geblieben. Die verurteilten sozialdemokratischen Abgeordneten verbüßten die ihnen fälschlich zudiktierte Strafe auf der „Katorga“ oder als Zwangsansiedler in den Eiswäldern Sibiriens. Zwei von ihnen, Dshaparidse und Dshugeli, starben im Gefängnis, Macharadse wurde irrsinnig, Peretelli und Komtadise erkrankten an der Lungenschwindsucht. Da draußen aber, im Reich, feierte die Gegenrevolution ihre blutigen Triumphe. Kirchhofstraße logerte über dem geknechteten, ausgezogenen Lande, während die aus dem Staatsstreich geborene dritte Duma, eine Frucht des aufstrotzenden Wahlgesezes, als williges Werkzeug der Regierung und der herrschenden Klassen, die Macht der Reaktion auf allen Gebieten des Volkslebens zu festigen suchte. Nun ist diese Kirchhofstraße endlich gebrochen worden. Die neu einsetzende revolutionäre Bewegung im Reich knüpft an dem Punkte an, wo die Reaktion den Ausläufern der großen Bewegung des Jahres 1905 den Todesstoß versetzt hatte. Sie unterwirft den Ursprung des herrschenden politischen Systems einer gründlichen Revision und zieht diejenigen zur Verantwortung, die ihr Verbrechen an dem Volke auf dem ruchlosen Komplott gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma aufgebaut haben. Viele Tausende von Arbeitern haben, allen polizeilichen Hindernissen trotzend, die Forderung aufgestellt, daß ihre unschuldig verurteilten Abgeordneten aus den Kerker und der Verbannung zurückgeholt und in ihre Rechte eingeleitet werden. Diese Forderung ist von nun an eng verknüpft mit dem Ausleben der revolutionären Bewegung der russischen Arbeiterklasse, die, an die Ueberlieferungen der ersten Phase der großen Volksbewegung anknüpfend, ihren Gegensatz zu dem bestehenden politischen System in dieser Lösung zum Ausdruck bringt.

Die Umstände haben sich so gefügt, daß der politische Konflikt zwischen der Regierung und dem Volke neue Nahrung gefunden hat in der zutage getretenen juristischen Unhaltbarkeit des gegen die sozialdemokratische Fraktion gefällten Schandurteils. Wie sorgsam die Staatsstreichregierung ihr Verbrechen auch hütete — auf die Dauer ließ sich das Reg der Fälschungen und Provokationen nicht verborgen halten, das der Regierung als Vorwand zum Staatsstreich gedient hat. Im Oktober vorigen Jahres veröffentlichte Burehew in seiner in Paris erscheinenden Zeitung „L'Avénir“ die Selbstbezüglichung des früheren Agenten der Petersburger politischen Polizei Woleslaw Brodski, wonach er im Auftrage des Chefs der „Ohrana“, General Gerasimow, das Komplott gegen die sozialdemokratische Dumafraktion eingeleitet und im Bunde mit der Polizei durchgeführt hat. Diese Enthüllung bestätigte im Grunde nur den Verdacht, der in der russischen Parteipresse schon seit Jahr und Tag in ziemlich bestimmter Form ausgedrückt wurde. Das Mitglied der zweiten Duma, Genosse Dr. B. Mandelberg bestätigte nach der Veröffentlichung der Brodskischen Enthüllungen, daß die Dumafraktion den provokatorischen Charakter des gegen sie organisierten Komplotts keinen Augenblick ungezweifelt hatte. Sie kannte bloß nicht den Namen des Lockspiegels, der sich zu dieser Schandtat hergegeben hatte. Zugleich wies Genosse Mandelberg auf die charakteristische Eigentümlichkeit dieses provokatorischen Unternehmens hin: „Ein gewöhnlicher Lockspiegel — schrieb er — ruft ein Verbrechen hervor, hegt und pflegt die Ueberreiter des Gesezes, um sie hernach auszuliefern; er gründet Geheimdrudereien, Bombenfabriken und „entdeckt“ sie hernach. New organisierte Attentate, um die Personen auszuliefern, die er zu ihrer Ausübung verwandte. Hier aber wurde anders gearbeitet. General Gerasimow, der Generalprovokateur, schuf hier neue Methoden der Provokation: das erwünschte Verbrechen vermochte er nicht ins Leben zu rufen, und so schuf er denn den Anschein eines Verbrechens, vertauschte die Karte und präzentierte an Stelle des ihm geschaffenen die Anklage wegen eines anderen Verbrechens. General Gerasimow organisierte die Einleiferung eines „Auftrages“ der Petersburger Garnison an die Fraktion, er verließ aber diesem Unternehmen eine solche Form, daß es als eine Konferenz der Fraktion mit den Delegierten der Garnison, als Konferenz zur Hervorbringung eines bewaffneten Aufstandes ausgegeben werden konnte. Dabei wußte er, wie alle seine Kollegen, mit Stolypin an der Spitze, daß dies eine Lüge war.“ Die näheren Umstände dieses Komplotts werden von

Brodski in seinen Gesuchen an den Zaren, den Justiz- und Innenminister, in denen er um die Einleitung der gerichtlichen Untersuchung nachsucht, folgendermaßen geschildert: General Gerasimow beauftragte ihn gleich nach der Eröffnung der zweiten Duma, eine „Verbindung“ zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und den geheimen Militärorganisationen „herzustellen“. Brodski verstand es, sich in dieser Organisation Zutritt zu verschaffen und dort den einflussreichen Posten des Sekretärs des temporären Bureau einzunehmen. Er benutzte nun die in einigen Kreisen der Genossen verbreitete Idee, im Namen der Truppenteile einen „Auftrag“ („Nakas“) an die sozialdemokratische Fraktion zu richten, in welchem diese um Vertretung der Interessen der Untermilitärs in der Duma gebeten wurde. Der Entwurf dieses „Auftrages“ wurde von General Gerasimow redigiert; die Soldaten, die sich nach den Räumen der Fraktion auf dem Newski zur Ueberreichung des „Auftrages“ begeben sollten, wurden in der Wohnung eines Spießes in Zivilkleider gekleidet; in dem Augenblick, wo sich die Soldaten in den Räumen der Fraktion einfanden, sollte auch Brodski mit dem „Archiv“ der Militärorganisation dasehst erscheinen. Das Komplott der Ohrana gelang aber nur zum Teil. Die Soldaten wurden von der Fraktion sehr schnell hinauskomplimentiert, Brodski kam mit seinem „Archiv“ zu spät, und die Polizei, die zur festgesetzten Zeit in den Räumen der Fraktion erschien, fand weder die einen noch den anderen. Als der Justizminister wegen dieses Ueberfalls auf die Fraktion am folgenden Tage in der Duma zur Rede gestellt wurde, erklärte er, die Hausdurchsuchung habe das, was sie aufdecken sollte, nicht erreicht, weil die Polizei um eine halbe Stunde zu spät gekommen war. (Stenogr. Dumaber., Bd. II, S. 221—222). Danach fand sich in dem späteren Anlagematerial eine Abschrift des berichtigten „Auftrages“ der Soldatendeputation ein, die, wie Brodski mitteilt, von General Gerasimow den Gerichtsbehörden zugestellt wurde.

Trotz des offensichtlichen Mißerfolges des eingefädelten Komplotts nahm die Regierung von ihrem Vorhaben, die Sozialdemokratie ins Zuchthaus zu schaffen, keineswegs Abstand. Die Prokuratur kam der Provokatur zu Hilfe. Hatte diese ihr Werk nicht ganz zu vollbringen vermocht, so sollte jene hinter geschlossenen Türen den Justizmord zu Ende führen. Wozu versüßte denn auch der Justizminister über sorgsame Untersuchungsrichter und in Verbrechen ergrante Senatoren? Auf Grund des oben gekennzeichneten Anlagematerials wurde am 1./14. Juni 1907 an die Duma die Forderung gestellt, die sozialdemokratische Fraktion, die eine „Verschwörung zum gewaltsamen Umsturz der Staatsordnung, zur Entsetzung Sr. Majestät des Kaisers und zur Einführung der demokratischen Republik auf sozialistischer Grundlage“ (1) organisiert hatte, den Behörden auszuliefern. Die von der Duma eingesetzte Kommission tagte am 2./15. Juni vom Morgen bis zum Abend. Die Regierung wartete aber ihre Entscheidung nicht ab, sondern verhaftete noch in derselben Nacht den größten Teil der sozialdemokratischen Fraktion (37 von 55 Abgeordneten) und veröffentlichte am Morgen des 3./16. Juni das verbrecherische Manifest, das den Staatsstreich verkündete. Ein Ausnahmegericht, der Besondere Gerichtshof des Kriminalkassationsdepartements des Senats, vollendete das Werk, indem es die sozialdemokratische Dumafraktion hinter geschlossenen Türen der „Verschwörung“ als überführt erklärte und die Angeklagten zu vier- und fünfjährigen Zuchthausstrafen, zum Verlust aller bürgerlichen Rechte und zu lebenslänglicher Zwangsansiedelung in Sibirien verurteilte. Die angeklagten Abgeordneten lehnten es natürlich ab, an dieser Gerichtskommission teilzunehmen, wo ihnen sämtliche Rechtsgarantien genommen waren. Das Pluturteil wurde in ihrer Abwesenheit gefällt. Zu derselben Zeit fällt aber auch das Petersburger Proletariat sein Urteil über das Schandgericht, indem es in einer Anzahl von 150 000 Personen die Arbeit einstellte und die sozialdemokratischen Abgeordneten seiner Sympathien versicherte.

Am 17./30. Oktober vorigen Jahres erklärte das Mitglied der Kadettenpartei Rechtsanwalt Tschlenko in der Duma, er könne als früherer Richterstatler der seinerzeit von der zweiten Duma eingesetzten Kommission die Mitteilung machen, daß die Kommission zur einmütigen Ueberzeugung gelangt war, es handle sich hier nicht um eine „Verschwörung“ der sozialdemokratischen Fraktion, sondern um eine Verschwörung der Petersburger „Ohrana“ gegen die zweite Duma! Diese Kundgebung des liberalen Abgeordneten, die bedauerlicherweise 4½ Jahre zu spät kam, bestätigte voll auf die Richtigkeit der von Brodski gemachten Enthüllungen. Der provokatorische Ursprung des von der Regierung vorgelegten Anlagematerials, die zahlreichen Fälschungen und Tatsachener-

drehungen hatten der Kritik der Dumafraktion nicht standzuhalten vermocht. Darum mußte der Staatsstreich beschleunigt, darum mußte auch das Urteil über die eingeleiteten Abgeordneten hinter den geschlossenen Türen eines Ausnahmegerichts gefällt werden!

Die dritte Duma folgte den Traditionen dieses Gerichts, als sie im Gegensatz zu den Forderungen der Opposition bei der Erörterung der sozialdemokratischen Interpellation betreffend den „Hochverratsprozeß“ die Türen schloß. Hiermal zogen unsere Genossen, denen sich zuletzt auch die Kadetten angeschlossen, ihre Interpellation zurück, um die Dummehreheit zu zwingen, diese Angelegenheit öffentlich zu erörtern. Aber die Furcht der Regierungsparteien vor der Öffentlichkeit — der beste Beweis für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Anklagen — überzog alle anderen Bedenken. Die Interpellation wurde schließlich von den Mehrheitsparteien eingebracht, hinter geschlossenen Türen an eine Kommission verwiesen und dort unter Ausschluß der Öffentlichkeit und in Abwesenheit der Vertreter der Opposition nach kurzer Erörterung abgelehnt. Diese Versuche, die Interpellation zu verschleiern, werden aber den Sachwaltern des Staatsstreiches und des Justizmordes nichts nützen. Der Kommissionsbericht gelangt in der nächsten Woche in dem Plenum der Duma zur Verhandlung. Dann muß es sich herausstellen, ob die Duma, trotz der Proteste der Kulturwelt, daran festhält, das Verbrechen vom 3./16. Juni 1907 mit ihrem Namen zu decken und das Wiedernahmeverfahren in dem Prozeß der unschuldig verurteilten Dumaabgeordneten aufzuhalten.

Sollte man nach dem Kommissionsbericht urteilen, der kürzlich veröffentlicht worden ist, so müßte man die oben gestellte Frage schon jetzt bejahen. Die Mehrheit der Kommission hat nämlich ihre Aufgabe so aufgefaßt, als müßte sie noch ein übriges Mal über der unschuldig verurteilten sozialdemokratischen Fraktion zu Gericht sitzen. Sie füllte denn auch kein Urteil über die ihr zur Prüfung überwiesene Frage, ob die Petersburger Ohrana bei der Vorbereitung des „Hochverratsprozesses“ ihre Hand mit im Spiele hat — diese Frage hätte sie nach dem vorliegenden Material unbedingt bejahen und so die Notwendigkeit des Wiedernahmeverfahrens bestätigen müssen —, sondern sie erklärte, daß die „revolutionäre Tätigkeit der Dumamitglieder unabhängig von ihrer Verbindung mit der Militärorganisation nachgewiesen sei“. Mit dieser Erklärung verläßt die Dumafraktion nicht nur den Boden ihrer Befugnisse, sie bestätigt auch indirekt, daß der Hauptpunkt der Anklage, die angebliche „Verschwörung“ der Fraktion und der Militärorganisation, selbst von den Vertretern der Regierung fallen gelassen worden ist. Die kampfhaften Bemühungen der Kommission, die Richtigkeit des Urteils aus der politischen Tätigkeit der sozialdemokratischen Dumafraktion abzuleiten, haben einerseits mit dem Kern der Frage gar nichts zu tun, andererseits beweisen sie klipp und klar, daß die herrschenden Parteien im Bunde mit der Regierung das Urteil gegen die Fraktion nur als politisches Tendenzurteil schlimmster Art aufrechtzuerhalten vermögen. Das schützende Mäntelchen, das Stolypin seinem Komplott gegen die Sozialdemokratie umzubringen gesucht hat, hängt nun in Fetzen herab, und der Kulturwelt startt nun ein aus Provokation und Fälschung, aus Lug und Trug geschonenes Justizverbrechen entgegen, das den Vorwand für den Staatsstreich der Regierung geliefert hat.

*) Mit welchen Mitteln die Kommission gearbeitet hat, geht aus folgendem Beispiel hervor: Sie zitiert in ihrem Bericht den in der Zeitung „L'Avénir“ veröffentlichten Brief des früheren Mitgliedes der Petersburger Militärorganisation Andreitsch, wonach die Einreichung der „Anweisung“ der Soldaten an die Dumafraktion auch ohne Mitwirkung der „Ohrana“ zustande gekommen wäre, da die Soldaten und die meisten Mitglieder der Militärorganisation dieses forderten. Die Dumafraktion führt diesen Brief an, um die Schuldlosigkeit der „Ohrana“ und die Verbindung der Dumafraktion mit der Militärorganisation nachzuweisen. Dabei unterschlägt sie wesentlich die erste Hälfte des genannten Briefes, in welchem Andreitsch ausdrücklich erklärt:

1. Ich bestätige, daß die sozialdemokratische Dumafraktion in keiner organisatorischen Beziehung zu der Militärorganisation gestanden hat.
 2. Obwohl ich selbst weder ein Organisator noch ein Teilnehmer der Deputation gewesen bin, die der Dumafraktion die „Anweisung“ der Soldaten überreichte, kann ich dennoch bestätigen, daß die sozialdemokratische Fraktion von der Vorbereitung und dem Erscheinen der Deputation nicht in Kenntnis gesetzt war.“
 Aus solchen Unterschlagungen und Fälschungen besteht der ganze Bericht der Dumafraktion.

Sozialpolitik — Sozialdemokratie.

Der 29. Februar kehrt nur alle vier Jahre wieder, aber ein Tag so voll feuchten parlamentarischen Geplätschers, wie der gestrige Donnerstag, wird leider im Reichstag noch oft wiederkehren. Aber es ist kennzeichnend, daß selbst die Debatte dieses Tages ohne sonderliche Höhepunkte sich fast ausschließlich um die Sozialdemokratie und die von ihr am stärksten betonte Forderung, die Sozialpolitik, drehte, wo doch die Beratung des Reichsamts des Innern so viel Spielraum läßt für die Behandlung anderer Fragen. Ein Sozialdemokrat kam gestern nicht zu Wort, und da war es denn mehr als charakteristisch, wie sich alle Redner, angefangen vom Staatssekretär Dr. Delbrück über den Reichsparteiler Freiherrn v. Gamp bis zu dem Nationalliberalen Wassermann und dem Fortschrittler Doormann auf einer Linie zusammenfanden: das Verdienst der Sozialpolitik nahmen sie samt und sonders für die bürgerlichen Parteien und auch für die Regierung in Anspruch und der Sozialdemokratie warfen sie ebenso samt und sonders vor, daß sie „extreme“ (Delbrück), „unbesonnene“ (Wassermann und Doormann), „über alles Maß hinausgehende“ (Gamp) Forderungen aufstelle, und daß sie, weil sie das Unerreichbare verlange, schuld sei, wenn nicht immer das Erreichbare erlangt werde. Freilich mußten eben dieselben Redner anerkennen, daß die Sozialdemokratie doch viel getan habe, um die Sozialpolitik in Fluß zu bringen. Der Fortschrittler Doormann tat es, indem er sich hörbar an die Brust schlug und um die früheren Sünden des Sozialpolitik ablehnenden Freiinns Neu und Leid trug, und der Herr Staatssekretär nannte die Partei sogar „ein treibendes Moment bei der Lösung allgemeiner Zeitfragen“. Doch das Aber lag bei diesen Anerkennungen wie der Knüttel beim Hund: „aber“ die Sozialdemokratie stellt zu weitgehende Forderungen, „aber“ sie weiß nicht Maß zu halten usw. usw. — Die alte, abgedrehte Walze, die man bis zum Ueberdruß innerhalb und außerhalb des Parlaments vernommen hat.

Das etwa war der Kern, herausgeschält aus dem Wust der gestrigen Debatten. Eine — seine Trabanten werden sagen „großzügige“ — Rede des Herrn Wassermann eröffnete die Sitzung. Herr Wassermann glied einem gewandten Tausendfüßler, der aus seinem Chapeau claque Blumen und Früchte, Stroh und Kieselsteine gefällig und geschickt hervorzubereit, denn er warf mit der gleichen Eleganz neben einigen trefflichen Bemerkungen, Nichtigkeiten und Platttheien auf den Tisch des Hauses und blieb vom Scheitel bis zur Sohle „maßvoll und besonnen“ nach rechts wie nach links, und es war nicht mehr als ein Regiertrium, wenn er während der ganzen Dauer seiner nicht kurzen Rede auf der linken Seite der Tribüne verharrete. Jedenfalls wurde enttäuscht, wer erwartet hatte, der Führer des „linken Flügels“ der Nationalliberalen — Herr Wassermann ist uns doch nicht böse! — werde etwas davon vernehmen lassen, was im Schoße der Partei braut und gärt.

Der Fortschrittler Doormann schwang auch das an einen Steden gebundene Taschentuch des „maßvollen Fortschritts“ und entsetzte sich vor dem Sturmbanner der sozialdemokratischen „extremen Forderungen“. Daneben polemisierte er mit gutem Blick gegen die Absurditäten, die vorgestern der Tischlermeister Pauli über Handwerk und Fortbildungsschule zusammengeknüpft hatte. Auch der Staatssekretär Dr. Delbrück war „maßvoll und besonnen“ und die Nationalliberalen sollten sich über diese Regierung freuen, die in Worten wenigstens die Politik der mittleren Linie einhält. Das äußerte sich vor allem in der Stellung, die Herr Dr. Delbrück zum Koalitionsrecht einnahm. Er hält es für hinreichend gewährleistet — für Arbeiter und für Arbeitgeber, und lehnt mit derselben Entschiedenheit eine Erweiterung wie eine Beschränkung dieses Rechts, etwa durch ein Arbeitswilligengesetz, ab. Ihm genügt der Paragraph 153 der Gewerbeordnung. Darob fuhr ihm der Reichsparteiler Freiherr v. Gamp-Massmann dorb an den Wagen. Auf die Anregung Sachsen und Hamburgs im Bundesrat hinweisend, verlangt er mit Nachdruck und Energie ein Streifbrechergesetz, damit sich vor allem die Kleinmeister vor dem Terrorismus der Sozialdemokratie schützen könnten, und hält zum zweiten die Selbstmachung der Arbeiter für ein probates Mittel zur Ueberwindung der Sozialdemokratie. Aber wichtiger als die allgemeinen Exhortationen Gamps sind zwei Sätze, die entweder dem Gehege seiner Zähne entfahren oder aber die er mit bewußter Offenberzigkeit — er ist sicher eine alte ehrliche Haut und kein Späherverberber — vorträgt. Um eine Arbeitszeitbeschränkung durchzuführen, hält er internationale Abkommen für nötig, und diese seien abzuschließen nicht von den Regierungen, sondern anzustreben von den Arbeiterorganisationen. Freiherr v. Gamp auf dem Boden der Arbeiterorganisation, und dazu noch auf internationaler Grundlage stehend — das Bild war nicht übel und wedte mit Recht stürmische Geiterkeit und stürmische Hurufe bei den Sozialdemokraten. Vorher aber hatte ein anderes Bekenntnis seiner schönen Seele Bewegung hervorgerufen. Das war der freimütige Satz: „Ich habe doch schließlich nicht so viel Anlaß, für die Monarchie und den Staat einzutreten, wie die Beamten, die doch dafür bezahlt werden!“ Das Wort sie sollen lassen stahn! Denn es zerläßt wie ein scharfer Windstoß all das Reibelgewölke der patriotischen Phrasen, mit dem der Egoismus der herrschenden Klassen eingehüllt wird. Die Herrschaften, die in heuchlerischem Byzantinismus die Sinnbäden nicht weit genug auseinanderbekommen können und es für die menschliche und göttliche, die ehrlische und ewige Pflicht jedes Staatsbeamten erklären, gegen die Sozialdemokratie zu arbeiten, denken in ihrem Innern von den Beamten verächtlich wie von einer Prätorianertruppe: „Die Kerls werden ja dafür bezahlt!“ Das werden sich die Beamten merken und wir auch.

Die Rede des Elässers Will, der sich über eine Frage aus dem eckig-lothringischen Landtag verbreitete, und dabei die eckig-lothringische Sozialdemokratie als Regierungspartei verurteilte, fand nicht mehr das Ohr des Hauses. Nach einigen persönlichen Bemerkungen, von denen besonders die Nichtigstellung des Genossen Wurm wichtig war, wurde die Sitzung geschlossen.

Sonnt 1 Uhr Weiterberatung des Etats.

1 : 65 000 000.

Die „Kreuzzeitung“ hat die Revolution entdeckt! In scharfster Aufregung macht sie der Öffentlichkeit von dem „Ansturm auf die Verfassung“ Mitteilung. Es wird darauf hingearbeitet, „das Gleichgewicht“ zwischen den Rechten des Volkes und den Rechten der Krone zu ungunsten der Kronrechte zu verschieben. Hüfe, Hüfe! In Wirklichkeit ist dieser Ansturm revolutionär. Er hat den Zweck, in unsere festgesetzte monarchische Ordnung Verwirrung zu schenken. Mit derartigen

Vorstellungen hat noch jede Revolution ihren Anfang genommen.“ Militär, Maschinengewehre, Kanonen her!!

Angstdelirien vor der kommenden Revolution gehören für die „Kreuzzeitung“ zu den Folgen des täglichen — Lebens, deswegen wollen wir uns dabei nicht weiter aufhalten. Interessanter erscheint es schon, die Behauptung zu beleuchten: das Gleichgewicht zwischen Volk und Krone solle zugunsten des Volkes beiseite gerückt werden. Was jetzt besteht von dem „Gleichgewicht“ in Wirklichkeit so gut wie nichts. Der Beweis ist sehr einfach. Die Verfassung bestimmt im Artikel 11 — wir zitieren den entscheidenden Passus:

Der Kaiser hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen, Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Artikel 12 lautet: Dem Kaiser steht es zu, den Bundesrat und den Reichstag zu berufen, zu eröffnen, zu vertagen und zu schließen.

Artikel 17 lautet: Dem Kaiser steht die Ausfertigung und Verkündigung der Reichsgesetze und die Ueberwachung der Ausführung derselben zu.

Artikel 18 lautet: Der Kaiser ernennt die Reichsbeamten, läßt dieselben für das Reich vereidigen und verfährt erforderlichenfalls deren Entlassung.

Artikel 36 lautet: Der Kaiser überwacht die Einhaltung des gesetzlichen Verfahrens — bei derollerhebung — durch Reichsbeamte, welche er den Post- oder Steuerämtern und den Direktivbehörden der einzelnen Staaten beordnet.

Artikel 46 lautet — wir bringen immer nur die charakteristischsten Stellen aus den einzelnen Artikeln —:

Bei eintretenden Notständen, insbesondere bei ungewöhnlicher Feuerung der Lebensmittel, sind die Eisenbahnverwaltungen verpflichtet, für den Transport, namentlich von Getreide, Mehl, Hülsenfrüchten und Kartoffeln, zeitweise einen dem Bedürfnis entsprechenden, von dem Kaiser festzustellenden, niedrigeren Spezialtarif einzuführen.

Artikel 50 lautet: Dem Kaiser gehört die obere Leitung der Post- und Telegraphenverwaltung an. Die von ihm bestellten Beamten haben die Pflicht und das Recht, dafür zu sorgen, daß die Einheit in der Organisation der Verwaltung und im Betriebe des Dienstes, sowie in der Qualifikation der Beamten hergestellt und erhalten wird.

Dem Kaiser steht der Erlaß der reglementarischen Festsetzungen und allgemeinen administrativen Anordnungen sowie die ausschließliche Wahrnehmung der Beziehungen zu anderen Post- und Telegraphenverwaltungen zu.

Sämtliche Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung sind verpflichtet, den kaiserlichen Anordnungen Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Dienstverträgen aufzunehmen.

Die Einstellung der oberen Beamten geht für das ganze deutsche Gebiet des Deutschen Reiches vom Kaiser aus, welchem diese Beamten den Dienst leisten.

Artikel 53 lautet: Die Kriegsmacht des Reiches ist eine einheitliche unter dem Oberbefehl des Kaisers. Die Organisation und Zusammenfassung derselben liegt dem Kaiser ob, welcher die Offiziere und Beamten derselben ernennt, und für welchen dieselben nebst den Mannschaften eidlich in Pflicht zu nehmen sind.

Artikel 56 lautet: Das gesamte Konsulatswesen des Deutschen Reiches steht unter der Aufsicht des Kaisers, welcher die Konsuln anstellt.

Artikel 63 lautet: Die gesamte Landmacht des Reiches wird ein einheitliches Heer bilden, welches in Krieg und Frieden unter dem Befehl des Kaisers steht.

Der Kaiser hat die Pflicht und das Recht, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb des deutschen Heeres alle Truppenteile vollzählig und kriegstüchtig vorhanden sind und daß die Einheit der Organisation und Formation, in Bewaffnung und Kommando, in der Ausbildung der Mannschaften, sowie in der Qualifikation der Offiziere hergestellt und erhalten wird. In diesem Behufe ist der Kaiser berechtigt, sich jederzeit durch Inspektionen von der Verfassung der einzelnen Kontingente zu überzeugen und die Abstellung der dabei gefundenen Mängel anzuordnen.

Der Kaiser bestimmt den Präsenzstand, die Gliederung und Einteilung der Kontingente des Reichsheeres, sowie der Organisation der Landwehr, und hat das Recht, innerhalb des Bundesgebietes die Garnisonen zu bestimmen, sowie die kriegsbereite Aufstellung eines jeden Teiles des Reichsheeres anzuordnen.

Artikel 64 lautet: Alle deutschen Truppen sind verpflichtet, den Befehlen des Kaisers unbedingte Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Fahnen eide aufzunehmen.

Die Höchstkommandierenden, sowie die Offiziere und alle Festungscommandanten werden vom Kaiser ernennt.

Artikel 65 lautet: Das Recht, Festungen innerhalb des Bundesgebietes anzulegen, steht dem Kaiser zu, welcher die Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel beantragt.

Artikel 68 lautet: Der Kaiser kann, wenn die öffentliche Sicherheit in den Bundesgebieten bedroht ist, einen jeden Teil desselben in Kriegszustand erklären.

Man komme uns angefaßt dieser geradezu ungläublichen Reichsverfassung nicht mit der Einwendung, die angeführten Aufgaben würden ja durch ein Heer von Beamten erledigt, und die Geldmittel müßten ja doch vom Parlament bewilligt werden.

Das Entscheidende bleibt, das ganze deutsche Volk ist in seinen Entscheidungen auf einen Mann gestellt. Da ist noch nichts von gleichen Rechten des Volkes zu spüren. Wir wollen, daß nicht ein Mann über 65 Millionen herrscht, sondern daß die 65 Millionen bestimmen, was zu tun und zu lassen ist!

Nichts aus der Geschichte gelernt!

Wie die von ihnen gezüchteten hochtragenden ostpreussisch-holländischen Zuchtlühe, weißen Land-Edelschweine oder Fettstettschafe bilden auch die Junker Osteliens eine ganz eigenartige Rasse. Ihre Stoffwechselorgane haben sich infolge ihrer einseitigen Lebensbetätigung allzu üppig auf Kosten des Gehirns entfaltet. Deshalb ist es auch durchaus begreiflich, daß sie aus der Geschichte ganz andere Lehren ziehen wie andere nicht an Mikrocephalie leidende Leute. Die von dem französischen Historiker Rignot aus der Geschichte der großen französischen Revolution gezogene Lehre, daß, sobald eine Reform

notwendig geworden und der Zeitpunkt ihrer Durchführung gekommen ist, sie keine Gewalt der Bevorrechteten aufzuhalten vermag, existiert für den preussischen Durchschnittsjunker ebensowenig wie der Ausspruch des deutschen Historikers Dahlmann, daß die natürliche Entwicklung eines haufälligen Hauses sein Umsturz ist. Nach junkerlicher Auffassung wären alle neueren Revolutionen der Weltgeschichte und ganz besonders die große französische Staatsumwälzung am Ende des achtzehnten Jahrhunderts nicht eingetreten, falls nur die Monarchen und ihre leitenden Staatsmänner größere Energie bewiesen und die unzufriedenen Volksmassen von vornherein rücksichtslos niederfartätscht hätten. Hätte z. B. Ludwig XVI., statt die Reichsstände einzuberufen, sich ohne weiteres mit Leib und Seele in den Dienst der Hof- und Feudalaristokratie gestellt und in genügendem Maße die Kanonen sprechen lassen, das ancien régime würde noch in aller seiner mittelalterlichen Herrlichkeit existieren. Daß die richtige Verwendung von Kanonen das sicherste Mittel ist, notwendige Reformen aufzuhalten und Revolutionen vorzubeugen, ist bei den preussischen Normaljunkern fast zu einem historischen Dogma geworden. Daher ist es eine ganz natürliche Erscheinung, daß die preussisch-junkerliche Rasse, sobald sie ihre Vorrechte bedroht und dunkle Gemitterwolken am politischen Horizont heraufziehen sieht, nach dem starken Staatsmanne schreit, der „royalistischer als der König selbst“, das gewünschte Niederfartätschen mit der nötigen Präzision und Skrupellosigkeit befohrt.

Der Säure nach dem starken Mann — auf Gehirnqualität wird kein Wert gelegt — taucht deshalb jetzt fast täglich in den vaterländischen Blättern vom Schlage der „Kreuzzeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“ auf, immer intensiver und brutaler. So bringt die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer gestrigen Abendnummer wieder einen „Die rote Gefahr“ überschriebenen Artikel, verfaßt von einem Herrn Herbert von Wlaten, in welchem mit der ganzen Ungeniertheit, deren ein echter preussischer Junker fähig ist, der Staatsstreich und die Anwendung der Kartätschen gegen die „aufgestachelten Instinkte“ der „bis ins Innerste verhetzten Massen“ gefordert wird. Mit Bewunderung rühmt der Verfasser seinen Bismarck, der im Januar 1890 „auch seinem Allerhöchsten Herrn“ gegenüber mit aller Schärfe die Ansicht vertreten habe, daß die Regierung unersüßlich „mit allen dem Staate zu Gebote stehenden Mitteln“ den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufnehmen müsse. Ein solcher Staatsmann von gleicher Gemütsrobustigkeit tut nach Herrn von Wlatens Ansicht not — er darf sogar noch etwas brutaler, noch etwas skrupelloser sein, damit das junkerliche Animalkreich in seiner kulturhistorischen Pracht erhalten bleibe und endlich denen die freche Schnauze gestopft werde, die diese Pracht nicht anerkennen wollen. Dem Herrn v. Bethmann Hollweg traut Herr von Wlaten die gewünschten Qualitäten nicht zu, allem Anschein nach auch keinem der anderen heutigen Minister. Deshalb müssen andere, stärkere Persönlichkeiten an das Staatsrudder! Mit offener Verachtung der heutigen Staatsgrößen schreibt Herr von Wlaten:

„Wer die Massendemonstrationen der Genossen in Berlin miterlebt hat, wenn die Appellbänke und die Rektoren des „Beel. Tagebl.“ die Sinne noch nicht getriibt haben, fragt sich: Wie ist es in preussischen Staaten möglich, daß die Regierungsgewalt führenden Personen solche Vorübungen zur Revolution ruhig geschehen lassen? Es ist ein schändes Ding um ein ruhiges Gewissen, das wir uns mit der friedlichen Bekämpfung der Umsturzmaschine bewahren zu können glauben; — die nach und kommen, können sich damit abfinden! Die Sozialdemokraten sind ja bündnisfähig geworden, sie werden regierungsfähig, wie man es bei der eckig-lothringischen Verfassungstoge mit Staunen sah.“

Man braucht kein Prophet zu sein, um zu erkennen, wohin die Reise geht. Das eine ist gewiß, daß die Entwidlung der Dinge rapide ihren Lauf nimmt, daß es vielleicht Ströme von Blut und Tränen unserm deutschen Volke kosten wird, das wieder gut zu machen, was unsere Generation in Humanitätsduftelei aus Mangel an Mut und Verantwortlichkeitsgefühl versäumt hat.

Gott gebe dem deutschen Volke bald einen Führer, einen Mann mit eisernem Rückgrat, wie Bismarck und Bismarck es waren, der sich plus royaliste que le roi neben seinen Allerhöchsten Herrn hinstellt, der den Mut hat, Partei zu nehmen, ein Panier aufzuspinnen, um das sich die Treuen sammeln können zum Kampf gegen den Umsturz. Hier gibt es kein Vaktieren, kein Hoffen auf den Revisionismus, hier gilt es den offenen Republikanern wie den verkappten ein donnerndes „Halt!“ zuzurufen, ehe uns die Sturmfluten des Aufruhrs das „zu spät“ in die tauben Ohren häuten!

Wenn Herr von Wlaten für den Berufenen zur Niederfartätschung der Volksmassen hält, verrät er nicht. Vielleicht, da er mit seinem vollen Namen unterzeichnet, sich selbst; vielleicht Herrn v. Sandebrand, Herrn Georg Hertel, Herrn Elard v. Oldenburg oder eine andere janushauerliche Gestalt. Für gewiß scheint Herr v. Wlaten anzunehmen, daß die Erstigung der Forderungen des Proletariats im Blut unter allen Umständen gelingen muß. Er scheint nicht zu wissen, daß bei den Revolutionen, die bisher die Geschichte zu verzeichnen hat, es vielfach anders gekommen ist und mancher der Kavaliere und Aristokraten seinen einfülligen Kopf verlor.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Februar 1912.

Gegen die Gewerkschaften.

Fast scheint es, als ob jede Debatte des Dreiklassenparlaments auf eine Hege gegen die der Regierung und den bürgerlichen Parteien unbehaglichen Gewerkschaften hinauslaufen muß. Am Donnerstags tag zeterete man zunächst in Erledigung des Reichstags des Handelsrats noch ein Weilschen über die Teilnahme der Gewerkschaften an partiatischen Arbeitsnachweisen. Nach dem Urteil aller Sachverständigen haben sich die Gewerkschaften große Verdienste um den Arbeitsnachweis erworben, nach Ansicht der Mehrheit des Junkerparlaments fördern die Gewerkschaften den sozialen Frieden und müssen deshalb von einer Mitarbeit ferngehalten werden. Daß dieselben Herren auch von einer Arbeitslosenversicherung nichts wissen wollen, sei nur nebenbei erwähnt, gewissermaßen als kennzeichnend für das geringe soziale Verständnis derer, die sich in Preußen Volksvertreter nennen.

Nach Genehmigung des Handelsrats wurde der Etat der direkten Steuern in Angriff genommen. In mehr als einstündiger, von tiefer Sachkenntnis zeugender Rede besprach Genosse Vorcharde zunächst die Ergebnisse der Steuerveranlagung, aus denen er den nur allzu begründeten Schluß zog, daß fast die Hälfte der preussischen Bevölkerung ein Einkommen von weniger als 900 M. und mehr als

drei Viertel noch nicht einmal 1500 M. jährlich zu verzehren haben. Den zweiten Teil seiner Rede bildete ein detaillierter Nachweis über die Steuerhinterziehungen, die in großen Maßstäben betrieben werden, ohne daß die Regierung resp. ihre Organe es für nötig halten, den Staatsbürgern das Handwerk zu legen. Es waren schwere Anklagen, die unser Genosse gegen die Verwaltung erhob. Aber anstatt auch nur den Versuch einer Widerlegung oder Entkräftigung derselben zu machen, erging sich der Finanzminister in einigen hochtönenden Phrasen, an die sich das bekannte Lied von den hohen Beiträgen angeschlossen, die die Gewerkschaften den Arbeitern „erzwingen“ aus der Tasche nehmen. Die gleiche kluge Behauptung hatte der Minister schon früher aufgestellt, und die Mehrheit des Hauses, die ihn vor einem Hineinfall bewahren wollte, hatte dem sozialdemokratischen Redner, der ihm entgegengetreten wollte, das Wort abgeschnitten. Diese Taktik hatte sich so gut bewährt, daß man sie auch jetzt wieder einschlug, der zum Wort gemeldete Genosse Girsch wurde einfach mundtot gemacht. Die Antwort wird dem Finanzminister also bei anderer Gelegenheit erteilt werden müssen.

Im übrigen ist aus der Steuerdebatte nur noch ein Versuch der Konserwativen zu erwähnen, durch einen Antrag, den sogar der Finanzminister als etatsrechtlich bedenklich erklärte, zu verhindern, daß den Landräten der Vorschlag in den Veranlagungskommissionen genommen wird.

Freitag: Kleinere Etats und Antrag Hammer betr. die Warenhandsteuer.

Evang. Klagelieder.

Eine protestantische Zeitschrift, die „Reformation“, hat unter evangelischen Gläubigen eine Umfrage veranstaltet, wie sie über die Reichstagswahl 1912 und die Stellung der evangelischen Kirche dazu denken. Die Antworten sind nicht gerade freudiger Natur. Nur die Herren Kumm und Behrens, die stolzen Säulen der christlich-sozialen Partei, sind voller Hoffnung. Herr Kumm phantasiert von einer „breiten Schlachtfreit“, die sich gegen die Sozialdemokratie erhebt und diese zu Boden schlägt. Er meint damit — man lache nicht! — die christlich-nationale Arbeiterbewegung! Und Herr Behrens sieht in den „christlich-deutschen organisierten“ Bauern, den „christlich-nationalen“ Arbeitern und dem „christlich-deutschen“ Adel das feste Bollwerk gegen den Umsturz, zu dessen Helfern er auch die „internationale jüdische Hochfinanz“ rechnet!

Die übrigen Äußerungen sind auf einen ernsteren Ton gestimmt. Manche der Befragten helfen sich mit einer Klage über die zunehmende Gott- und Sittenslosigkeit und mit einem hoffenden Spruch oder einer biblischen Verheißung aus der Vergangenheit. Andere gehen der Kirche ziemlich entschieden wegen ihrer sozialen Verdumpfung zu Leibe. Das gewaltige Anschwellen der Sozialdemokratie, meint der bekannte Vizentiat Weber (M.-Gladbach) sei eine Frucht der Entchristlichung des Volkes und diese wiederum sei zum Teil Schuld der Kirche, die es verdammt habe, dem modernen Menschen eine Freundin und Mahnerin zu sein, im privaten wie im öffentlichen, im sittlichen wie im sozialen Leben. Die evangelische Kirche existiere an vielen Orten nur noch als ein äußerer Mechanismus, der in altgewohnter Weise funktioniere, aber ohne irgendwelchen tieferen und lebendigeren Einfluß auf Geist und Bestimmung des Menschen.

Am selben Sinne meint Pfarrer Phillips (Spandau), daß das offizielle Kirchentum sich als unzureichend erwiesen habe, den stetigen Rückgang des religiösen Lebens aufzuhalten. Ein großes Hindernis erblickt Phillips an der staatlichen Gebundenheit der Kirche, die immer aufs Neue das im Volke wurzelnde Mißtrauen stärke, als sei die Kirche nichts als der Stützel oder die heuchlerische Dienerin der Staatsgewalt. Dieses Mißtrauen werde das pfarramtliche Wirken unter der Arbeiterklasse allmählich fast ganz illusorisch machen.

Pfarrer Samuel Keller (Freiburg i. B.) sieht das Unheil der Kirche in den „netten Menschen, die nirgendwo anfragen, deren Ueberzeugung niemals unbequem wird, die vormittags in der Kirche (aber selten) eine ebenso gute Figur machen, wie abends im Kabarett oder im Varietés, die nie nach oben eine eigene Meinung haben und nie etwas sagen, was einem Streiber in Atem versetzt. Je nachdem wie in ihrer Umgebung der Wind weht, können sie für oder wider Christus stimmen. Wenn die Trennung von Staat und Kirche uns nur von diesen Leuten befreien würde, wäre schon viel gewonnen.“

Durch fast alle Äußerungen geht ein Ton der Niedergeschlagenheit, der Erbgehung in ein unvermeidliches Schicksal. Es liegt eine gewisse Tragik drin, wenn ein seiner Sache so ehrlich und eifrig ergebener Mann wie Pfarrer Weber sich zu dem Geständnis genötigt sieht, daß er nicht mehr glaube an die „Vernünftigkeit und Haltbarkeit, an die Treue und Dankbarkeit des überwiegenden Teils des deutsch-evangelischen Christenvolkes.“ Und man wird dem Manne die Teilnahme auch dann nicht versagen, wenn er in seiner Ahnungslosigkeit den Wandel in der Bestimmung des Volkes nicht anders zu deuten weiß als Entchristlichung und Entsittlichung.

Was die Weber und Genossen zum Besten der Kirche vorschlagen: Teilnahme der Kirche am öffentlichen Leben im Sinne des Evangeliums, Bekämpfung aller Schäden im politischen und sozialen Leben, Organisierung der Arbeiter auf christlicher Grundlage — sind Versuche mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt. Der Niedergang der bürgerlichen Gesellschaft und mit ihr des kirchlichen Lebens ist nicht aufzuhalten und die Kirche wird um so schneller und gründlicher den Rest von Vertrauen beim Volke verlieren, je beharrlicher sie in ihrer Verblendung gegenüber der emporstrebenden Arbeiterklasse bleibt.

Die Hamburger Bürgerschaft und die Lehrprüfung.

Am Mittwoch hat die Hamburger Bürgerschaft, einem Senatsantrage entsprechend, die zweite Prüfung für die Lehretinnen aufgehoben. Es waren freilich nicht Lebenen gegen das Wesen der heutigen Examina an sich, die den Senat zur Einbringung des Antrages veranlaßt hatten, sondern lediglich die Rücksichtnahme auf die Prüfungsverhältnisse in Preußen. Das geht aus der Stellung hervor, die der Senat in der Examinfrage im allgemeinen einnimmt. Er denkt vorläufig nicht daran, die zweite Prüfung auch für die Lehrer aufzuheben. Auch in der Bürgerschaft ist die Meinung noch sehr stark verbreitet, daß die heutige Form der Lehrereprüfung tatsächlich einen Wertmesser für den Grad der Bildung abgibt, den der Lehrer erreicht habe. Demgegenüber wies unser Genosse Krause darauf hin, daß die gegenwärtige zweite Prüfung in der Hauptsache nichts weiteres sei, als eine Wiederholung der ersten. Damit werde dem jungen Lehrer ganz unnötiger Weise Zeit und Kraft geraubt. Die unbedingt notwendige Weiterbildung der Lehrtkräfte sei viel besser zu erzielen, wenn die jungen Lehrer und Lehrerinnen verpflichtet würden, einige Jahre lang die seminaristischen Lehrgänge des Vorlesungswesens zu besuchen. Pädagogik und Psychologie als Obligatorium und dazu die Belegung von ein oder zwei Wahlfächern würden eine viel größere Vertiefung der Lehrerbildung gewährleisten als die jetzige Art der Vorbereitung auf das zweite Examen, die die Kräfte gezipfelter und ganz übermäßig das Ge-

bächnis in Anspruch nähme. Man darf gespannt darauf sein, ob bei der demnächstigen Beratung des neuen Unterrichtsgesetzes diese Vorschläge, die durchaus dem Geiste der modernen Pädagogik entsprechen, Beachtung finden.

Aus dem sächsischen Landtag.

Die Zweite Kammer verhandelte heute, wie telegraphisch aus Dresden gemeldet wird, über eine nationalliberale Interpellation, betreffend die Zusammenlegung der Ersten Ständekammer. Der Führer der nationalliberalen Fraktion Abgeordneter Hettner begründete die Interpellation und wies sodann darauf hin, daß Handel, Industrie und Gewerbe nicht die gebührende Vertretung in der Zweiten Kammer besäßen. Staatsminister Graf Vitzthum v. Eckardt führte unter anderem aus, die Regierung wisse die Bedeutung von Handel, Industrie und Gewerbe wohl zu würdigen, und erkenne auch an, daß die Verhältnisse bei aller Rücksicht auf das historische Gewordene eine größere Berücksichtigung der genannten Erwerbsgruppen erheischen. Die Regierung habe aber trotzdem jetzt keine Vorlage eingebracht, weil sie nach der Konstellation der Parteien nicht darauf rechnen könne, die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit in diesem Hause für eine Vorlage zu erlangen, welche der Regierung und der Ersten Kammer annehmbar erscheine. Der beste Wille müsse scheitern, wenn die Parteigenossen eine solche Verschärfung erfahren hätten. Die Regierung behalte sich daher den Zeitpunkt der Einbringung einer solchen Vorlage vor. Es beständen aber außer diesen taktischen auch noch sachliche Schwierigkeiten. Die Erste Kammer dürfe nie zu einer berufsgenossenschaftlichen Vertretung gemacht werden.

Die „gereinigte“ Stadtbücherei.

Die Stadtbücherei der guten Ruhstadt Witten hatte seit längerer Zeit auch den „Vorwärts“ abonniert, der dort mit anderen größeren Tageszeitungen zu jedermanns Einsicht ausliegt. Das ist zwar nicht Neues, denn jede öffentliche Lesehalle wird, wenn sie halbwegs Anspruch auf Vollständigkeit machen will, nicht umhin können, auch die Zeitungen der äußersten Linken zu abonnieren. Das ging jahrelang gut, bis eines guten Tages der Glasbühnenbesitzer Müllensien sich per Zufall — natürlich nur aus purer Langeweile — in die Stadtbücherei verirrt. Da erblickte sein Auge einen jungen Arbeiter, der sich wahrhaftig — es ist nicht zu glauben — in die Lesur des „Vorwärts“ vertieft, der hier auf Kosten der Stadt abonniert wird. Da wunderte man sich über die hohen Steuerlasten, spricht er vor sich hin, da soll aber der Teufel dreinschauen! Wo auf unsere Kosten sozialdemokratische Verbreitung treiben: Wehe dir, Bürgermeister und Magistrat!

Derselben Meinung — wer kann als anständiger Mensch eine andere Meinung haben — waren auch der Herr Dr. Voshammer, der mit Müllensien in der nationalliberalen Parteileitung sitzt, und der Zentrumsmann Ribede, und so beschloßen die Drei im Bunde, Bürgermeister und Magistrat im Stadtparlament zu interpellieren. Und so geschah es. Wohl versuchte der Bürgermeister, sich damit zu rechtfertigen, doch man hauptsächlich den „Vorwärts“ abonniert habe, damit sich Politiker zu informieren vermögen, andere würden wohl auch kaum danach greifen. Aber die blaue schwarze Koalition stieg, der Bürgermeister stand mit seiner Anklage allein. Der „Vorwärts“ ist aus der Stadtbücherei verschwunden, sie ist wieder wie das Wittener Stadtparlament sozialistenrein.

Zur Situation im Schwarzburg-Rudolstädter Landtag.

Die Regierung hat ihren Standpunkt in der Wahlrechtsfrage der Höchstbesteuerten geändert und einen gemilderten Entwurf vorgelegt. Nach demselben soll in Zukunft die Festsetzung eines Reziens wegfallen und eine bestimmte Anzahl der Höchstbesteuerten Personen die vier Abgeordneten ihrer Klasse wählen. Es entfallen auf den Wahlkreis Rudolstadt I 180, Rudolstadt II 100, Könnigssee 100 und Braunshausen 120 Höchstbesteuerte Wähler. Anstatt circa 600 will die Regierung nach dem neuen Entwurf nur noch 263 Höchstbesteuerte in die allgemeine Wählerklasse abschieben. Ob die sozialdemokratische Fraktion diesem so abgeänderten Entwurf die Zustimmung gibt, ist fraglich.

Das neue von der Regierung vorgelegte Steuergesetz sieht eine Entlastung der unteren Einkommen bis zu 2400 M. vor. Der dadurch entstehende Steuerausfall von 46 000 M. wird durch höhere Erträge der oberen Steuerstufen ausgeglichen. Im Staatshaushaltsetat 1912/1914 ist eine achtprozentige Lohnerhöhung für alle Beamten vorgegeben. Regierung und Landtag haben sich geeinigt, am Donnerstag zunächst in eine Generaldiskussion über den Staatshaushaltsetat einzutreten, und in diese Diskussion das Einkommensteuergesetz, die Kapitalrentensteuer, die Grund- und Gebäudesteuer, das Gewerbesteuergesetz und die Abänderung des Wahlgesetzes einzubeziehen.

Ein Offizier als Soldatenpeiniger.

Das Oberkriegsgericht in Dresden verurteilte den 24jährigen Leutnant Troll vom Pionier-Bataillon Nr. 12 wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebener in sieben und Beleidigung Untergebener in 28 Fällen, begangen während der Ausübung des Dienstes und zum Teil unter Mißbrauch der Waffe, zu sechs Wochen Stubenarrest! Der jugendliche Angeklagte ist bereits im Jahre 1908 wegen einer rohen Mißhandlung mit acht Tagen Stubenarrest bestraft worden — aber ist Offizier geblieben. Im Herbst vorigen Jahres erhielt der Angeklagte die Einjährig-zur-Ausbildung; es ging jedoch nur kurze Zeit, dann kamen fortgesetzt Beschwerden über die Behandlung durch den Leutnant. Er hat die Untergebenen in der gemeinsten Weise beschimpft und durch allerlei Schikane vorschriftswidrig behandelt. Die unliebsamen Dinge wurden wegen angeblicher Gefährdung militärischer Interessen hinter verschlossenen Türen ausgeübt. Der Gerichtsherr erstrebte mit Rücksicht auf die große Anzahl der Fälle eine Festungsstrafe. Das Verurteilungsgericht hielt aber die obige Strafe für — angemessen! Aber auch der Angeklagte hatte mit seiner Verurteilung keinen Erfolg.

Konflikt in Elsfleth-Bohringen in Sicht.

Nach einer Meldung bürgerlicher Blätter soll die Regierung des Reichslandes beschlossen haben, unter allen Umständen an den gestrichenen 100 000 M. für den kaiserlichen Gnadenfonds festzuhalten. Dem Landtage soll diese Absicht in einer Erklärung mitgeteilt werden, in der auf die Folgen einer definitiven Ablehnung hingewiesen werden soll. — Die Fassung der bürgerlichen Meldung läßt durchblicken, daß die Regierung mit Auflösungsgeboten trägt.

Ungarn.

Ein anstrengendes Verbot.

Budapest, 29. Februar. (B. L. V.) Die für den 4. März von den Sozialdemokraten einberufene Volksversammlung unter freiem Himmel mit anschließendem Demonstrationzug zum Abgeordnetenhaus, wo eine Kundgebung für das allgemeine Stimrecht stattfinden sollte, ist polizeilich verboten worden. Begründet wurde das Verbot damit, daß eine Verkehrsbehinderung zu befürchten sei und der Zugang zum Abgeordnetenhaus behindert werde.

Rußland.

Die Russifizierung Finnlands.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Das Gesetz, welches den russischen Staatsbürgern in Finnland die gleichen Rechte mit den finnischen Bürgern geben soll, ist jetzt

von den russischen Gesetzgebungsinstanzen angenommen und auch von dem Jaren bereits sanktioniert worden. Ein scheinbar harmloses und selbstverständliches Gesetz, aber doch dazu eronnen, Finnland immer mehr zu knebeln, zu entrechteten und der Russifizierung auszuliefern. Im völligen Widerspruch zu den finnischen Rechtsgrundsätzen erlassen, ist es auch bestimmt, sie zu durchbrechen und zu untergraben. Der verfassungsmäßige Weg der finnischen Gesetzgebung ist hier beiseite gelassen und außerhalb der legalen Ordnung ist dem Volke ein Gesetz aufgezwungen worden, dessen Konsequenzen unabsehbar sind.

Die Schweden behaupten, die Rechtlosigkeit der Russen in Finnland wäre schreiend und beschämend gewesen. Indessen hätten zahllose Russen nach Finnland, um sich vor der Wälfur der russischen Behörden zu retten. Aber auch abgesehen davon, stand einer Erweiterung der Rechte der russischen Staatsbürger in Finnland nichts im Wege. Auf dem legalen Wege wäre eine solche sehr leicht zu erreichen gewesen. Die Jarenregierung hätte aber ganz anders im Schilde. Sie wollte die nationale Selbstverwaltung Finnlands für die Russifikation zugänglich machen.

Die finnische Verfassung schreibt vor, daß der Jari Finnland nur durch Beamte verwalten darf, die die finnischen Bürgerrechte besitzen, der Landesparlamenten mächtig sind und den Landesgesetzen unterstehen. Beamte, die eine juristische Ausbildung besitzen müssen, sind verpflichtet, eine diesbezügliche Prüfung bei der Universität zu Helsinki abzulegen. Das ist zur Sicherung der Rechtskunde des Landes durchaus notwendig. Da aber auf den russischen Universitäten nirgends finnländische Rechtskunde gelehrt wird, bleibt dieses Wissensgebiet den Russen ebenso unbekannt, wie die beiden finnischen Landessprachen — finnisch und schwedisch. Das neue Gesetz gibt aber nun den Russen in Finnland alle Rechte, die die Finnen besitzen, also auch das Recht auf Beamtenposten. Gleichzeitig wird betont, daß die Rechte der russischen Hochschulen für Finnland Geltung haben — es steht also nichts mehr im Wege, um alle Posten in Finnland mit russischen Beamten zu besetzen! Was das für Finnland bedeutet, geht schon daraus hervor, daß das finnische Justizwesen dem russischen vollkommen fremd ist und die Finnen und Russen bezüglich der Sprache, der Sitten, Gewohnheiten usw. einander verständnislos gegenüberstehen. Nun soll das Land von Beamten verwaltet werden, die dem ganzen Leben vollkommen fremd sind.

Und wie soll das Gesetz durchgeführt werden? Dazu sind ganz eigenartige Bestimmungen erlassen worden. Während die von dem Jaren beschworene Landesverfassung bestimmt, daß der finnische Bürger nur von finnischen Richtern in Finnland abgeurteilt werden darf, sollen nun alle, die sich gegen das Russifizierungsgesetz irgendwie verhalten, in Petersburg, von russischen Richtern abgeurteilt werden! Es ist also ein Ausnahmegesetz schlimmster Art, das nun von dem eiddrängigen Jaren dem finnischen Volke aufoktroiiert worden ist.

Alle Abänderungsanträge, die in der Duma und im Reichsrat von der Opposition gemacht wurden, sind glatt abgelehnt worden. Begründete Hinweise von Juristen, daß das Gesetz in das finnische Rechtssystem nicht hineinpaßt und die unangenehmsten Rechtskonflikte nach sich ziehen wird, wurden einfach ignoriert oder niedergebrellt. So wird man denn nun Finnland mit russischen Beamtenkreuzen überladen, die das Land mit allen Mitteln russifizieren werden. Und alle Finnen, die sich gestützt auf ihr verfassungsmäßiges Recht, diesem Rechtsbruch widersetzen sollten, werden nach Petersburg geschleppt und den russischen Gerichten und Rertern überantwortet werden. Das ist dann russische Gleichberechtigung!

Türkei.

Ein sozialistisches Reformprogramm.

Die sozialistischen Organisationen der Türkei, das sind die armenischen Parteien „Dschamajullu“ und „Handschak“ und die „Sozialistische Arbeiterföderation“, haben sich auf ein gemeinsames Programm der nächsten Forderungen geeinigt. Darnach behalten die armenischen Parteien noch ihre besonderen Forderungen, die sich aus ihrem nationalen und lokalen Charakter ergeben. Das Reformprogramm enthält folgende Hauptforderungen:

1. Politische Forderungen. Zweijährige Legislaturperiode. Volle Ministerverantwortlichkeit. Allgemeines, gleiches, direktes, geheimes, proportionelles Wahlrecht für das Parlament und die lokalen Körperchaften. Aktives Wahlrecht vom 20., passives vom 25. Jahre an. Freiheit der Presse, des Wortes, der Vereine und Versammlungen, der Streiks und der Boykotts. Weseitigung der Gehege, die gegenwärtig die Streiks und Organisationen einschränken. Gewerbefreiheit. Weseitigung der Zunftprivilegien. Weseitigung des Verbots für Minderjährige der Teilnahme an dem Gewerkschaften, Freiheit des Glaubens und der Religion. Freiheit und Unverletzbarkeit der Person. Weseitigung des Geheges über Vagabondage. Bewegungsfreiheit.

2. Gerichtliche Forderungen. Gleichheit aller vor dem Gericht, auch von Mann und Frau. (Das letztere ist für die Türkei von geradezu revolutionärer Bedeutung!) Reform der Kriminalgesetzgebung im humanitären Sinne der modernen Zivilisation und Schaffung eines bürgerlichen Gesetzbuches, das den Anforderungen des modernen Geschäftsverkehrs entspricht. Weseitigung der Todesstrafe. Ungültigkeit der Anwendung des Kriegsgerichts für Vergehen, die keinen militärischen Charakter tragen. Gleiche Eigentumsrechte für Mann und Frau. Besondere Gerichte für Jugendliche.

3. Wirtschaftliche und sozialpolitische Forderungen. A. Arbeiterfrage. (Das ganze Arbeiterschutzprogramm der Sozialdemokratie inklusive Maßnahmen gegen die Feuerung und staatliche bezug. kommunale Unterstützung zum Bau von Arbeiterwohnungen.) B. Industrie und Handel. Industriefiskomern. Bau von Eisenbahnen, Zufahrtstraßen und Landwegen. Fortsetzungen zum Rücklauf der privaten Eisenbahnen durch den Staat. Erweiterung des Dienstes von Post und Telegraphie. Reform und Entwicklung der sächsischen Finanzen und der Konsumwirtschaft. Handelsverträge auf der Grundlage der Herabsetzung der Zölle. Weseitigung des Tabaks- und des Salzmonopols. Münzreform. Schaffung einer Staatsbank. (Gegenwärtig ist die Türkei unter der Fuchtel der Banque Ottomane.) C. Forderungen für die Bauern und die Landwirtschaft. Landbesitzreform der Bauern aus dem Besitz des Staates, der Krone, der geistlichen Stiftungen und aus den Terrains der Großgrundbesitzer. Weseitigung aller feudalen Privilegien. Unterstützung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Schaffung von landwirtschaftlichen Kammern.

4. Finanzpolitische Forderungen. Weseitigung des Zehnten und der Hammersteuer und Einführung der Steuer auf Einkommen, Vermögen und Erbschaft. Verwendung der Staatsmittel vor allem für produktive und kulturelle Zwecke.

5. Nationale Frage. Freie Entwicklung aller Nationen. Weseitigung aller Privilegien einer Nation gegenüber anderen. Anwendung der lokalen Sprache mit dem gleichen Recht wie die Staatsprache vor Gericht und in allen administrativen und kommunalen Körperchaften.

6. Schulforderungen. Freiheit der Schule und des Unterrichts. Obligatorischer sechsjähriger Unterricht in der Muttersprache.

7. Auswärtige Politik. Politik des Friedens. Weseitigung der Kapitulationen (der Staatsverträge, die die Selbstständigkeit der Türkei einschränken). Freundliche Beziehungen besonders zu den Nachbarstaaten. Föderation der Balkanstaaten und als Uebergangsmäßigkeit Balkanliga.

Gewerkchaftliches.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Auf Beschluß des Unternehmerschutzbereichs deutscher Porzellanfabrikanten sind am 24. Februar sämtliche Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen der ihm angeschlossenen Betriebe ausgesperrt worden, weil die Isolatorendreher wegen Lohnhöhen die Arbeit eingestellt haben und sich weigern, sie bedingungslos wieder aufzunehmen.

Der Konflikt ist dadurch entstanden, daß in einem Betriebe in Teltow einige Dreher die Anfertigung einer neuen Sorte Isolatoren verweigerten, so lange nicht eine Verständigung mit der Direktion über einen angemessenen Lohnsatz erfolgt sei. Die Betriebsleitung beantwortete das Verlangen der Dreher nach Preisvereinbarung mit sofortiger Entlassung. Auch die Mitglieder des Arbeiterausschusses, die im Interesse einer Verständigung bei der Direktion vorstellig geworden waren, erhielten sofort ihre Entlassung. Darauf legten sämtliche Isolatorendreher des Betriebes die Arbeit nieder. Als sich im Laufe des Kampfes herausstellte, daß die Arbeiten für die bestreikte Firma in den anderen Isolatorenfabriken hergestellt wurden, kündigten die im Verbands der Porzellanarbeiter organisierten Isolatorendreher bei allen dem Syndikat der Isolatorenfabriken angehörigen Firmen und legten Ende Januar dieses Jahres die Arbeit nieder, so daß seitdem etwa 600 Dreher im Streik sich befinden. Nur zwei von den bestreikten Betrieben betreiben auch Geschirrfabrikation und gehören der Unternehmerschutzbereich der Geschirrfabrikanten an. In den Geschirrabteilungen dieser beiden Betriebe bestanden keine Differenzen und wurde weiter gearbeitet. Trotzdem mischte sich der Unternehmerschutzbereich deutscher Porzellanfabrikanten in den Streik und beschloß die Aussperrung aller bei den Verbandsfirmen beschäftigten Arbeiter, mit dem Vorbehalt, daß die Unorganisierten nach acht Tagen die Arbeit wieder aufnehmen können und für die eine Woche mit dem vollen Durchschnittslohn entschädigt werden sollen, wenn sie einen Revers unterschreiben, daß sie niemals dem Verbands der Porzellanarbeiter beitreten werden. Alle diese Arbeiter sollen in die gelbe Organisation genötigt werden.

Dem Verbands der Porzellanarbeiter bleibt angesichts dieses Vorgehens der Unternehmer nichts weiter übrig, als den Kampf aufzunehmen. Er wird geführt um das wichtigste gewerkschaftliche Recht: die Mitwirkung der Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von den rund 17 000 Mitgliedern des Verbandes der Porzellanarbeiter werden etwa 8500 von der Aussperrung betroffen. Die großen, zur Unterstützung der Aussperrten erforderlichen Summen kann der Verband der Porzellanarbeiter auf die Dauer nicht aufbringen. Da der Kampf voraussichtlich von längerer Dauer sein wird, ist es notwendig, schon jetzt an die Solidarität der organisierten Arbeiterschaft zu appellieren.

Wir richten deshalb an die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands die dringende Aufforderung, durch

Vornahme allgemeiner Sammlungen

zur Unterstützung der ausgesperrten Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen tatkräftig beizutragen.

In die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergeht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen für diese Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammelstellen werden von der Generalkommission nicht versandt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden.

Gemäß dem Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Porzellanarbeiter aufgebrauchten Gelder nur an die Generalkommission abzuführen. Für die Adressierung ist folgende Adresse zu benutzen:

Konto-Nr. 7930, Hermann Kube, Postfachamt Berlin, oder direkt an

Hermann Kube, Berlin SO. 16, Engelufer 14/15.

Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letztere Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einsendung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers ausschließlich an das Postfachamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Einzahlungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftskartelle Zahlkarten, auf denen die volle Adresse vorgegedruckt und auf denen nichts weiter nachzutragen ist, als der Betrag, der abgehandelt wird. Zahlkarten mit dem darauf bezeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reichs unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einbringen — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftskartell am Orte abgeliefert werden —, werden ersucht, gleichfalls nur Zahlkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftskartell auszuhändigen zu lassen.

Ueber die eingehenden Beiträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden dem Einsender nicht zugestellt.

Berlin SO. 16, Engelufer 15, den 1. März 1912.

Die Generalkommission
der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien.

Berlin und Umgegend.

Der Streik im Herrenmaßschneidergewerbe.

beginnt mit dem heutigen Tage. Er hat schon, bevor er zur Tatsache wurde, eine nicht geringe Anzahl Arbeitgeber veranlaßt, den neuen Tarif unterschriftlich anzuerkennen. Bis gestern mittag waren es in Berlin bereits 21 Geschäfte, von denen die unterschriftliche Anerkennung vorlag. Diese bleiben infolgedessen von der Arbeitsniederlegung verschont. Mit der neuen lokalen Arbeitgeberorganisation sind am Mittwochabend Verhandlungen gepflogen worden, die allerdings nicht zum Abschluß kamen. Es wurden hier jedoch von den Arbeitgebervertretern nur gegen eine Position Einwendungen erhoben, so daß also, soweit diese Organisation in Frage kommt, einer friedlichen Einigung keine großen Schwierigkeiten entgegenstehen. Uebrigens hatte die lokale Arbeitgeberorganisation zu gestern Abend eine Mitgliederversammlung einberufen, um zu der Sache Stellung zu nehmen. Selbstverständlich wird die Arbeit auch in diesen Geschäften eingestellt, soweit der Tarif nicht anerkannt ist. Die Organisationsleitung der Unternehmer ist davon auch in Kenntnis gesetzt. Bürgerliche Blätter wählten gestern Abend zu berichten, daß zum Montag Verhandlungen mit dem allgemeinen Arbeitgeberverband in Aussicht genommen seien; auf Seiten der Arbeiter ist davon jedoch noch nichts bekannt.

Verantw. Redakteur: Albert Bach, Berlin. Inzeratenteil verantw.

Im übrigen versucht man auf jener Seite fortgesetzt, die Verantwortlichkeit über die Ursachen des Scheiterns der Franzfurter Verhandlungen zu schieben. Demgegenüber bietet ein an die Arbeitgeber versandtes Rundschreiben wahrheitsgetreue Aufklärung. Dasselbe deckt sich in allen Punkten mit dem, was der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 28. Februar über den Verlauf und den Abbruch der Verhandlungen mitgeteilt hat.

Für die Durchführung des Streiks sind bereits alle notwendigen Maßnahmen getroffen. Das Zentralstreikbureau befindet sich in den Arminhallen, Hof links im ersten Stock, und mit der Leitung dieses Bureaus sind Hans Dresemann und Kaschewski betraut. Im Laufe des Tages werden in den verschiedenen Stadtteilen weitere Streikbureaus eingerichtet.

Diejenigen Geschäfte, die bisher keinen Tarif hatten, aber auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes Wert legen, haben dem Zentralstreikbureau oder dem Verbandsbureau in der Sebastianstraße schriftlich mitzuteilen, welche Tarifklasse für sie maßgebend ist.

Die Zahl der Geschäfte, die die neuen Vereinbarungen unterschriftlich anerkannt haben, ist im Laufe des gestrigen Nachmittags auf 55 angewachsen. Von diesen Geschäften gehören 4 der Ia-Tarifklasse an, 16 der Ib-, 20 der IIa- und 15 der IIb-Tarifklasse an. Eine Reihe weiterer Firmen hat die Anerkennung bereits zugesagt, und ihre Unterschritten sollen heute vormittag eintreffen. Mit der neuen Arbeitgeberorganisation ist der Abschluß des Tarifvertrages als gesichert anzusehen, wenn er auch noch nicht endgültig abgeschlossen ist. Die Bewegung steht also von Anfang an sehr günstig für die Arbeitnehmer, und die vom Streik betroffenen Arbeitgeber werden sicherlich keinen Vorteil, sondern nur Schaden davon haben, daß sie sich von ihrem Zentralvorstand und ihren Münchener Kollegen mutwillig in den Kampf treiben ließen.

Soweit Nachrichten aus dem Reich vorliegen, haben die Schneider auch sonst überall die Arbeitsniederlegung beschlossen. In München wollen die Unternehmer mit einer Aussperrung der Schneider antworten, die nicht mit in die Bewegung hineingezogen sind.

Tapetierer! Die Sperre über die Firma Grassp, Elsbethstr. 3, ist aufgehoben. Die Schlichtungskommission.

Küstung, Glaschleifer! Bei der Firma S. Hannig, Glaschleiferei, Königsberger Str. 3, ist es wegen der Mahnung des Kollegen G. Wetz zur Arbeitsniederlegung gekommen, da sich die Firma auf Vorstelligwerden weigerte, denselben wieder einzustellen. Alle Glaschleifer, Polierer und Beleger werden ersucht, den Betrieb streng zu meiden und alle Arbeitsangebote zu unterlassen. Die Ortsverwaltung.

Lohnbewegung der Fleischergehilfen in Neukölln.

Am Mittwoch hatten sich auf Einladung des Zentralverbandes der Fleischer wenigstens 200 Fleischergehilfen — die überwiegende Mehrheit der in Neukölln (Nigdor) beschäftigten — in Tappert's Saal in der Steinmetzstraße versammelt. Es würden wohl noch mehr gekommen sein, aber einige noch recht „patriarchalisch“ gesinnte Fleischermeister hatten es verhindert, ihre Gesellen vom Besuch der Versammlung zurückzuhalten. Einzelne sollen sogar kurz und bündig die Gesellen in ihrem Logis eingeschlossen haben, um ganz sicher zu sein, daß die Gesellen nicht dem „väterlichen“ Einfluß des Meisters entriemen. Trotzdem war, wie gesagt, die übergroße Mehrheit in der Versammlung. — Der Verbandsvertreter Bergmann begründete die Notwendigkeit einer den Zeitverhältnissen entsprechenden Regelung der Arbeitsverhältnisse. Angemessene Löhne, geregelte Arbeitszeit und geordnete Arbeitsvermittlung, das sind die Hauptpunkte der Forderungen. Der Referent verwies darauf, daß die Einführung einer geregelten Arbeitszeit bei den Fleischermeistern immer noch auf heftigen Widerstand stößt. Sie behaupten, im Fleischergewerbe sei es nicht möglich, eine bestimmte Arbeitszeit innezuhalten. Dem widerspricht jedoch die Tatsache, daß viele Meister Groß-Berlin, die 1 bis 3 Gehilfen beschäftigen, eine regelmäßige 12stündige Arbeitszeit eingeführt haben.

Die Forderungen, welche den Neuköllner Fleischermeistern eingereicht werden sollen, sind in der Hauptfrage folgende: Die tägliche Arbeitszeit darf einschließlich ausreichender Spausen 12 Stunden täglich nicht überschreiten. An Sonn- und Feiertagen gelten die Bestimmungen des § 105 der Gewerbeordnung. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden. Sind sie im Interesse des Geschäfts notwendig, so wird jede halbe Stunde mit 25 Pf. bezahlt. Der Mindestlohn für jüngere Gehilfen ohne verantwortliche Stellung darf nicht unter 13 Mk. pro Woche, einschließlich Kost und Logis, betragen. Für Erstgehilfen in Betrieben bis zu drei Gehilfen beträgt der Mindestlohn 15 bis 20 Mk. Die übrigen Löhne unterliegen der freien Vereinbarung. Für Sonntag-Abendbrot ist jedem Gehilfen eine Entschädigung von 75 Pf. zu zahlen. Die Logis müssen der Zeit entsprechend und im Winter heizbar sein. Bei Neueinstellung von Gehilfen ist der kostenlose Arbeitsnachweis des Verbandes zu benutzen. Die Kündigung kann Mittwochs zwischen 8 und 10 Uhr erfolgen. Im Falle der Kündigung schließt die Arbeitszeit um 6 Uhr abends.

Die Versammlung stimmte den Forderungen zu. Sie sollen sämtlichen Fleischermeistern eingereicht werden mit dem Ersuchen, sich innerhalb sechs Tagen darüber zu äußern. Die Bewilligung soll in der Form eines Tarifvertrages geschehen, der bis zum 1. September 1913 gelten soll.

Eine Resolution, welche einstimmig angenommen wurde, besagt, es soll mit allen gesetzlichen Mitteln versucht werden, die Meister zum Abschluß des Vertrages zu bewegen. Die Versammelten verpflichten sich, alle Anordnungen der Verbandsleitung zu befolgen, nichts ohne ihr Einverständnis zu unternehmen und keine besonderen Vereinbarungen mit den Arbeitgebern einzugehen.

Der Reinerstreik im „Deutschen Wirtschaft“, Neukölln, Bergstraße 138/137, dauert unverändert fort und bleibt der Betrieb für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt. Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.

Deutsches Reich.

Bergarbeiterbewegung.

Am kommenden Sonntag wird in 60 Bergarbeiterversammlungen, die von den drei Bergarbeiterorganisationen gemeinsam einberufen werden, die ablehnende Antwort des Zechenverbandes auf die Lohnangebots verhandelt werden.

Ausland.

Der englische Bergarbeiterstreik.

London, 28. Februar. (Fig. Ber.) Nach allem, was ich aus sicherer Quelle erfahren habe, zu urteilen, werden die Verhandlungen, die augenblicklich noch zwischen der Regierung und den Bergarbeitern einerseits und der Regierung und den Unternehmern andererseits stattfinden, wahrscheinlich ergebnislos verlaufen. Ueber die Einzelheiten der gestern gepflogenen Verhandlungen wird von allen Seiten das tiefste Still-schweigen beobachtet. Der offizielle Bericht gibt nur an, daß der Premierminister und seine Kollegen gestern um 12 Uhr mittags die Delegierten zur Generalkonferenz der Bergarbeiterföderation im Ministerium des Innern empfangen und die Erklärungen des Präsidenten Edwards und des Vizepräsidenten Smillie entgegennahmen. Der Premierminister habe darauf die Delegierten ersucht, ein kleineres Komitee zu ernennen, das mit den Regierungsvertretern beraten sollte. Dieses Komitee habe dann später um 3 1/2 Uhr eine Sitzung mit den Regierungsvertretern gehabt. Auch

hätten der Premierminister und seine Kollegen um 7 Uhr abends eine Sitzung mit dem beratenden Komitee der Unternehmer gehabt. Es ist jedoch bekannt, daß die Regierungsvertreter beiden Parteien gewisse Vorschläge gemacht haben, die die Bergarbeiter in einer heute stattfindenden Sitzung der Generalkonferenz diskutieren werden. Von vielen Seiten wird behauptet, daß es einzig und allein der hartnäckige Widerstand der südwalisischen Unternehmer ist, der einer Einigung im Wege stehe. Viel ist davon zweifellos wahr; Herr Thomas verspricht sich viel von einem Streik — nicht nur die Hertrümmerung der Arbeiterorganisation, sondern auch eine Stärkung des Kartells, an dessen Spitze er steht, und günstige Erneuerung der Lieferungsverträge, die durch den Streik automatisch zu Ende kommen. Aber auch andere Zechenbesitzer wünschen den Kampf, wenn auch nicht so offen wie die Südwaleser. Uebrigens muß man bedenken, daß jetzt, nachdem sich jedermann mit Kohlen versorgt hat, eine Produktionsbeschränkung und eine zeitweilige Stilllegung vieler Gruben unermesslich ist, selbst für den Fall, daß der Generalstreik aufgehalten werden könnte.

Von einer Vermeidung des Streiks kann nicht mehr die Rede sein. 40 000 Mann befinden sich schon im Ausstand und heute werden ihnen viele Tausende folgen. Die Leute sind nicht mehr zurückzubalten. Selbst der sehr unwahrscheinliche Beschluß der Generalkonferenz der Bergarbeiterföderation, den Streik hinauszuschieben, würde kaum befolgt werden.

Wie verlautet, ist die Regierung entschlossen, den Minimallohn im Bergbau gesetzlich einzuführen, falls sich die Kohlenbesitzer weigern, nachzugeben. Nötigenfalls will dann die Regierung zeitweilig von den Gruben sich widersprechender Kohlenbesitzer Besitz ergreifen. Um diesen Plan durchzuführen, soll sie beabsichtigen, im Unterhaus schnellstens ein kurzes Gesetz zur Annahme zu bringen; ein Widerstand seitens der Lords wird nicht erwartet. Von glaubwürdiger Seite wird diese Nachricht bestätigt. Wenigstens ein einflussreicher Minister befürwortet den Plan.

Am Ende der Vorgesprächung gab die Generalkonferenz der Bergarbeiterföderation heute folgenden Bericht heraus:

„Der Vorstand hat seinen Bericht über die Verhandlungen, die zwischen dem Premierminister und seinen Kollegen und ihm (dem Vorstand) stattgefunden haben. Der Bericht wurde als befriedigend entgegengenommen und die Konferenz beschloß einstimmig, diese Verhandlungen fortzusetzen. Folgende Resolution bezüglich der Frage der Sicherheit der Gruben wurde angenommen: Denjenigen Arbeitern, die zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Sicherheit der Gruben — Bedienung der Bewetterung, Entfernung des Wassers aus den Gruben und Fütterung und Pflege der Grubenpferde — nötig sind, soll erlaubt werden, nach Ablauf der Kündigungsfrist von Tag zu Tag zu arbeiten, aber in keinem Falle darf von diesen Arbeitern verlangt werden, Kohle zu produzieren.“

Inzwischen greift der Streik immer weiter um sich. So melden die Depeschensbüros:

London, 29. Februar, 2 Uhr morgens. Die Zahl der Bergleute, die bis jetzt die Arbeit niedergelagt haben, beläuft sich insgesamt auf 135 000 Mann. Diese verteilen sich auf die einzelnen Grubendistrikte wie folgt: Derbyshire 49 000, Yorkshire 25 000, Nottingham 37 000, Nordwales 12 000, Leicester 7 000, Hampshire 1 900, Durham 1 500 und Somerset 1 000.

London, 29. Februar. Wie es heißt, sollen nur noch 40 Proz. der gesamten Bergarbeiter Englands bei der Arbeit sein.

London, 29. Februar. Die Stimmung ist äußerst pessimistisch. Gegen mittag waren die Bergwerksbesitzer zu einer Konferenz mit dem Kabinettsrat versammelt. Die Beratung dauerte zwei Stunden. Wie verlautet, verbarren die Bergwerksbesitzer auf ihrer Weigerung, die Vorschläge der Regierung anzunehmen.

Um 5 Uhr nachmittags befinden sich insgesamt 598 500 Bergarbeiter im Streik. Die Ausständigen verteilen sich auf die einzelnen Distrikte wie folgt: Wales 18 000, Durham 152 000, Schottland 135 000, Yorkshire 100 000, im Norden von Wales 12 000, Northumberland 7 000, Leicestershire 10 000, Derbyshire 53 000, Nottingham 37 000, Somerset 1 000, Lancaster 2 500. Morgen früh werden 1 Million Mann feiern!

B. T. B. bringt noch spät folgende Meldung: Premierminister Asquith hat den Grubenbesitzern neue Vorschläge gemacht. Die Verhandlungen haben danach eine neue Wendung genommen und sollen morgen fortgesetzt werden. Die Bergwerksbesitzer von Northumberland haben sich im Prinzip mit einem Lohnminimum einverstanden erklärt, wollen aber nichts davon wissen, den Minimallohn zu zahlen ohne Rücksicht auf die Fähigkeit und die Geschicklichkeit der Arbeiter.

Letzte Nachrichten.

Sozialdemokratische Demonstration in Budapest.

Budapest, 29. Februar. (W. T. U.) Die nachträglich verlautet, bezieht sich das Polizeiverbot der von den Sozialdemokraten geplanten Volksversammlung und des Demonstrationsumzuges nur auf den Platz und die Straßen, die von den Veranstaltern angegeben worden waren. Die Versammlung und der Umzug werden jedoch gestattet werden, falls die Sozialdemokraten sich entschließen, für ihre Kundgebungen einen anderen Platz auszuwählen.

Zur Vermittlungsdaktion im italienisch-türkischen Kriege.

Paris, 29. Februar. In einem Artikel über die Frage der Vermittlung zwischen Italien und der Türkei kritisiert das „Journal des Debats“ sehr scharf die Haltung der italienischen Regierung und meint, das zweimalige Proklamieren der Angliederung von Tripolis und der Cyrenaika, durch welche die Türkei nicht einen Zollbreit an Boden verloren habe, werde jeden Vermittlungsversuch zunichte machen. Keine Nacht könne der Türkei den Rest erteilen, Provinzen preiszugeben, welche sie im Innern noch vollständig besetzt halte. Man sollte auch aufhören, Europa damit einzuschüchtern, daß man den Rückzug für das Frühjahr ankündigt oder von der Möglichkeit eines Christenmassakres spreche. Die Mächte seien gewiß geneigt, zu vermitteln, aber nur zugunsten eines Ausgleichs und nicht einer Unterwerfung. Es sei Sache der italienischen Regierung, die Bedingungen für diesen Ausgleich bekanntzugeben.

Der Kampf bei Goms.

Paris, 29. Februar. Ueber den vorgestrigen Kampf bei Goms wird dem „Temps“ von seinem in türkischen Hauptquartier in Azizia befindlichen Berichterstatter über Tunis telegraphiert: Die Italiener, welche etwa 10 000 Mann Verstärkungen erhalten hatten, unternahmen einen Vorstoß und besetzten den Djebel Margheb. Die türkisch-arabischen Streitkräfte vertrieben mittelst eines Bajonettangriffs die Italiener aus ihrer Stellung, mußten sich jedoch infolge des Feuers der italienischen Feld- und der Marineartillerie zurückziehen, worauf die Italiener den Djebel Margheb von neuem besetzten. Der Kampf hatte von Sonnenaufgang bis 10 Uhr abends gedauert. Die Verluste der Italiener sind sehr bedeutend. Auf ihrem linken Flügel allein blieben über dreihundert Tote auf dem Platze. Die türkisch-arabischen Truppen hatten 30 Tote und 80 Verwundete.

Ein Fischerfalter verschollen.

Guxhaven, 29. Februar. (S. B.) Der mit drahtloser Telegraphie ausgerüstete Blankeneseer Fischerfalter S. B. 57 ist verschollen. Er ist seit Anfang Januar zum Fange in der Nordsee unterwegs, und es fehlt von ihm seitdem jedes Lebenszeichen. Der Falter wurde von einem erprobten Schiffer aus Blankenese geführt und hatte außerdem drei Mann Besatzung.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

16. Sitzung. Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des

Staats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Titel „Minister“.

Abg. Bassermann (natl.): Es ist gestern eine Teilung dieses Riesens a m t e s wieder angeregt worden, und in der Tat wird es ernstlich erwogen bedürfen, ob auf die Dauer die Organisation dieses Amtes aufrechterhalten werden kann, das die heterogensten Materien und so weitbewegende Fragen wie die Sozialpolitik und die Wirtschaftspolitik umfasst. Das stellt Anforderungen an den Leiter dieses Amtes, denen auf die Dauer auch ein so arbeitsfreudiger und kenntnisreicher Mann wie Herr Delbrück nicht gewachsen sein dürfte. Aus unseren Anträgen möchte ich vor allem die Forderung der Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts hervorheben. Die deutsche Sozialpolitik weist eine glänzende Entwicklung auf, und es ist ein ungerichtetes Urteil, wenn Herr Wurm in alledem nur den Stillstand und Rückschritt sieht. Diese Entwicklung ist auch keineswegs allein der Sozialdemokratie zuzuschreiben, wenn ich auch objektiv genug bin, ihr Drängen anzuerkennen, sondern alle Parteien des Reichstages haben ein Verdienst daran. Wenn Herr Wurm kritisierte, daß ich von einer maßvollen, besonnenen Sozialpolitik gesprochen habe, so frage ich ihn, ob etwa eine maßlose, unbesonnene Sozialpolitik etwas Gutes wäre. Dadurch würde zweifellos die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt gefährdet. Die Vermehrung der Generalankosten der Industrie, die eine Folge der sozialen Lagen ist, führt auch gerade zu der Konzentration des Kapitals, von der die Sozialdemokraten immer sprechen. Also das Programm einer maßvoll fortschreitenden Sozialpolitik müßte eigentlich jeder Wirtschaftspolitiker unterschreiben. Sozialpolitik hat es gegeben auch schon unter dem patriarchalischen System, daher ist die Behauptung des Herrn Wurm, der Sozialdemokratie allein sei die Sozialreform zu verdanken, eine große Uebertreibung. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Heute ist Sozialpolitik einfach eine Staatsnotwendigkeit geworden; in einem Staate, der sie vernachlässigt, müßte es zu

Inruhen und Katastrophen

kommen. Wenn Herr Wurm auch die Einzelheiten unserer sozialpolitischen Gesetze kritisierte, so verweise ich ihn darauf, daß die wesentlichen Fortschritte, die das Reichsvereinsgesetz für manche Bundesstaaten gebracht hat, auch in seiner Presse vielfach anerkannt worden sind. Gewiß ist die Ausführung des Gesetzes vielfach mangelhaft und ich habe den Standpunkt des Reichsanwalters nie verstanden, der sagt: ich bin machtlos gegenüber einer falschen Auslegung und Handhabung des Gesetzes. Wenn von der Zentralinstanz mit fester Energie mit der Faust auf den Tisch geschlagen und den Herren Landräten, die sich über Wortlaut und Geist des Gesetzes, wie Graf Pofadowitsch sagte, hinwegsetzen, klargemacht würde, daß es so nicht weiter geht, würde in kurzer Zeit Remedur eintreten. (Sehr richtig! links.) Ferner verweise ich Herrn Wurm auf das große Werk der Reichsversicherungsordnung und der Privatbeamtenversicherung. Allerdings ist zu bedauern, daß es nicht gelungen ist, die Altersgrenze bei der Invalidenversicherung herabzusetzen und einen besseren Wöchnerinnenlohn durchzuführen. Das muß baldigst nachgeholt werden. Die Behauptung: ohne Sozialdemokratie keine Sozialpolitik, ist auch aus einem anderen Grunde falsch. Die soziale Frage ist vielmehr die Folge des immer schwerer gewordenen Kampfes und Daseins, die die Angehörigen aller Stände zwingt, da sie sich nicht selbst helfen können, sich einer Organisation anzuschließen. Leben wir doch heute in einer Zeit, wo der Organisationsgedanke auf der ganzen Linie seinen Siegeszug hält. — Die Ausstellung im Zoologischen Garten, die Herr Wurm auch erwähnte, zeigt, daß auch die einst verachtete und verpörrichte Frauenbewegung sich allmählich Anerkennung erzwungen hat. Die Regierung wird auch in dieser Frage ihre alte zurückhaltende Stellung aufgeben müssen. Auch in dieser Bewegung zeigt sich ein Stück neuer Erleuchtung in diesem 20. Jahrhundert. Der Staat darf vor einer solchen Entwicklung ebensowenig wie vor den 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler die Augen verschließen, er muß auch für die Gesetzgebung die nötigen Konsequenzen daraus ziehen. Tut er das nicht, dann liegt die Gefahr

Kleines Feuilleton.

Der Minister verbeugt sich ironisch. Im Abgeordnetenhaus stellte der Abgeordnete Diebnecht fest, daß von Amts wegen politische Redaktionen in den preussischen Fortbildungsschulen verbreitet werden. Er nannte diese unangebrachte Propaganda einen Mißbrauch und machte den Handelsminister dafür verantwortlich. Der Parlamentsbericht sagt dazu: „(Beifall bei den Sozialdemokraten — Lachen und Wischen bei der Mehrheit, der Handelsminister verbeugt sich ironisch).“

Über die gesellschaftlichen Manieren dieser Mehrheit kein Wort: es war von jeher ein Privileg unseres Adels, das Maul aufzureißen, wenn nicht zu befürchten war, daß ein Kräftigerer es (soweit wie möglich) entzweischlug. Aber —: der Handelsminister verbeugt sich ironisch. Er hat sich oft verbeugen müssen, hübsch, untertänig, diesmal ironisch. In jedem anderen Lande wäre der Mann fertig: was bedeutet diese Ungezogenheit anderes, als: Meine Herren! Ihr könnt mir...?

Aber bei uns wird so etwas nicht empfunden. Alle, sogar die Sozialliberalen, freuen sich, daß sie den Störenfried niederbrüllen können — keiner merkt, welche Heringschäpfung des Parlamentarismus in der Geste des sommerlichen Vaterlandsretters liegt.

Unsere Wahlen wählten langsam, aber sie wählten. Wir werden noch oft monieren, und der Minister und seine Kollegen werden sich noch oft so benehmen, wie es sich für höhere Beamte mit sicherem Gehalt geziemt — Gegnern gegenüber, die ihnen leider noch nicht zum Ersten kündigen können. Denn die Sprache verstehen sie.

Aber mit der Zeit... Wer weiß — vielleicht wird sich der Handelsminister einmal verbeugen... aber dann wird die Ironie auf unserer Seite sein.

Professor und Kriegsminister. Die Mahregelung Prof. Czerny erinnert an eine andere Professorengelehrte, die freilich in Ostpreußen, dem Lande der Justizlosigkeit, spielte und einen etwas anderen Verlauf nahm.

An Professor Gussenbauer, der Nachfolger Billroths und als Schüler des großen Chirurgen ein engerer Kollege Czerny war, erging eines Tages vom österreichischen Kriegsministerium die Anfrage, ob er geneigt sei, im Kriegsfall das Kommando eines Feldlazarets zu übernehmen. Gussenbauer kam mit dem Schreiben in die Klinik, zeigte es seinen Assistenten und bat einen von ihnen, daß Schreiben nach seinem Diktat zu beantworten. Der Assistent setzte sich und Gussenbauer begann: Liebes Kriegsministerium! Der Assistent, sichtlich erädhelt, machte einige Einwendungen. Unwillig überließ Gussenbauer die nebenstehende Kiste dem Guldanken des Assistenten und fuhr fort: Gussenbauer und seine Assistenten sind bereit, das Kommando zu übernehmen unter folgenden Bedingungen:

nahe, daß auch diese Bewegung ins radikale Fahrwasser gelangt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) — Die viel erörterte Mittelstandsfrage halten auch wir für sehr wichtig und haben dazu eine Reihe Anträge gestellt. Dem Pauschwindel muß energisch zuleide gegangen werden. Nicht folgen können wir den Ausführungen des Abg. Pauli über die Fortbildungsschulen. Nicht bloß sachliche, sondern auch allgemein politische Bildung ist für den deutschen Handwerker sehr notwendig. (Sehr richtig! links. Zuruf: Auch für Herrn Pauli! Heiterkeit.) Dringend der Regelung bedürftig ist weiter das Erfinderrecht der Angestellten und die Frage der Konkurrenzklause. Im Gegensatz zum Grafen Pofadowitsch bin ich der Meinung, daß eine der wichtigsten Konsequenzen aus den letzten Wahlen eine erhöhte Fürsorge für die Beamten, die wirklich Not leiden, sein müßte. Es genügt nicht, wenn man, wie der Minister v. Dallwig im Abgeordnetenhaus mit scharfen Worten gegen die Beamten vorgeht, die sozialdemokratisch gewählt haben. (Sehr richtig! links.) Die Beamten, die sozialdemokratisch wählen, tun das nicht, weil sie nicht mehr monarchisch oder patriotisch denken, sondern aus ihrer Not heraus, in der Hoffnung, daß, wenn sie die schärfste Opposition wählen, vielleicht eher ihre dringenden Wünsche erfüllt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Nun einige Worte über unser Verhältnis zur Sozialdemokratie.

Eine Gewaltpolitik, wie sie von einzelnen Scharfmachern verlangt wird, halte ich für ein frivoles Spiel mit den Interessen des Deutschen Reichs. (Bravo! links.) All solche Maßnahmen wie Einschränkung des Wahlrechts, der Pressefreiheit, des Koalitionsrechts sind nur geeignet, böses Blut zu machen und Mißtrauen in den weitesten Kreisen der Arbeiter zu erregen. (Sehr richtig! links.) Die Folge eines gewaltsamen Vorgehens, wobei das Blut von Volksgenossen fließt, wäre eine Periode von Attentaten. (Sehr richtig! links.) Wo Ausschreitungen erfolgen und Arbeitswillige bedroht werden, müssen natürlich die bestehenden Gesetze angewandt werden; das ist Pflicht der Gerechtigkeit. Schreckensurteile aber wollen auch wir nicht. Das Koalitionsrecht betrachten die Arbeiter mit Recht als ihr heiligstes Gut. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Darlegungen des Reichsanwalters über die Ursachen der 4 1/2 Millionen sozialdemokratischen Stimmen kann ich nicht für sehr tiefgründig erachten. (Sehr richtig! links.) Er erklärt sie daraus, daß man die Sozialdemokratie heute nicht mehr für so gefährlich halte. Gewiß mag sich aus dem Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten in Landtagen und Kommunen eine gewisse Abschwächung in dem Sinne ergeben, aber den Kern der Sache trifft das nicht. Die Sozialdemokratie wächst durch die fortgeschrittene Industrialisierung, und es ist

das tragische Geschick des deutschen Liberalismus,

daß er gerade dadurch in den Großstädten von der Sozialdemokratie verdrängt wird. Das hängt zusammen mit der Frage der Veränderung der Wahlkreise. Natürlich denken auch wir nicht daran, etwa durch eine Veränderung der jetzigen Wahlkreiseinteilung das platte Land zu entziehen. Aber es müssen die größten Unbilligkeiten der jetzigen Einteilung aus der Welt geschafft werden; man kann nicht Wohlkreise mit Hunderttausenden von Wählern immer nur durch einen Abgeordneten vertreten sein lassen. (Sehr richtig! links.) Die Folge dieses Zustandes ist ja auch, daß in gewissen Kreisen das Bürgertum überhaupt das Interesse an den Wahlen verliert, weil sie unbestrittene Domäne der Sozialdemokratie sind. Schon deshalb ist es richtig, in diesen Industriewahlkreisen Zusammenlegungen vorzunehmen und durch Einführung der Proportionalwahl dafür zu sorgen, daß auch die Minderheiten zu ihrem Rechte kommen. Denn der Reichsanwalters sagte, daß das deutsche Volk Sehnsucht nach neuen Aufgaben habe — hier ist eine solche Aufgabe. (Bravo! links.) Als einen weiteren Grund führte der Reichsanwalters die Agitation mit den Steuergeboten an. Aber eine Agitation kann doch nur wirken, wenn der Boden dafür bereitet ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es hat sich eben bei diesen Wahlen erwiesen, wie feinsinnig das Volk ist für die Verletzung der Prinzipien der Gerechtigkeit in der Steuerpolitik. Ich hoffe, daß bei den neu zu erwerbenden Steuern eine nochmalige Verlegung der Grundzüge der Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs nicht erfolgen wird. (Bravo! links.) Der Reichsanwalters sagt, es seien doch so viel Gesetze gemacht worden. Aber durch

eine Paragraphenfabrik

ändert man an der Grundstimmung des Volkes gar nichts. (Sehr richtig! links.) Die Unzufriedenheit hängt auch nicht allein zusammen mit der Steuerpolitik, sondern mit der ganzen Art und Weise, wie bei uns in Deutschland veraltet wird. Wenn man heutzutage hervorhebt: die Kastenprivilegien müssen

- 1. Gussenbauer und seine Assistenten haben keine Vorgesetzten über sich.
2. Gussenbauer und seine Assistenten tragen keine Uniform,
3. Gussenbauer und seine Assistenten dürfen keinen Orden angeben erhalten.
Vesten Groß Gussenbauer.
Uebrigens hat Czerny sich nicht nur durch seine Wahlparole der heiligen Feme des bunten Adels ausgeliefert, er hatte bereits zuvor Ansichten entwickelt, die für einen Inhaber eines militärischen Ranges inakzeptabel sein sollten. Prof. Czerny befaßt sich in seinem nichtmilitärischen Dasein, das ihm noch Ansehen ganz unmaßgeblicher Privatisten seinen wahren Rang verleiht, mit der Bekämpfung der Krebskrankheit. In der „Leipz. Illust. Ztg.“ hatte er es nun beklagt, daß es einem Heidelberger Institut an Mitteln fehle, und dann gefragt, ob die Völker sich nicht vielleicht einmal entschließen könnten, ein Kriegsschiff weniger zu bauen. „Für einen menschlichen mordenden Drednought“ können dreißig Krebsinstitute eingerichtet werden.“

Solch frivole Agitation gegen die Flotte kann sich natürlich nur ein Sozialdemokrat herausnehmen, sagt der Militär. Die Wissenschaft und der Sozialismus sind wieder einmal einig, antworten wir.

Der 30. Februar auf allerhöchsten Befehl. Wie durch den bekannten Starrsinn des Königs Karl XII. Schweden einmal zu einem 30. Februar kam, erzählt „Svenska Dagbladet“ in einer kleinen historischen Reminiszenz. Erst um das Jahr 1700 war man in den protestantischen Ländern zu der Erkenntnis gelangt, daß die durch Paps Gregor XIII. vorgenommene Verbesserung des alten Julianischen Kalenders ihre großen Vorteile habe. Während man sich aber in Deutschland und Dänemark mit einem Schläge zu dem Schritte entschloß und den Gregorianischen Kalender einführte, wählte man in Schweden ein weniger radikales, aber eigenartiges Verfahren, das in dem nachstehenden königlichen Schreiben näher geschildert ist. Dieses Schreiben, datiert aus Bender, den 23. Januar 1711, enthält folgenden Befehl Karls XII. an das Kanzleikollegium in Stockholm:

Hiermit zur Kenntnisnahme, daß man im Jahre 1700 damit begonnen hatte, den Schalttag in den schwedischen Kalendern fortzulassen und mit dieser Uebung in den folgenden Schaltjahren fortzufahren, bis man in der Zeitrechnung mit dem neuen Stil übereingekommen wäre. Dies wurde jedoch von Uns verboten, und da es nun geschehen ist, daß durch Fortlassung des einen Tages die schwedischen Kalender mit der Zeitrechnung seiner anderen Nation übereinstimmen, wodurch viele Irrtümer vorkommen, so wird hiermit Unser Wille und allergnädigster Befehl kundgetan, daß der im Jahre 1700 fortgelassene Tag im kommenden Jahre 1712 eingeholt werde. Dies dürfte bequem zu bewerkstelligen sein, wenn man im Februar dreißig Tage rechnet.“

In einem Schreiben vom 14. August 1711 an den König machte

fallen, hahnfrei dem Tüchtigsten, so günden solche Worte in einer Zeit, wo das Volk mit dem allgemeinen Wahlrecht und einer guten Schule reifer wird von Tag zu Tag. Eine Politik der Nabelstiche, wie bei dem Vereinsgesetz, will das Volk nicht länger ertragen. Warum wird bei so einfachen Forderungen, wie der Sicherung des Wahlgeheimnisses, nicht energisch durchgegriffen und mit dem Verbot aufgeräumt, daß man diese Reform nicht machen will, weil sie gewissen Parteien schaden könnte. (Bravo! links.)

Ebenso wenig tiefgründig waren die Ausführungen des Reichsanwalters über den Linksmarsch der Nationalliberalen und Freisinnigen. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik könnte man bei uns, und in den Heeres-, Marine- und Kolonialfragen bei den Freisinnigen eher von einer Rechtsentwicklung sprechen. (Sehr richtig! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das beweist, daß man mit zu allgemeinen und unrichtigen Schlagworten nicht operieren darf. Wenn sich also der Reichsanwalters schon in die internen Angelegenheiten einer Partei einmischt — offenbar hat ihn sein gutes Herz dazu veranlaßt, er wollte uns über unsere inneren Schwierigkeiten vor dem Lande hinweghelfen — (Heiterkeit), so sollte er doch etwas objektiver urteilen. Wir leben in einer Zeit der Gärung, einer neuen Zeit mit vielen neuen und schweren Problemen. Man kann an den 4 1/2 Millionen Stimmen der Sozialdemokratie nicht vorübergehen mit der einen Bemerkung: es bleibt alles beim Alten, es kann weder reaktionär, noch sozialdemokratisch regiert werden. Dazwischen gibt es ein reiches Gebiet (Lachen rechts, Zuruf: Nationalliberal!), wo Gesetzgebung und Verwaltung von einem Geiste erfüllt sind, der der Psychologie des Volkes näher kommt, eine Verwaltung, die nicht hochmütig von oben auf die Massen sieht und versucht näher zu kommen dem tüchtigen Streben und der Aufwärtsbewegung in unserem Volk. Gewiß ist das Volk erfüllt von Sehnsucht nach großen Aufgaben; aber die Regierung ist sehr zurückhaltend mit der Darbietung solch großer Aufgaben. (Sehr richtig! links.) Wir wünschen eine Regierung die stark genug ist, die Ordnung aufrechtzuerhalten, aber die auch stark genug ist, die notwendigen Reformen durchzuführen. Wir wünschen, daß aufgeräumt wird mit dem Kastengeist, den Kostenvorzeichen. Vertrauen wir auf unser Volk, das ist die Quintessenz. Lange Erörterungen über Radikalismus und Revisionismus in der Sozialdemokratie werden uns nicht zur nötigen Klarheit bringen, wenn auch nicht zu bestreiten ist, daß tatsächlich tiefe Gegenätze innerhalb der Sozialdemokratie vorhanden sind. Fortführung einer ehrlichen Sozialreform und Wachen der Erkenntnis, daß Gesetzgebung und Verwaltung auf die Aufwärtsbewegung im Volke in vollem Umfang Rücksicht nehmen müssen — dann wird es auch gelingen, über die gärende Zeit Herr zu werden. (Lebhafter Beifall, Bravo! links.)

Abg. Dr. Doormann (Sp.): Herr Wurm hat gestern die Reichsversicherungsordnung überaus scharf beurteilt. Auch uns sind die vielen Verschlechterungen, namentlich in der Organisation der Versicherungsanstalten, sehr unangenehm gewesen, aber wir verkennen auch nicht, daß das Gesetz wesentliche Verbesserungen gebracht hat. Die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Invalidenversicherung muß bei der besseren Finanzlage nachgeholt werden. — Die Verdienste der Sozialdemokratie an der Entwicklung der Sozialpolitik erkennen wir durchaus an. Ich gebe auch zu, daß die Freisinnigen sich zuerst ablehnend gegenüber der Sozialpolitik verhalten haben; das war zweifellos ein Irrtum. Der Sozialdemokratie müssen wir aber zum Vorwurf machen, daß sie z. B. auch wieder bei der Reichsversicherungsordnung so weitgehende Forderungen gestellt hat, daß bei deren Erfüllung das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet gewesen wäre. Auch wir wollen einen maßvollen, stetigen Fortschritt in der Sozialpolitik, wir wollen den Ausbau der Gewerbeinspektion, eine Erweiterung der Unfallversicherungsvorschriften, volle Koalitionsfreiheit. Wir verurteilen jeden Terrorismus, von welcher Seite er auch kommt, da er die größte Gefahr für die Koalitionsfreiheit ist. Die Forderungen zum Schutze des Mittelstandes unterstützen auch wir, vor allem ist auch eine Förderung der Bauern, des ländlichen Mittelstandes, notwendig. Daß ein Abbrüdelungsprozeß im Handwerk vor sich geht, ist nicht zu bestreiten, aber das Handwerk hat denn doch beteuert, daß es widerstandsfähig genug ist, um sich auf die Dauer zu erhalten. Redner erörtert eine Reihe von Maßnahmen zum Schutze des Mittelstandes. Die Gesetzgebung allein aber kann dem Handwerk nicht helfen, die Hauptsache ist die Selbsthilfe der Handwerker. (Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich werde mich auf einige allgemeine Bemerkungen zur Sozialpolitik beschränken. Eine Teilung

das Kanzleikollegium Einwendungen gegen diese Anordnung und fügte auch die Gutachten bedeutender „Mathematici“ bei. Alle Proteste fruchteten jedoch nicht. Am 20. Oktober wiederholte der König seinen „allergnädigsten Befehl“, und der 30. Februar 1712 wurde in Schweden tatsächlich Ereignis. Es gibt auch heute noch verschiedene Dokumente von jenem Tage, vom Rat mit diesem einzigdastehenden Datum unterzeichnet. Auch der König selbst hat vier Schreiben am 30. Februar 1712 abgesetzt. Erst im Jahre 1753 wurde in Schweden der neue Stil eingeführt und damit der Fehler, der durch den 30. Februar 1712 in den Kalender gekommen war, aus der schwedischen Zeitrechnung beseitigt.

Neues vom Museum der Stimme. Aus Paris wird berichtet: Das von der Pariser Universität in der Sorbonne geschaffene Museum der Stimme hat bereits ein reiches Arbeitspensum hinter sich und die erfolgreiche Tätigkeit der letzten Monate führt nun zu einem Ausbau der Mittel, durch die man günstigen späterer Beschlechter Zeugnisse der Sprache unserer Zeit sammelt. Der neue Plan gipfelt darin, sofort mit der phonographischen Aufnahme alles französischen Dialekte zu beginnen. Die bretonische Sprache, die basische und das Provenzalische können kaum als dialektische Varianten des Französischen gelten; sie sind im Grunde eigene Sprache, deren Verbreitung immer mehr zurückgeht und deren unausfallsames Schicksal es ist, über kurz oder lang völlig aus dem Gebrauch zu verschwinden. Trotz aller Propheten der Dezentralisation gewinnen die zentralisierenden Tendenzen immer mehr die Oberhand. Die Sorbonne will jetzt ein Automobil ausrüsten, das mit Phonographen unter der Führung von Sprachforschern Dorf um Dorf ganz Frankreich bereisen soll. In jeder Gemeinde sollen phonographische Aufnahmen von der Sprachweise der Bevölkerung gemacht werden; die Platten werden dann für die wissenschaftliche Forschung kommender Zeiten verwahrt. Man hat berechnet, daß diese gründliche Arbeit insgesamt zehn Jahre erfordern würde; die jährlichen Kosten dieser phonographischen Expedition sind auf rund 100 000 Frank veranschlagt.

Notizen.

— Gustav Mahlers achte Sinfonie, die „Sinfonie der Tausend“, wird in diesem Frühjahr auch in Berlin aufgeführt werden. Das Werk soll im Jertus Schumann am 17. und 18. Mai durch das Philharmonische Orchester, den Hosiungischen Knabenchor, Berlin, den Niederbayerischen Chor und fünf andere Leipziger Chörevereinigungen unter der Leitung von Georg Schöler-Leipzig und Willem Mengelberg-Amsterdam heraufgebracht werden.

— Emile Verhaeren, der bekannte französische Dichter, wird in der am Dienstag, den 5. März, stattfindenden Soirée des „Journal d'Allemagne“ seine Gedichte vorlesen. Es ist dies das erste Mal, daß dieser französische Verkünder germanischer Gefühls-tiefe nach Deutschland kommt.

meine Arbeit kann ich nicht empfehlen. So groß ist mein Aufricht und so verschieden die zu ihm gehörenden Materien nicht, als der glauben kann, der die Fülle von Anregungen, die mich zum Teil gar nichts angehen (Heiterkeit), sieht, die alljährlich über mich ausgegossen werden. (Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik usw. wachsen alle auf demselben Boden und können nicht voneinander getrennt werden. Die Maschine und der Großbetrieb hat sowohl die Wirtschaftspolitik wie die Sozialpolitik entstehen lassen. Reicht man diese Fragen auseinander, so verliert man leicht das Verständnis für den inneren Zusammenhang, ohne das diese Fragen nicht gelöst werden können. Außerdem vermehrt die Schaffung jedes neuen Amtes die Reibungen und Widerstände, die der Erfüllung von Forderungen entgegenstehen. (Sehr richtig!) Dazu kommt, daß die wirtschaftlichen Fragen auch übergreifen auf das ethische Gebiet. Was ist das Interessante an dem jetzt stattfindenden Frauenkongress mit der Ausbeutung? Nicht bloß um wirtschaftliche Fragen handelt es sich dort, sondern auch um sittliche Fragen von höchstem Ernst, deren Gewicht so groß ist, daß sich Frauen der verschiedensten Stände und Konfessionen auf diesem Kongress zusammengefunden haben. Was wir erreicht haben auf sozialpolitischem Gebiet, ist nicht das Ergebnis der Arbeit einer einzelnen Partei, sondern aller Parteien dieses Hauses. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.) Doch eine Partei, die immer mit extremen Forderungen kommt und dabei so weit geht, daß ihr das Augenmaß für das Erreichbare und Unerreichbare verloren geht (Lachen bei den Sozialdem.).

ein treibendes Moment ist bei der Lösung allgemeiner Zeitfragen, soll nicht bestritten werden.

(Na also! bei den Sozialdemokraten.) Aber wenn die Erfolge auf diesem Gebiete so verdankt sind, ist eine andere Frage. (Sehr richtig! bei den bürgerlichen Parteien.) — Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Radikalismus von links erschwert ebenso sehr ein Zustandekommen brauchbarer Ergebnisse wie der auch vorhandene konservative Radikalismus (Zuruf rechts: Viel mehr!) Die bürgerlichen Parteien und die Regierung haben in Wahrheit das Hauptverdienst an den Erfolgen unserer Sozialpolitik. Das ist, was die Regierung im Auge haben muß, ist: die Lösung der Fragen, vor die uns die wirtschaftliche Entwicklung stellt, so zu fördern, wie es unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist unter sorgfamer Scheidung des Erreichbaren von dem Unerreichbaren. Wenn vielfach nicht mehr erreicht worden ist, so liegt das daran, daß Sie (zu den Sozialdemokraten) Ihre Mitarbeit bei dem Erreichbaren verweigert haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Man ist nicht an einem Tage erbaut. Alle Fortschritte vollziehen sich in Stappen, und wer nicht den Mut hat, das Erreichbare zu nehmen, hat in erster Linie die Schuld, wenn noch weniger als das an sich Erreichbare erreicht wird. (Bravo! rechts.) — Von einem Stillstand unserer Sozialpolitik kann keine Rede sein. Wenn augenblicklich nicht wieder neue große Werke vorliegen, so liegt das einfach daran, daß die zuletzt beschlossenen umfangreichen Gesetze eine große Menge von Arbeit zu ihrer Durchführung erfordern. Nicht verkennen will ich, daß einzelne Gebiete in der Versicherung rüchtlings geblieben sind, z. B. die Versicherung der Feuerwehreute, der Krankenpfleger, kurz gesagt: der Lebensrufer. Ein entsprechendes Gesetz ist ausgestellt und unterliegt zurzeit den Verhandlungen mit den preussischen Ressorts.

Was die große Frage der Arbeitslosenversicherung angeht, so bin ich noch heute der Auffassung, daß sie, wenn überhaupt, nur durch die Kommunen in Angriff genommen werden kann. Die Forderungen der Revision der Reichsversicherungsordnung sind wohl nicht ernst gemeint. (Oh! links. Zuruf: Wasserfall!) Bei einem so großen Gesetz müssen die Wirkungen erst einige Zeit abgewartet werden und für bestimmte Forderungen, wie die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Invalidenrente ist ja im Gesetz selbst eine Prüflin festgelegt.

Ein zweites großes Gebiet der Sozialpolitik ist der Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sie (zu den Sozialdemokraten) fordern den gesetzlichen Arbeitstag, aber die Regierung steht noch vor auf dem Standpunkt, daß nur der sanitäre Maximalarbeitstag berechtigt ist. Bundesratsverordnungen auf diesem Gebiete kommen nicht mehr so viele heraus wie früher. Das liegt daran, daß die meisten Materien, die auf diese Weise geregelt werden können, bereits geregelt sind. Es sind jetzt fast alle allgemeinen Normen aufgestellt als Grundlage für die gewerbeärztliche Behandlung und es ist den Gewerbeaufsichtsbeamten überlassen, das erforderliche Maß von Anordnungen für den einzelnen Betrieb zu treffen. Das ist ein großer Fortschritt und kein Stillstand.

Was die Wohnungsreform angeht, so würde eine reichsgesetzliche Regelung zu sehr in die Gesetzgebung der Bundesstaaten und das Selbstverwaltungsrecht der Städte eingreifen. Sollten die Bundesstaaten aber weiter in dieser Frage verharren, dann werden wir allerdings unersetzlich an die Lösung der Frage herantreten müssen. Am besten wird eine Reichstagskommission zusammenzutreten, die sich darauf beschränkt, die speziell für ein Reichswohnungsgesetz geeigneten Materien zusammenzustellen. Ich denke vor allem an das Erbbaurecht. Die Koalitionsfreiheit hätte ich für hinreichend gewährleistet, sowohl für Arbeitgeber wie für die Arbeitnehmer. Eine gesetzliche Neuordnung würde wahrscheinlich keinen von beiden Teilen befriedigen: sie müßte mehr Beschränkungen sowohl für Arbeitgeber wie für die Arbeitnehmer bringen. (Hört! Hört! und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Die Tarifverträge haben eine erfreuliche Entwicklung genommen. Jede gesetzliche Regelung auf diesem Gebiet müßte die unbeschränkte Rechtsfähigkeit der Verbände feststellen, und die Gelegenheit ist verjährt worden, als man das Wesen der Berufsvereine feststellte. Hätten wir sie damals anderen Korporationen gleichgestellt, so würden wir jetzt einen einwandfreien Rechtszustand haben, der ihre Haftbarkeit und die Vollstreckbarkeit der gegen sie ergangenen Urteile feststellt. Eine Verschärfung der Strafbestimmungen für Streikvergehen halte ich für unnötig, die jetzigen Bestimmungen reichen vollständig aus, um eine angemessene Befragung der Schuldigen herbeizuführen. Aber wir werden prüfen müssen, ob die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der persönlichen Freiheit nicht aufrechterhalten werden müssen gegen eine zunehmende Beschränkung der bürgerlichen Freiheit durch die Organisationen. Das gilt für alle Organisationen, auch für die politischen Parteien. Wir wollen nicht bloß die übernommenen sozialpolitischen Aufgaben fördern, sondern auch an die ethischen Probleme herantreten, die uns die wirtschaftliche und politische Entwicklung stellt. Wir werden bestrebt sein sie zu lösen, nicht im Interesse einzelner oder zum Schaden anderer, sondern wir werden auch hier versuchen eine Lösung zu finden, die den verschiedenartigsten Interessen gerecht wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Freiherr v. Camp (Rp.): Der Reichsminister hat verlangt, daß die Beamten im Wahlkampfe Gewehr bei Fuß stehen. Wer soll aber dann die Sozialdemokratie bekämpfen? (Zuruf links: Sie! Heiterkeit.)

Ich habe doch nicht die Verpflichtung, für die Monarchie und für die bestehende Staatsordnung einzutreten, das ist Pflicht der Beamten, die ja dafür bezahlt werden. (Großer Lärm links und Zurufe: Unerhört!)

Die Lage der Landwirtschaft, speziell der Bauern, ist keineswegs günstig. Auch im Großbetrieb ist an eine sichere Rente nicht zu denken. Die Landwirtschaft ist ein sehr gefährliches Gewerbe, weil die Ertragsnisse äußerst schwankend sind. Den Behauptungen über die Latifundienwirtschaft muß ich entschieden entgegenstellen; vielfach werden Latifundien zu Bauerntümern zerfallen. — In der Sozialpolitik gehen die Forderungen der Sozialdemokratie über alles Maß hinaus. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen ist nie eine Zeit mehr von sozialem Geiste erfüllt gewesen als gerade die heutige. Wir können aber als abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet ebensowenig alle Forderungen auf Verfürgung

der Arbeitszeit z. B. erfüllen, wie die sozialdemokratischen Betriebe alle sozialdemokratischen Forderungen ihrer Arbeiter. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Internationale Vereinbarungen!) Die Wünsche ich ja auch, aber die können nicht von den Regierungen ausgehen, sondern die müssen die Arbeiter treffen. (Stürmische Heiterkeit und vielstimmige Zurufe: Das tun sie ja! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere daran, daß ein prominentes Mitglied der Budgetkommission — Namen darf ich ja aus der Kommission nicht nennen — bei einer Gelegenheit erklärte, sie würden dafür sorgen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter in England ihrer Regierung gründlich den Kopf wuschen und was ist daraus geworden? (Zuruf des Abg. Ledebour.) Herr Ledebour, ich habe keinen Namen genannt. (Große Heiterkeit.) — Ich hätte gewünscht, daß Herr Delbrück, als er die Kreise nannte, die ein Verdienst haben an unserer sozialpolitischen Gesetzgebung, nicht vergessen hätte zu erwähnen, daß das Hauptverdienst der alte Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck haben. (Bravo! rechts.) Von der Erbitterung, die in den Kreisen der kleinen Handwerker und auch vieler Arbeiter über den von der Sozialdemokratie ausgeübten Terror herrscht, haben Sie keine Ahnung. Hier muß die Gesetzgebung zum Schutz der Arbeitswilligen eingreifen. Das kann die Ausbreitung der Sozialdemokratie zurückdrängen.

Ein weiteres Mittel dazu sehe ich in der Schaffung der Arbeiter. — In bezug auf die Wohnungsfürsorge schicke ich mich dem Staatssekretär an, hier müssen die einzelnen Bundesregierungen vorgehen.

Nachdem ich die Stärkung der Handwerker in Stadt und Land, damit sie gegen die Sozialdemokratie widerstandsfähig werden. An die Reichsregierung richte ich den dringenden Wunsch, bei den Einzelregierungen vorzugehen; das ist nötig im Interesse der Bauhandwerker. (Zuruf rechts.) Dem Reichsbankpräsidenten gebührt Dank wegen seines energischen Kampfes gegen die Großbanken, die nicht der Industrie zugute kommen, sondern dem Spekulantentum. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Wll (Eis.) verteidigt, im Zusammenhang auf der Tribüne unverständlich, die Streichung des allerhöchsten Gnadenfonds im Landtage der Reichslande, und verteidigt gegenüber dem Abg. Gajen Rosadowski die Ablehnung der kommenden Wehrvorlagen durch das eltsässische Zentrum.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Wurm (Soz.): Ich habe nicht, wie der Abg. Camp behauptete, die Entfremdung der Frauen von den Fabriken verlangt, sondern konstatiert, daß diese Beschäftigung eine Folge der ungenügenden Entlohnung der Männer sei und habe für die Frauen die notwendigen sanitären Maßnahmen verlangt. Für die Landarbeiter habe ich auch nicht den Achtundneunzig ohne Rücksicht auf die Bitterung verlangt, sondern daß Zeit, Dauer und Art der Arbeit so geregelt werden, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf geschlechtliche Gleichberechtigung fordern.

Diese Forderung findet sich auch in den kaiserlichen Erlassen vom Februar 1890, nur wird sie von der Regierung nicht durchgeführt, so daß wir sie von neuem beantragen müßten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (Soz.): Ich habe nicht etwa im Zusammenhang mit unterlassenen sozialpolitischen Maßnahmen der englischen Regierung — wie es nach der Ausführung meiner Neuerungung der Budgetkommission durch den Abg. Camp scheinen mußte — gesagt, wir würden unsere englischen Freunde veranlassen, der englischen Regierung den Kopf zu waschen. Sondern bei der Wollklobedebatte sagte ich, nicht, wir werden unsere englischen Freunde veranlassen — dazu haben wir kein Recht —, sondern wir erwarten, daß unsere englischen Freunde ihrer Regierung den Kopf waschen, wie wir der unseren, wenn sie den Frieden fördernde Maßnahmen ergreift. Das ist auch geschehen.

Abg. Freiherr v. Camp: Herr Wurm hat recht. Auch Herr Ledebour. (Große Heiterkeit.) Aber der Anlaß der Neuerungung ist ja gleichgültig; wesentlich ist, daß Sie (zu den Sozialdemokraten) auf die englischen Arbeiterorganisationen keinen Einfluß haben.

Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung, vorher Rechnungsachen.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Stadtverordneten-Versammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 29. Februar, nachmittags 6 Uhr.

Vorsitzer Michelel eröffnet die Sitzung nach 6 1/2 Uhr mit dem Hinweis darauf, daß heute, am 29. Februar, die Witwe des Berliner Ehrenbürgers Rudolf Virchow ihren Geburtstag feiert. Zur ersten Lesung gelangt der Entwurf des

Stadthaushaltsplans für 1912,

in Verbindung mit der Vorlage betr. die für 1912 vom Magistrat geplanten Veränderungen in den etatsmäßigen Beamtenstellen.

Kämmerer Dr. Steiniger: Unser Etat ist ein sehr kompliziertes Werk; er kann nicht so überschlägig sein, wie wir selbst es wünschen, obwohl auch im jetzigen Etat in dieser Hinsicht etwas gebessert worden ist. In den Leberstuhlsverwaltungen hat sich wenig geändert. Unter den Einnahmen und Ausgaben figuriert jetzt die der V. E. B. mit 6,4 Millionen. Auch die Werkverwaltungen bieten kein unerfreuliches Bild; Gas- und Wasserverwaltung präsentieren sich in für die Steuerzahler angenehmem Gewande. Von den Mischgütern darf eine große Rentabilität nicht erwartet werden; die Durchführung der Kanalisation ist und bleibt die Hauptfrage. Sehr erfreulich ist das Ergebnis des Betriebes unserer Straßenbahnen. Im Steuerkapital ist die Luftfahrzeugsteuer weggefallen, die zu wachsender Steuer hat nach den bisherigen Erträgen um 1/2 Million niedriger eingestellt werden müssen. (Hört! Hört!) Von den Aufwandsverwaltungen erfordert die Unterrichtsverwaltung eine Ausgabe von 87 Millionen. Die Klassenbefehung in den Gemeindefschulen ist auf 42,8 zurückgegangen. Neu eingestellt sind 3 Schulbauten, die 4 Pflanzschulen entbehrlich machen sollen. Die Technische Mittelschule hat hinsichtlich ihres Besuchs erheblich enttäuscht. Im Kapitel Armenpflege bleibt der Kopfschmerz der baren Unterstützung in der offenen Armenpflege bedenklich hoch, trotz aller Ausgaben an Hospitäler usw.; er beträgt 4,94 M. (1902 4,28), dagegen in Charlottenburg 3,22 (2,43), in Schöneberg 0,98 (0,98) und in Nizdorf ist er sogar von 0,87 auf 0,78 zurückgegangen. (Hört! Hört!) Die Waisenpflege, die 2 1/2 Millionen gegen das Vorjahr mehr erfordert, entlastet die Armenverwaltung nicht unerheblich. Die Krankenpflege erfordert nach wie vor einen so hohen Zuschuß pro Kopf, jezt 3,01 M., daß eventuell noch eine

Erhöhung der Gebühren

in Betracht gezogen werden muß. Für das Pflegerpersonal sind zum Teil Vorkosten in Aussicht genommen. — Ganz erhebliche Mehrausgaben erfordert die Parkverwaltung, ebenso der Tiefbau, obwohl für Neu- und Umpflasterungen nur die vorjährigen Summen eingestellt sind; wir brauchen hier allein für die Straßenunterhaltung 2 Millionen mehr. Für den Zweckverband stehen im Schlusssapitel verschiedene Einnahmen und Ausgaben 150 000 M. Zur Deckung des Nettobetrags ist es trotz aller Ausgabeerhöhungen, trotz aller Erhöhung der Einnahmeargsätze nicht zu umgehen gewesen.

die Steuerzahler stärker heranzuziehen.

Den aberlasteten Grundbesitz mußte dabei auscheiden. (Zustimmung und Hört! Hört!) Nachdem ein gemeinsames Vorgehen mit den Vororten behufs gemeinsamen Vor-

gehens ziemlich aussichtslos geworden ist, wird auch Berlin mit seinen eigenen Bedürfnissen zu rechnen haben und sollte jezt mit 110 Proz. Einkommensteuer

vorgehen. Die Hoffnung, daß die staatlichen Zuschläge auch den Gemeinden gefällig zugeprochen werden, ist ebenfalls im Schwanken begriffen. Eine weitere natürliche Steigerung der Steuereinnahmen ist unwahrscheinlich; es muß daher bei der Bemessung der Ausgaben die allergrößte Sparsamkeit Platz greifen!

Stadtbruns (Soz.): Eine sorgfältige Prüfung der Ausgaben ist selbstverständlich und auch stets erfolgt; aber auch bei der genauesten Prüfung werden immer Ausgaben übrig bleiben, die als Kulturforderungen angesehen werden und in den Etat eingestellt werden müssen. Von den größeren Gesellschaften, die aus der Benutzung der städtischen Straßen und Plätze Vorteile ziehen, werden 11 1/2 Millionen Abgaben bezahlt; davon allein von den V. E. B. 6,3 Millionen Mark. Annehmend ebensowohl wie Berlin von der V. E. B. in den letzten fünf Jahren erhalten hat, nämlich circa 24 Millionen, haben auch die Aktionäre erhalten. Wir meinen, diese Summen gehören eigentlich auch noch der Stadt, wenn sie selbst das Werk betriebe. Der Vertrag mit der V. E. B. läuft ja im nächsten Jahre ab; hoffentlich kommt es dazu, daß er gekündigt und so an den Bürgern gut gemacht wird, was an ihnen bisher gekündigt ist. Von dem Kulturaufgabenprogramm, das der Oberbürgermeister vor einigen Jahren entwickelte, ist bisher nichts verwirklicht worden; der Kämmerer hat heute im Gegenteil noch extra abgewinkt. Die günstige Entwicklung unserer eigenen städtischen Straßenbahnen, die trotz aller Neuanfassungen und Betriebserweiterungen eingetretet ist, wird hoffentlich der

Überführung der Kommunikationsmittel in städtische Regie

die Wege ebnen. Stadtrat Dr. Frey ist ja früher warm dafür eingetreten und wird seinen Einfluß im Magistrat gewiß geltend machen. (Zuruf: Ist aber inzwischen aus einem Paulus zum Paulus geworden!) Davon weiß ich nichts. Der Kämmerer empfahl das Eingehen auf 110 Proz. Einkommensteuer und erklärte eine stärkere Belastung des Hausbesitzes nicht für angängig. Wenn man die Schäden der einseitigen Erhöhung auf 110 Proz. abwenden will, dann kann das nur durch eine gleichzeitige stärkere Heranziehung auch des Hausbesitzes erreicht werden. (Widerpr. u. Zustimmung.) Wenn die potenten Steuerzahler auch wirklich aus Berlin auswandern, den Grundbesitz können sie nicht mitnehmen, und mit dem „Zugrundegehen“ hat es noch gute Weile. Leider scheint es ja ein Ding der Unmöglichkeit, einzelne Vorortgemeinden von ihrer Selbstmacht abzubringen; das beweist aber gleichzeitig einen großen Mangel des Zweckverbandsgesetzes, welches diesen Punkt außer acht gelassen hat. Diesmal wird es mehr als schwer sein, die Ausgaben so herunterzufahren, daß ein erheblicher Mißstand herankommt und das Niveau von 100 Proz. wieder erreicht wird. Heute ist es auch für uns nicht ohne Bedenken, auf 110 Proz. heraufzugehen, denn das trifft bei der herrschenden Teuerung auch die Armen, aber das kann nicht ausschlaggebend sein; im Interesse der städtischen Verwaltung, der sozialen Entwicklung der Stadt ist die Erhöhung notwendig, und deshalb werden wir sie bewilligen. Die 23 Millionen von der „Großen Berliner Straßenbahn“ gingen nach meiner Meinung den Minister oder Oberpräsidenten, der unsere Anleihebedürfnisse zu prüfen hat, gar nichts an; vielleicht aber wollte es nicht, daß diese Summe in den allgemeinen Stadtkäse kommt, und da begnügt er sich mit uns; auch wir würden lieber leben, wenn sie in den Grundrücken der Zweckverbände kämen. Die Zweckverbände sind bis jetzt in die Zukunft verschoben worden, viel zu spät hat man auf unsere Ratsschlüsse gehört; jezt hat das Reich den Votenanteil genommen. Für den Zweckverband hätte doch eine größere Dotation eingestellt werden können. Hätte der Kämmerer geahnt, daß er schließlich aus der Wahl zum Zweckverbandsdirektor hervorgehen würde, die Position wäre wohl etwas höher dotiert worden. (Große Heiterkeit.) Wir glauben freilich, daß die Wohnungsfrage radikal erst gelöst werden kann, wenn der Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit überführt worden ist. (Heiterkeit und Unruhe.) Wir werden trotzdem jede Bemühung in dieser Richtung gern unterstützen; von dem Zweckverbande, dieser neuen Vertretung der Hausbesitzerinteressen von Groß-Berlin ist aber kaum etwas zu erwarten, mindestens so lange nicht, als das Dreiklassenwahlrecht noch besteht. Allerdings fällt von der Schuld, daß die Eingemeindungsfrage seinerzeit nicht gelöst worden ist, ein großer Teil auch auf die Regierung, die ja 1894/95 auch ein Eingemeindungsgesetz hätte machen können gegen den Willen der Stadt, wie sie jezt ein Zweckverbandsgesetz gemacht hat. Von der Mißschuld ist die Aufsichtsbehörde eben nicht freizusprechen. Jezt will man der Stadt das

Opernhaus nicht verkaufen,

weil die Gefahr besteht, daß meine Freunde dort einmal Demonstrationen machen könnten. (Heiterkeit.) Nun, wenn wir das wollen, brauchen wir das Opernhaus nicht. (Zuruf.) Wir sind vor zwei Jahren für den Ankauf gewesen, aber nur mit den Vorzinsen, die wir dabei gleichzeitig einbezinsen sollten, und die mit der Entwidlung unserer Verkehrsverhältnisse zusammenhängen. (Sehr richtig!) Von dem

städtischen Wohnungsamts

haben wir seit Jahren nichts mehr gehört. Noch einige Bemerkungen zu den

Lohn- und Arbeitsverhältnissen unserer städtischen Arbeiter.

Bei dem Etat der städtischen Güter lassen sich leider die Lohnhöhen für die einzelnen Arbeiter nicht ansehen. Bei den Godankanten haben die Arbeiter zum Teil die achtstündige Arbeitszeit, natürlich nicht aus sozialpolitischer Einsicht, sondern aus Rücksicht auf den Dauerbetrieb, der eine dreifache Schicht erfordert. Arbeitszeiten bis zu 12 Stunden sind immer noch, wenn auch nur vereinzelt, vorhanden. Die Anfangslöhne betragen zum Teil noch 3,66 und 3,90 M.; das sind sehr niedrige Löhne. Vielleicht versucht es einmal ein Magistratsmitglied, sich mit diesem lässlichen Betrage für sich und seine Familie einige Zeit zu begnügen; er wird dann sehr bald auf Zulage bringen und erkennen, wie es kommt, daß diese Arbeiter Sozialdemokraten werden. Es sollen nicht nur Teuerungszulagen gegeben, sondern die

Löhne müssen dauernd verbessert

werden. Leider hat man meine Anregung, eine soziale Kommission einzusetzen, die sich mit der Prüfung dieser Verhältnisse dauernd zu befassen hätte, abgelehnt; vielleicht kommt man doch einmal darauf zurück. Den Seffischberkauf sollten wir nicht einstellen, wenn auch vielleicht der Bedarf etwas zurückgegangen ist. Auch Gefrierfleisch sollte in größerer Menge eingeführt werden, wie es andere Gemeinden gemacht haben. Auf dem Gebiet der Jugendfürsorge haben wir früher tauben Ohren gepredigt; jezt ist es ja auch da besser geworden. In der Versammlung im Reichstagsgebäude, welche sich mit dem Zweckverband beschäftigte, wurden Zahlen angeführt, die dazum sollten, daß viel zu wenig Spielplätze für die Berliner Jugend vorhanden seien. Die Zahlen waren wohl nicht ganz zutreffend, aber die erhobene Klage ist durchaus berechtigt. Ich empfehle nach dem Beispiel unseres verstorbenen Freundes Borgmann — und wäre es gegen den Willen der Herren Rektoren — die Vergabe der Schulhöfe, auf die man auch mit sehr geringen Kosten Sand hinschaffen könnte. Wir haben doch Häuser in Menge mit engen Höfen, in die kaum Licht oder Sonne dringt, und dann dürfen vielfach die Kinder auf diesen Höfen nicht einmal spielen, weil es der Wert nicht leidet. Auf der Straße können die Kinder nicht spielen; dort sind sie zu großen Gefahren ausgesetzt. Man muß ihnen also die Schulhöfe öffnen, wo sie unter Aufsicht spielen können. Unsere Spielplätze in Treptow sind ja wirklich schön, aber davon haben die Treptower weit mehr als die Berliner. Die Schulverwaltung sollte auch darauf sehen, daß die Lehrer öfter mit den Kindern nachmittags nach Treptow hinausgehen. Gewiß ist auf diesem

Gebiet wieder besser gepflegt in den letzten Jahren; mein Freund Borgmann hat sich da ein dauerndes Denkmal gesetzt. Das

Berlinwäandern

muss noch viel mehr betrieben werden. Den jetzigen offiziellen Jugendpflegebestrebungen stehen wir mit einer gewissen Zurückhaltung gegenüber; sie werden den gewollten Zweck nicht erreichen. Die Idee der Lichtbildergesellschaft für die Schulen liege sich vielleicht noch erweitern. Ich wünsche ein großes Berliner Kinematographentheater, in welches die Jugend möglichst oft hineingeführt würde; das wäre ein Mittel, dem Schund in der Kinderliteratur und in den Kinematographen entgegenzuwirken. Auch auf dem Gebiete guter Lektüre ist das Bedürfnis viel größer als man glauben sollte; der Versuch einer Kinderbibliothek aber würde von dem Kammerer seinerzeit abgelehnt. Die Gemeindeschulen bekommen nur je 75 M. jährlich für ihre Bibliothek; hier muss mehr getan werden, es muss Gutes geboten werden, damit verhärtet wird, dass die Jugend Schund liebt. Endlich ist auch wieder eine neue Volkshalle anstatt in Aussicht genommen worden! Hoffentlich geht es mit der Bearbeitung des Projektes rasch vorwärts. Lassen sich nicht Brausebäder in größerer Anzahl nach dem Beispiel anderer Städte herstellen? Das Experiment abermaliger Erhöhung der Kurkosten in den Krankenanstalten sollte man doch nicht machen, wir halten das wieder für notwendig noch für angebracht und bitten den Magistrat, dieser Drohung des Kammerers nicht näher zu treten. Die Frage der Arbeiterkassenversicherung sollte jetzt bei etwas günstiger Konjunktur erörtert und nicht auf eine Zeit vertagt werden, wo es den Arbeitern wieder schlecht geht. Auch das Thema der gemeindlichen Lebensversicherung möchte ich zur Debatte stellen. Wir werden im Ausschuss den Etat prüfen und ihn in unserem Sinne umgestalten lassen. (Beifall b. d. Sez.)

Stadt. Gabel (H. L.) gibt zunächst die Anregung, dass die Rede des Kammerers analog dem in den Parlamenten gebräuchlichen Modus geändert gehalten und dann später von der Versammlung diskutiert werden möge, damit man die von ihm gegebenen zahlenmäßigen Unterlagen und Festlegungen besser verstehen bzw. prüfen könne. Dann weist er auf den ungemein rasch geringen Vermögensbesitz hin, spricht sich gegen die Hebernahme der B. E. W. in städtische Regie aus und warnt davor, den städtischen Grundbesitz in Treptow länger unbewertet liegen zu lassen und Millionen an Zinsen daran zu verlieren. Bezüglich der Einkommensteuer kann er sich den Ausführungen von Dr. Bruns zum Teil anschließen. Weiter den Zweckerband wäre ein großes Missgeschick zu erleben, aber er sei doch noch einmal vorhanden. Das Verlangen nach Erweiterung seiner Zwecke sei erst berechtigt, wenn man zuerst Gerechtigkeit widerfahren lasse; jetzt habe man Berlin, das 75 der Ausgaben leisten müsse, in sich selbst die in die Minorität gesetzt. Auch in der Versammlung, die Herr Dernburg präsidieren, sei das Verlangen der Erweiterung vom Standpunkte der Vorortler erhoben, und es seien dort ungläubliche Heberreibungen und Entstellungen der tatsächlichen Verhältnisse hinsichtlich der Wohnlagen, der Spielplätze usw. bestanden. Die betreffenden irreführenden Zahlen seien inoffiziell von Dr. Reide und Prof. Silberleit richtiggestellt worden. Das Verlein die schlechtesten Wohnverhältnisse habe, sei eine Unmöglichkeit; eine Stadt, die auf diesem Gebiete mehr als irgendeine andere deutsche Kommune leiste, müsse derartige Angriffe von ununterrichteten, ins Belag hinein urteilenden Leuten ertragen! Von dem Hauptzweck des Zweckerbandes, dem

Ankauf von Wäandern

Höre man jetzt nur noch offiziös, es solle sich um 11 000 Hektar für 176 Millionen handeln; da werde wohl ein hübscher Aufschlag drauf sein, das ist kein Preis für Wald, sondern für wucherische Spekulation (Sehr gut!) Die Herren aus der Deputations-Versammlung sollten doch ihre Entrüstung gegen diese Art Verleumdung zeigen! Die 100 Proz. seien für die Liberalen kein Dogma. Der Grundbesitz sei seit vorigem Jahr verdorrt worden. Die Erhöhung der Einkommensteuer auf 110 Proz. habe aber doch ihre großen Bedenken. Von den beantragten 23 Millionen müsse sich etwas abgeben lassen; der Oberpräsident habe hier nichts dreinzureden, es handle sich um ein Altvatererbe der Stadt, nicht um ein Requirat für Aufschub. Dem Kollegen Bruns stimmt Redner bezüglich des Ankaufs des Opernhauses und bezüglich der Schulhöfe sowie der Jugendwäandern durchaus zu. Der Kern der Berliner Finanzen sei so gut wie der irgend eines Vorortes; lasse sich das Heberfahren der 100 Proz. nicht vermeiden, so sei das bedauerlich, aber schließlich kein Unglück.

Oberbürgermeister Kirchner: Der Etat hat die Einnahmen in voller Höhe gesichert und enthält nur notwendige Ausgaben, wie können daher mit 100 Proz. nicht mehr auskommen. Die Perspektive auf die 23 Millionen, die eine Einnahme aus der Konzeption an die „Große“ bilden und eine einmalige Ablösung darstellen, die Anregung, aus dieser außerordentlichen Einnahme einen Ausgleichsfonds zu bilden, ist mir sehr sympathisch, aber die Rechtslage ist nicht sehr unangenehm, seitdem einmal ausgesprochen worden, dass sie zur Deckung für werbende Anstalten Verwendung finden sollen. Wir können eben die Regierung nicht zwingen, uns das Antiehrgeheimnis zu anderen Bedingungen zu geben, als sie zugeteilt will. Die Hebernahme eines Vertrages wie der B. E. W. durch die Stadt kann ich nicht befürworten; er ist z. B. mit dem einer Straßensanierung ganz inkompatibel. Das Material für die Frage, ob der Magistrat den Vertrag zum 1. Oktober 1918 kündigen soll oder nicht, wird jetzt gesammelt. Auch über das Wohnungsamt sind wir in Erörterung begriffen. Die Frage der Wohnung und der Arbeitslosigkeit der Arbeiter auf den Mieselgütern ist sehr kompliziert; wir werden uns darüber noch auseinandersetzen. Den Zehnfachverkauf werden wir fortsetzen. Dem Bezug von Gefrierfleisch haben u. a. unsere Zollbestimmungen entgegen im Wege. Dem Bedürfnis nach Spielplätzen werden wir unausgesetzt abzukommen bemüht sein, auch der Versuch, die Schulhöfe dafür zur Disposition zu stellen, soll immer wieder gemacht werden. Die Arbeitslosenversicherung im großen Stil kann mit Erfolg nur als Sache des Staates durchgeführt werden. Die gemeindliche Lebensversicherung ist Gegenstand einer Anregung geworden, die an uns gelangt ist, und wird von uns erwohnen; begehrenderweise war sie zuerst dem Zweckerband unter Ausschluß von Berlin zugesagt. (Hört! Hört!) Daß wir mit einer

Starke Beamtenvermehrung

an Sie herantreten müssen, ist nicht zu vermeiden gewesen. Der Berliner Grundbesitz in Treptow steht unter sehr ungünstigen Umständen; wir müssen dort die Zuwachssteuer bezahlen, und eine jüngst erlassene Verordnung schreibt, ohne Treptow oder uns zu hören, die Landhausbedeutung vor! (Lebhafte Bewegung.) Der Zweckerband ist gegen unseren Willen Gesetz geworden und muß beachtet werden. Im Wege des Verwaltungsverfahrens können erstensherweise keine Zwecke gegen unseren Willen nicht ausgedehnt werden, sondern nur durch Gesetz. Hebertriebene Hoffnungen, wie es auch in Versammlungen geschehen ist, zu propagieren, kann schließlich nur schaden. In große Erwartungen wird man daran nicht knüpfen dürfen. Deshalb die Staatsbehörden es darauf anlegen, Treptow zu hindern, sich mit uns zu verbinden, ist absolut unbegründet.

Stadt. Goldschmidt (H. L.): Die Zinsen der 23 Millionen der B. E. W. könnten wir doch sehr wohl verwenden; warum mischt sich hier die Regierung ein? Im Bereich des Ankaufs des Waldgürtels um Berlin hat man sich geradezu unerhörte Forderungen einzufordern gesucht, die sollten wir abweisen; man will Berlin nur vergrößern. Ein Wohnungsamt wird hoffentlich in Kürze errichtet werden. Redner polemisiert dann gegen die Ausführungen des Stadt. Bruns. Daß die Vertzuzumachung so wenig dringe, sei bedauerlich; einer weiteren Verlesung des Grundbesitzes werde die Fraktion auch aus diesem Grunde nicht zustimmen. Das Aufmarschgelände sollte doch teilweise parzelliert werden; es scheint sich aber da noch gar nichts zu rühren. Der Kammerer sei jetzt Zweckerbanddirektor geworden; er solle doch dahin wirken, daß auch die Steuererleichterung von 110 Proz. in Groß-Berlin sich durchsetzt.

Stadt. Dohrenfurth (Fr. Fr.) erhält um 110 Uhr als letzter Redner zum Etat das Wort. Er tabelt die stielweise Unübersichtlichkeit des Etats und macht Verbesserungsvorschläge, erklärt sich diesmal speziell von dem Geset, dem seine Fraktion stets strenge Kritik gewidmet habe, befriedigt, sagt über das Fehlen einer Denkschrift nach kaufmännischen Grundsätzen über die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Nebenbetriebe auf den Mieselgütern, bittet den Magistrat, die Zulassung von Gewerbegehilfinnen zu den Fortbildungsschulen zu ermöglichen, und beantwortet die baldige Erweiterung des Obdachs und den Umbau des Krankenhauses Roabit. Auch ein Zentralkaufamt sollte die Stadt einrichten. Sei mit 100 Proz. nicht auszukommen, so müsse man in den letzten Apfel beißen. Damit schließt die erste Beratung. Der Etat geht an einen Staatsauschuss, der sofort vom Vorstande ernannt wird. Schluß 10 Uhr.

Der Krieg.

Neue Millionen für den Krieg.

Rom, den 26. Februar. (Eig. Ber.) Nach dem Festrausch des Patriotismus wird jetzt der Kammer die Rechnung für den Spohr vorgelegt, oder richtiger, man verlangt von ihr eine erste kleine Anzahlung in Erwartung der unvermeidlichen größeren Ausgaben. Der Schatzminister hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die königlichen Dekrete zum Gesetz erheben soll, durch die bisher dem Kriegs- und dem Manioministerium außerordentliche Ausgaben für den Krieg bewilligt wurden. Es handelt sich um 140 Millionen, die der Kriegsminister, und 80 Millionen, die der Marineminister bereits erhalten hat. Gleichzeitig wird der neue Kredit von 25 Millionen gefordert, von denen 20 Millionen für den Ersatz des im Kriege verbrauchten Materials und 5 Millionen für die Anschaffung neuen Materials dienen sollen, welches Material durch die Vermehrung des dauernden Bestandes der Armee nötig geworden ist. Insgesamt sind also 205 Millionen zu bewilligen, die offiziell in folgender Weise aufgebracht werden sollen. Aus dem Gebarungsbüchlein bis zum 30. Juni 1911 werden 57 Millionen genommen. Der Ueberschuss des Konsumprüfungsbelegs 1911/1912 wird ebenfalls zur Deckung verwendet, nach Abzug von 8 Millionen, die für die Aufforstungen bestimmt sind. Der Rest wird auf 6 weitere Budgetjahre verteilt. Schließlich fordert der Gesetzentwurf noch für das laufende Finanzjahr 10,8 Millionen für Hafenarbeiten, Pontons und für Sanitätsmaßnahmen in Tripolis, Bengasi, Derna und Homi.

Natürlich ist der den Gesetzentwurf begleitende Bericht sehr optimistisch gefärbt. Er macht darauf aufmerksam, daß die ordentlichen Einnahmen des Staates im letzten Jahr fünf im Jahresdurchschnitt um 73 Millionen gewachsen sind, während in dem vorigen Jahr fünf der durchschnittliche Jahreszuwachs nur 33 Millionen betrug. Weiter wird hervorgehoben, daß in den letzten Jahren 24 Millionen für die Aufforstungen und 67 Millionen für die Regulierung der Flußläufe ausgetoefen wurden, und daß im Präventivbudget 1912/13 schon 23 Millionen als Kosten der Elementarschule reform einbezogen sind. Außerdem sind in der Zeit vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1911 dem Staate jährlich 125 Millionen Mehrausgaben durch die Aufbesserung der Beamten, der Offiziere und der Eisenbahner erwachsen. Es wird auch darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausgaben, die das Erdbeben von Messina nach sich zog, in 3 Jahren 150 Millionen betragen haben, und daß die Ansprüche der betroffenen Ortschaften in den nächsten Jahren wesentlich geringer sein werden. Alles in allem tröstet man sich damit, daß die Einnahmen im Wachfen sind, daß trotz starker Erhöhung der Ausgaben bisher Ueberschüsse erzielt wurden, und daß die bisherige Steigerung der Ausgaben in Zukunft nicht anhalten werde. Dabei scheint man ganz zu vergessen, daß der Krieg nicht zu Ende ist, daß die neue Kolonie auch nach dem Friedensschluß Millionen verschlingen wird, und daß die Ausgaben für das Sanitätswesen im Hinblick auf die Choleraepidemie, die der milde Winter nur erhöht hat, sehr groß zu werden drohen. Aber jetzt fehlt in offiziellen Kreisen die Fähigkeit, sich über die tatsächliche Situation Rechenschaft abzulegen. Das offiziöse „Popolo Romano“ sagt, daß man den Krieg fortzuführen würde, solange noch ein Mann und solange noch ein Soldo da ist. So paraphrasieren man heute das Wort, daß Andrea Costa bei Gelegenheit des abessynischen Krieges in der italienischen Kammer gebrauchte: „Kein Mann und keinen Soldo.“

Die Vermittlungsdaktion der Mächte.

Rom, 26. Februar. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus London: Der von Russland vorgeschlagene Modus für eine freundschaftliche Vermittlung zwischen Italien und der Türkei soll vor allem darin bestehen, Italien zu fragen, unter welchen Bedingungen es Frieden schließen würde, wobei die Souveränität Italiens über Tripolitanien und die Threnakia unangetastet bliebe. Darauf würden dann die fünf Großmächte geeignete Schritte in Konstantinopel unternehmen.

Die Ausweisung der Italiener und die deutschen Konsularbehörden.

Atta, 26. Februar. Die „Äthiopische Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Nachdem die Türkei das Dekret, durch das die Ausweisung der Italiener aus Syrien verfügt wird, amtlich bekanntgemacht hat, sind den deutschen in Betracht kommenden Konsularbehörden von der deutschen Botschaft die erforderlichen Weisungen erteilt worden, damit die Abreise der Italiener mit den türkischen Ortshörden geregelt und auf Vermeidung von Härten bei der Ausführung des Ausweisungsbekreits hingewirkt wird. Auch ist Sorge getragen, daß nicht bloß die unter französischem Schutze stehenden geistlichen Orden, sondern alle italienischen Geistlichen, die gegenwärtig unter deutschem Schutze stehen, von der Ausweisung ausgenommen bleiben.

Die aufgeschobene Hinrichtung — nicht aufgehoben.

Rom, 26. Februar. (Eig. Ber.) Am 26. Februar ist vor Sonnenanfang in Tripolis der Vorderschäufling Lintam aufgehängt worden, dessen Hinrichtung seinerzeit auf Grund eines Protokolls des Abgeordneten De Felles aufgeschoben worden war. Man hat angenommen, daß der Hängling überführt sei, die italienischen Verfolgten am 23. Oktober aus dem Hinterhalt angegriffen zu haben. Wie man sich diese Ueberzeugung mit der erforderlichen Sicherheit hat verschaffen können, davon erfährt natürlich das Publikum nichts.

Die Revolution in China.

Zuanjschikais Reise nach Ranking.

Peking, 26. Februar. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß Zuanjschikai in ungefähr 14 Tagen nach der Bildung eines Kabinetts und der Ernennung Tangschangis zum Premierminister nach Ranking abreisen wird. Der letztere soll während der Abwesenheit des Präsidenten im Amte bleiben.

Die Anleihe.

London, 26. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Regierungen in Peking und Ranking haben den Be-

dingungen der englischen, deutschen, französischen und amerikanischen Banken zugestimmt. Die Behörden in Ranking erhalten daher einen Vorschuss von zwei Millionen Taels, die in Peking wahrscheinlich einen solchen von drei Millionen, um die Truppen bezahlen zu können, und so einem Anwachsen der Anarchie vorzubeugen.

Der chinesisch-holländische Konflikt.

Saag, 26. Februar. Gestern fand eine Konferenz zwischen dem Minister des Auswärtigen und dem chinesischen Gesandten in Haag über die chinesischen Ansuchen auf Java statt. Die niederländische Regierung sprach die Hoffnung aus, wenn die chinesische Regierung über den wahren Charakter der Ansuchen auf Java aufgeklärt sei, werde sie die Maßnahmen der Regierung von Niederländisch-Indien verstehen. Der Minister des Auswärtigen habe eine Depesche aus China erhalten, in welcher die Freilassung der Gefangenen verlangt wird. Aber diese Forderung könne hier nicht erwohnen werden, da sie der Regierung von Niederländisch-Indien unterbreitet werden müsse.

Eine Soldatenmutter in Peking.

Peking, 26. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Heute abend begannen einige hundert Soldaten Zuanjschikais zu meutern, plünderten mehrere Häuser und zündeten sie an. Ein planloses Schießen hat begonnen. Einige tausend Soldaten wurden aufgeboten, um zu versuchen, die Ordnung wieder herzustellen. Die Straßen sind sonst menschenleer. Es herrscht allgemein beträchtliche Besorgnis.

Verfassungen.

Berichtigung. Zu den Versammlungsberichten, unter der Ueberschrift: Reichstag, erfülle deine Pflicht, in der gestrigen Nummer erschienen, ist zu bemerken, daß die Versammlung nicht vom Deutschen Handlungsgehilfenverband (einer reichsständigen im nationalliberalen Jahresschrift fesselnden Organisation), sondern vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands einberufen war. Eine Abklärung des Verbandsnamens hat ungewollt die Verwechselungsmöglichkeit herbeigeführt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soden das 22. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Gedächtnisrede — Geld und Waise. Von Rudolf Hildebrand. — Sagen der Erde. Von Rudolf Franz. — Die Reichstagswahlen in Polen. Von Emil Galpari (Kallontsch, Oberhessen).

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Lokal Nr. 69, born vier Treppen — Fochstraße —, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder hat den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenquittung beiliegend ist, werden nicht beantwortet. Welche Fragen tragen man in der Sprechstunde vor. — H. J. 75. Städtische Deputation für Wohlthätigkeit, Oberstraße 2. Dort erhalten Sie Auskunft. — H. J. 12. Leipzig, Köpenickerstraße 6. — G. K. Neubäu. Eine Gesellschaft wie angefragt ist und nicht bekannt. — H. J. 47. 1. Hunderttausend Mark und möblierte Wohnung. 2. Pension. 3. Rein. 4. Im Besonderen? — G. W. 100. 1. Zur Weibchensstelle. 2. Nicht im allgemeinen. — Gaudwitzer 300. Wir kennen die Kasse und Statuten nicht. — J. W. Wilmersdorf. Die Auslösung des Reichstages bedarf der Zustimmung des Bundesrats, sonst besteht keine Verpflichtung. — Kolontsch Kammelsburg. Hierin fehlt der Redaktion die Erfahrung. — W. N. 24. Oberbacher Frauenasse, Pringensstr. 60, bei Qms. — G. G. 12. Militärpersonen wäandern nicht. — 50 A. 2. Unverständlich. — H. J. 30. 1. Neue Wäandern, die dann bei Nachwachen innerhalb eines Jahre zugrunde gelegt werden. — 2. Ja. 3. 60 Tage. — Ernst Härtel. Drei Regierungsbefehle: Könnigsberg, Gumbinnen und Königsberg. Letzterer seit 1905. — D. 1000. Als Depot bei einer Depositenbank zur täglichen Verwaltung und Veräußerung. Einfluß verleiht. — H. J. 31. Die „Kühnheit“. Von Christophersen. — G. N. — H. J. 20. 1. Das Gesetz legt einen Prozentfuß nicht fest. Darüber entscheidet richterliches Ermessen, vielleicht auch Einholung eines Gutachtens der Handelskammer. In die letztere können Sie auch selber die Anfrage richten. 2. Stellen Sie bei der Projektstellung den Antrag auf Verichtigung des Schreibfehlers. — Wohnungsfürsorgeamt Potsdam. Die vorzeitige Kündigung ist rechtmäßig. — G. 132. Mehr als 235 M. für das Sterbehilfe. — H. J. 9. Verleihen Sie es mit einem Antrag an den Magistrat. — G. G. 104. Der Bestohlene hat Anspruch auf Herausgabe der Sachen. Bei Weigerung Klage. — J. W. 10. Klagen Sie alsdann auf Vertragsauflösung, falls Sie Ihre Bedingungen beweisen können. Urkennt das Gericht zu Ihren Gunsten, so sind Sie für die Zukunft nicht mehr haftbar. — J. N. 110. 1. Ja. 2. Etwa 40 M. monatlich. 3. In Gemeinschaft mit der Mutter der Kinder. Sie haben das Recht, die Kinder zu sehen. 4. 21. Jahr, falls bis dahin unterhaltslos bedürftig. — H. J. 25. Die Klage erscheint nicht ausföhrlich. — H. J. 2. 1. Der Fall, da wahrscheinlich Fahrlässigkeit angenommen wird. 2. Sachbeschädigung. 3. Ja. — H. J. 1. 1. und 2. Rein. — C. R. 96. 1. und 2. Ja. — G. P. 10. 11. Nach dem Eintreffen der polizeilichen Aufforderung können Sie räumen. Bis zu dem Zeitpunkt sind Sie zur Zahlung der Miete verpflichtet. Den entstandenen Schaden können Sie im besonderen Verfahren geltend machen. — H. J. 9. Rein. H. J. 1. So im allgemeinen nicht zu beantworten. — 500 Quadrat. Die Behauptung ist richtig. — Ernst Hase. „New Yorker Volks-Zeitung“, New York, 164 Williamstreet City. — 2. 305. Auch ohne Schenkung, aber unter Garantie der Rückzahlung. Alles ist noch nicht voranzuführen. — G. W. 21. Rein. In der Ablehnung kann aber unter Umständen eine Vermeidung des Geldes erlitten werden. — H. W. u. W. H. 1. Rein, bis 1889. 2. Gabriel, Hohenlohe, Hilow und Weismann. 3. Ja. — G. P. 66. Fragen Sie bei der Verlags- und Vertriebserei, Zeitz., oder bei der Spirituszentrale an. — G. N. In Et. Maj. den Deutschen Kaiser. — G. W. 32. Sie finden Ihre Anschaffung bestätigt im Repten unter Thermometer.

Marktbericht von Berlin am 26. Februar 1912, nach Ermittlung des königl. Polizeipräsidiums. Marktschillingenpreise. (Weinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, nach Köthen 38,00—39,00. Spießbohnen weiße, 38,00—40,00. Winsen 40,00—40,00. Kartoffeln 0,00—14,00. 1 Kilogramm Hühnerfleisch, von der Seele 1,60—2,40. Hühnerfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,00—3,20. 60 Stück Eier 4,00—7,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,10—2,40. Kalle 1,50—3,00. Jander 1,50—3,00. Röhre 1,40—2,60. Baryte 0,70—2,00. Schale 1,50—3,20. Stele 0,70—1,10. 60 Stück Krebse 3,00—30,00.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 26. 2.	am 27. 2.	Wasserstand	am 26. 2.	am 27. 2.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Mühl	131 ¹	+1	Saale, Großh.	205	-17
Bregel, Insterburg	42 ⁴	0	Havel, Spandau	80	+7
Wegiel, Thorn	22 ⁴	+4	Havel, Halleschen	70	-4
Ober, Ratibor	27 ²	-43	Spree, Spremberg	88	-2
Stollen	21 ⁹	-8	Dessau	95	+8
Frankfurt	20 ⁴	+13	Defers, Rindon	274	-26
Wäandern, Schimm	17 ⁰	-14	Rubin	382	-8
Wäandern, Landberg	13 ⁰	+6	Wäandern, Maximiliansau	414	-2
Rehe, Verboom	39	-4	Rehe, Rindon	366	+15
Gibe, Zellmeritz	180	+9	Rindon	357	+6
Preußen	82	+19	Redar, Zellmeritz	126	-21
Wesby	259	+22	Wäandern, Berlin	313	+32
Wäandern, Burg	198	+26	Wäandern, Zeitz	199	-39

1) + bedeutet Wauch, — Fall. — 2) Unterpegel. — 3) Eisstand. — 4) Eisgang. Nach telegraphischer Meldung betrug der Wasserstand der Weichsel bei Thorn heute früh 430 cm, dem mittleren Hochwasserstande entsprechend.



A. Wertheim



G.M.B.H

Leipzigerstr. 132-37

Königstrasse 31-32

Rosenthalerstr. 28-31

Oranienstrasse 52-55

Preiswerte Lebensmittel

soweit vorhanden. Insetiertes Obst, Gemüse, Wild, Fische und Räucherwaren können nicht zugesandt werden.

Frisches Fleisch

Pa. Schmorfleisch Pfd. 85 Pf.
 Roastbeef . . . Pfd. 95 Pf., ohne Knochen Pfd. 1.30
 Fehlrippe und Brust Pfd. 75 Pf.
 Kamm u. Gulasch Pfd. 70, Gehacktes 60 Pf.
 Frischer Schinken im ganzen . . . Pfd. 70 Pf.
 Kamm u. Schuft Pfd. 75 Pf.
 Schweinefilet 1.20, Kotelettes 80, 85 Pf.
 Rücken fett Pfd. 55, 60, Liesen Pfd. 65 Pf.
 Eisbein (Dickbein) Pfund 60 Pf.
 Kalbskeule u. Nierenbraten im ganzen 95 Pf.
 Kalbskamm u. Bug Pfd. 70, geteilt . . 75 Pf.
 Kalbsbrust . . Pfd. 75, Spitze . Pfd. 90 Pf.
 Hammelkeule u. Rücken im ganz. Pfd. 80 Pf.
 Dicke Rippe Pfund 65, Dünnung 55 Pf.
 Kasseler Rippespeer . Pfund 75 bis 90 Pf.

Rehkeulen 5.50 bis 8.00
 Keule Rücken Blatt Ragout
 Rentierfleisch Pfd. 85 75 50 20 Pf.
 Starke Hasen gestreift Stück 3.00
 Wilde Kaninchen gestreift . 80 Pf., 1.00

Obst

Grosse Kochäpfel . 2 Pfund 35 Pf.
 Amerikan. Aepfel Pfd. 20, 28 Pf.
 Amerikan. Reinetten Pfund 20 Pf.
 Kaliforn. Aepfel Pfund 30 Pf.
 Datteln Pfd. 68, Feigen Kiste 25 Pf.
 Krachmandeln Pfund 73 Pf.
 Haselnusskerne Pfund 83 Pf.
 Walnusskerne Pfund 1.35
 Römische Pflaumen
 Pfund 1.40, Kiste 78 Pf. 1.38
 Blut-Apfelsinen Dtz. 25, 45 Pf.
 Apfelsinen Dtz. 28, 38, 48 Pf.
 Zitronen Dtz. 28 Pf.
 Bittere Orangen Dtz. 48 Pf.

Lachs in Stücken . Pfd. 75, 85 Pf.
 Makrelenbücklinge 2 Stück 15 Pf.
 Lachsbücklinge . . . 3 Stück 20 Pf.
 Kieler Bücklinge . . 4 Stück 10 Pf.
 Grosse Kieler Flundern Pfd. 60 Pf.
 Dorsche Stück 15 Pf.
 Seelachs Pfd. 35 Pf.
 Goldfische Stück 9 Pf.
 Aale Pfd. 1.10, Bund . 38 Pf.
 Sauerkraut 2 Pfund 25 Pf.
 Bratheringe . in 4 Liter-Dosen 1.08
 Aal in Gelee Pfund 98 Pf.

Fische

Kabeljau ohne Kopf in ganzen Fischen Pfund 9 Pf.
 Seeaale (Langfische) in ganzen Fischen Pfund 8 Pf.
 Seelachs in ganzen Fischen Pfund 7 Pf.
 Gr. Schollen Pfund 22, Flundern 15 Pf.
 Schellfische Pfund 8, 20, 23 Pf.
 Lachs in ganzen Fischen Pfund 43 Pf.
 Lebende grosse Schleie . Pfund 88 Pf.
 Lebende Portions-Schleie Pfd. 1.20
 Lebende Lausitz. Karpfen Pfd. 63 Pf.

Geflügel

Puten Pfd. 88, 95 Pf., gefroren . Pfd. 78 Pf.
 Birkhähne Stück 1.75
 Hühner . Stück 1.75, 2.00, 2.25, 2.50
 Poulets Stück 1.75, 2.25
 Gänse-Rümpfe von gefrorenen Gänsen Pfd. 88, 95 Pf.
 Gänse-Brust Pfd. 95 Pf.
 Haselhühner Stück 88 Pf.
 Wolgahühner Stück 1,65, 2.00, 2.25
 Enten gefroren Stück 2.45, 2.75, 3.00
 Auerhähne Stück 3.25



Neueste Konfirmanden-Stiefel

Qualität, Eleganz und unerreichte Preiswürdigkeit sind die überall bekannten Merkmale unserer Fabrikate

Schnür- und Knopfstiefe für junge Damen

Echt Boxkalb-Chevreau Größe 950 Größe 850
 Lackkappe, hochelegant . . 36-38 34-35
 Fein Chromleder Größe 625 Größe 725
 Derbyschnitt, Lackkappe . . 34-35 36-38
 Solides Boxleder Größe 570 Größe 780
 34-35 36-38
 ff. Chevreau-Boxkalb aparte Formen . 1050
 Schnürschuhe Kalblackleder unvergleichlich preiswert 690

Schnürstiefel für junge Herren

Fein Roß-Chevreau, Lackkappe, moderne Charakterform 850
 Echt Boxkalbleder, Größe 38-39 940
 Echt Chevreau-Boxkalb, aparte Ausstattung 1050
 Fein Chromleder, Lackkappe, unvergleichlich preiswert 750
 Solides Boxleder Größe 660 Größe 690
 elegant 38-39 40

Unsere Spezial-Ausstellung „Konfirmanden-Stiefel“ ist sehenswert

Conrad Tack & Cie Schuhfabrik Burg b. Magdeburg

Im Interesse eines jeden Familien-Vorstandes liegt es, seine Kinder zur Konfirmation mit unserer MARKE CONDOR auszustatten.

130 Verkaufsstellen
 im Deutschen Reiche, davon in Berlin und Umgebung:
 C, Spittelmarkt 15
 C, Rosenthaler Str. 14
 W, Potsdamer Str. 50
 W, Schillstraße 16
 NW, Turmstraße 41
 NW, Wilsnacker Str. 22
 NW, Beusselstraße 29
 N, Friedrichstraße 127
 N, Müllerstraße 3
 N, Reinickendorfer Straße 23
 N, Brunnenstraße nur 37
 N, Danziger Straße 1
 O, Andreasstraße 50
 O, Frankfurter Allee 125
 SO, Oranienstraße 32
 SO, Oranienstraße 2a
 SO, Wrangelstraße 49
 SW, Friedrichstr. 240-4
 Charlottenburg:
 nur Wilmsdorfer Straße 122-23
 Neukölln:
 Bergstraße 30-31

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung. Donnerstag, den 29. Februar, vormittags 11 Uhr.

Im Ministerrath: Sydow, Generalsteuerdirektor Heinze.

Etat für Handel und Gewerbe.

Vierter Tag.

Abg. Brütt (N.): Die paritätischen Arbeitnachweise können, wenn die Gewerkschaften an ihnen mitwirken, keineswegs dem sozialen Frieden dienen...

Abg. Dr. Biesch (Sp.): Die paritätischen Arbeitnachweise haben sich sehr gut bewährt, ihre Fortbildung liegt im Interesse beider Teile. Selbst die Sprecher der Unternehmervereine...

Abg. Wenzel (Sp.): Der Verwalter einer öffentlichen Rechtsanwaltschaft ist auf Betreiben einiger Großgrundbesitzer entlassen worden, weil er einem jungen Landarbeiter gegenüber...

Ein Regierungskommissar: Der Fall ist uns nicht bekannt, also können wir dazu nichts sagen.

Abg. Reinbacher (Sp.) hält den Angriffen auf die Stadt Schneberg, daß sie einen Sozialdemokraten an die Spitze des Arbeitnachweises gestellt, entgegen, daß es da auf die Person, nicht auf die Parteizugehörigkeit ankomme.

Abg. Hammer (L.): An solche Stelle einen Sozialdemokraten zu stellen, heißt den Völkern zum Vorturnen machen. (Bravo! rechts.)

Damit ist dieser Etat erledigt.

Etat der Verwaltung der direkten Steuern.

Dazu liegt ein Antrag v. Hennigs & Tschlin (L.) und Wallenborn (Z.) vor, bei den Kosten für Vorstehende und stellvertretende Vorsitzende der Einkommensteuerkommissionen einzuschließen...

Abg. Borchardt (Soz.) vergewissert sich durch eine Anfrage zur Geschäftsordnung, daß auch die Steuerverordnungen mit besprochen werden können.

Abg. v. Hennigs-Tschlin (L.): Die Steuern entwickeln sich normal. Die direkten bringen 400 Millionen, im letzten Jahre 307 1/2 Millionen mehr, die Ertragssteuer 1,16 Millionen mehr...

Finanzminister Dr. Lenzke: Gegen den Antrag haben wir schon etatsrechtliche Bedenken, denn er enthält keine ausreichenden Merkmale, sondern stellt die Anstellung in das Ermessen der Regierung...

Abg. v. d. Hagen (Z.) beantragt Zurücküberweisung des Titels 4, Kapitel 6 mit dem Antrag an die Budgetkommission.

Abg. Febr. v. Hedlich (N.) schlägt sich an.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) unterstreicht die Bedenken der Staatsregierung. Man kann nicht Gesetze durch einen Staatsvermerk ändern...

Abg. Wühlung (Sp.) schlägt sich dem an, wie werden den Antrag jedenfalls ablehnen. Die Einkommensteuer steigt jährlich um 4 Proz. — 5 1/2 Millionen. Die Assistenten in Preußen müssen denen des Reichs gleichgestellt werden.

Finanzminister Dr. Lenzke: Die Assistenten können mit den ihnen gegebenen Unterhaltungen voll und ganz zufrieden sein. Jedem ein Anspruch auf Gleichstellung mit den Assistenten im Reich besteht nicht...

Abg. Febr. v. Richtofen (L.): Unser Antrag will nur, daß auf dem bisherigen Wege fortgefahren werde; für die Kommissare in Stadt und Land bestehen die gleichen Voraussetzungen — ob der Landrat oder der Bürgermeister Vorsitzender ist. Uns wirt man Wegernschaft gegen gerechte Besteuerung vor — aber wir haben gegen die Höhe des Steuerertrages gemacht und sind auch für die verschärfte Strafbestimmungen...

Abg. Borchardt (Soz.) bespricht die vergleichende Uebersicht über die Einkommensteuerveranlagung 1910 und 1911; die soll angeblich beweisen, daß die Marx'sche Theorie falsch sei...

falsch sei. Das war mir ein Beweis, wie Sie überall mit 18 der Sozialdemokratie rechnen. Ein Zensit hatte 1910 28 Millionen, 1909 erst 14 Millionen, der Bezirkstatter mügte hinzu, wo Millionen sind, kommen welche hinzu. (Sehr richtig! rechts.) Ganz richtig, das ist eben ein Satz aus der Marx'schen Theorie. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Marx'sche Theorie sagt weiter: weil dies so ist, daher kommt das Elend der großen Masse des Volkes. Das ist die Elends-, nicht Verelendungstheorie, von Marx. Ein Anhaltspunkt für die Möglichkeit der Marx'schen Theorie bietet die Steuerveranlagung des vorigen Jahres. Die Veranschlagung zur direkten Einkommensteuer in Preußen beginnt bekanntlich bei einem Einkommen von 900 M. pro Jahr, d. h. bei einem wöchentlichen Einkommen von 17 1/2 M. Auch in diesem Jahre hat die Hälfte der preussischen Bevölkerung ein geringeres Einkommen als 900 M. pro Jahr.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es bedarf keines Beweises dafür, daß jemand bei einem wöchentlichen Einkommen von 17 1/2 M. schlechterdings Hunger leiden muß. Allerdings ist die Zahl der Einkommen unter 900 M. pro Jahr etwas geringer geworden und von 61 1/2 Proz. auf 50,1 Proz. gefallen. Mit einer so geringen Besserung unserer heutigen elenden sozialen Lage sollte man aber nicht prahlen, da es fraglich ist, ob eine tatsächliche Besserung vorliegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn es ist wenige Jahre her, daß Sie den § 23 des Einkommensteuergesetzes einführtet, vermöge dessen die Armen und Kernsten sehr viel schärfer als zuvor zur Steuer herangezogen werden; da ist es natürlich, daß einige Jahre nach Einführung des § 23 die Zahl derer, die mit mehr als 900 M. veranlagt werden, immer noch ein wenig wächst. Angesichts der traurigen Tatsache, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung ein geringeres Einkommen als 900 M. pro Jahr hat, findet sich ein scheinbarer Trost in der Denkschrift. Sie behauptet, daß diejenigen mit einem Einkommen von unter 900 M. nicht lauter mittellose Personen sind, sondern daß zu ihnen „ohne Zweifel“ auch eine große Zahl von Personen gehört, die durchaus nicht zu den unbemittelten Schichten zu rechnen sind, z. B. Söhne und Töchter wohlhabender Bauern oder Kinder reicher Leute, die ein eigenes Zinseinkommen besitzen. Dies ist aber nur eine leere Behauptung, die zu beweisen die Regierung nicht einmal den Versuch gemacht hat. Das ist ein Beweis dafür, daß selbst den amtlichen Statistiken angesichts der Tatsache unserer elenden sozialen Lage so unheimlich wird, daß sie nach irgendwelchen Mitteln suchen, um diese unangenehmen Tatsachen zu verschleiern. Allerdings ist mir aufgefallen, daß trotz alledem die Zahl der Einkommen unter 900 M. bedeutend geringer ist wie im Vorjahre; ihre Zahl ist nämlich von 67 Proz. im Jahre 1909 auf jetzt 50,1 Proz. gefallen. Das wäre ein immerhin ins Gewicht fallender Fortschritt, diese Divergenz erklärt sich aber so: die amtliche Denkschrift hat immer die Zensiten mitsamt den Angehörigen gerechnet, während eigentlich nur die Erwerbstätigen ohne die Angehörigen bei der Aufstellung dieser Statistik in Betracht kämen. Wenn wir das Verhältnis nicht auf die Gesamtzahl der Bevölkerung, sondern auf die Zahl der Erwerbstätigen berechnen, dann erhalten wir in diesem Jahre 54 Proz. als Zahl der Einkommen unter 900 M. Daraus folgt, daß die wirkliche Lage der unteren Bevölkerungsschichten noch ungünstiger ist, als es die Denkschrift darstellt. Die nächsthöhere Stufe wird von einem Einkommen von 900 bis 3000 M. gerechnet. Unter diese Einkommenklasse fallen 44 Proz. der Bevölkerung.

Hier taucht der alte Streit auf, wo eigentlich die Grenze zwischen arm und reich zu ziehen ist. Das Zentrum hat diese Grenze auf 1800 M. festgesetzt; es rechnet den, der ein Einkommen bis 1800 Mark hat, zu den Armen, und den, der darüber hinausgeht, zu den Wohlhabenden. An der Hand der amtlichen Statistiken wird jedoch keiner ernstlich behaupten wollen, daß bei den tieferen Lebensverhältnissen jemand mit einem Einkommen von 1500 M. aufwärts schon an den Wohlhabenden gerechnet wird. Nach Feststellungen des Statistikers Calver, der ja bei den Parteien der Rechten als Autorität gilt, bleibt von einem Einkommen von 1500 M. nach den Kosten für den Lebensunterhalt wöchentlich eine Summe von 5,50 M. übrig, wovon alle anderen Ausgaben wie Wohnung, Kleidung, Kulturbedürfnisse bezahlt werden müssen. Weistens bleibt die Ernährung eine unvollständige, und die Kulturbedürfnisse kommen nur selten zu ihrem Recht. Während die Familien mit großem Einkommen anerkannterwertweise oft sehr viel für die Kulturbedürfnisse ausgeben, können die niedrigen Einkommen hieran nicht denken. Hiermit hängt die Verrohung und die Schundliteratur zusammen, gegen die dann Aufwendungen und Neben gehalten werden.

Präsident Febr. v. Orffa: Die Verrohung und Schundliteratur hat mit der Einkommensteuer nichts zu tun; ich bitte Sie, bei der Sache zu bleiben.

Abg. Borchardt (Soz.) fortfahrend: Ich bin der Meinung, daß die Verrohung und Schundliteratur mit den Einkommen sehr viel zu tun haben, will jedoch dem wohlgemeinten Rat des Präsidenten Folge leisten.

Erst bei mehr als 47 M. Einkommen pro Woche ist es möglich, nicht alles für den bloßen Lebensunterhalt zu verbrauchen. Erst diejenigen, die 8000 M. Einkommen haben, sind nicht mehr arm.

94 Proz. der preussischen Bevölkerung, 37 Millionen von 39 1/2 Millionen sind arm.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von den anderen 6 Proz. aber sind 4 1/2 Proz. noch recht wenig günstig gestellt (bis 6500 M.), nur 1 1/2 Proz. haben dauernd etwas vom Leben und nur 1/2 Proz. sind reich. Also: 51 Proz. haben nicht die nackteste Notwendigkeit des Lebens, 44 Proz. sind arm! Das beweist mindestens, daß der Reichtum ganz Weniger zusammenreicht mit der Armut der großen Masse. Den Nachweis für den urfälligen Zusammenhang beider Tatsachen werde ich Ihnen ein andermal bringen, jetzt geht es nicht zur Sache. Und die 1 1/2 Proz., denen es gut geht, haben ein Interesse daran, daß diese Zustände erhalten bleiben — die 94 Proz. Arme aber nicht und das ist doch die Nation!

Im Interesse der Nation liegt der Umsturz. (Rechts rechts.) Die Sozialdemokratie, die die Aenderung will, ist also national; die Erhaltung der Zustände ist Privatinteresse einiger Weniger. Darum ist die Meinung, die diese Zustände, das Massendiebstahl erhalten will, sogar mit Blutvergießen, eine verbrecherische! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Links rechts.)

Was tut der Finanzminister nun gegen die seit Jahren besprochenen Steuerhinterziehungen. (Auf rechts: Ose stamellen!) Mit, aber noch nicht beantwortet und nicht beseitigt. Am 19. Februar 1910 behauptete Minister v. Rheinbaben, Delbrücks Berechnung, es seien in Preußen 155 Milliarden Vermögen, seien falsch. Aber Delbrück hatte auch 1909 behauptet, nicht bei der Vermögenssteuer, sondern bei der Einkommensteuer werde geschätzt, und davon ist hier noch nicht gesprochen worden. Delbrück schreibt, im Finanzministerium habe man ihm 13 Fälle erzählt, wo Millionäre kein Einkommen deklarieren, weil sie mit Verlust gearbeitet hätten; Großgrundbesitzer mit 20 000 M. Einkommen werden zu 1500 M. versteuert; ja sie deklarieren unter 900 M.; Bauern hätten die Gewohnheit, das in der Wirtschaft Verbrauchte nicht zu deklarieren; aus Schlesien sind Delbrück ganzes Register über aufschlagend geringe Veranlagung zugegangen. Rheinbaben erklärte, die Nachprüfung mehrerer Fälle hätte ihre Unrichtigkeit erwiesen, daß sei in Dutzenden Fällen so gewesen, die schlechtesten Befugter hätten die Wichtigkeit ihrer Deklaration nachgewiesen. Das kann aber nicht genügen, denn die Nachprüfung noch so vieler Einzelfälle hat der Regierung die Ansicht nicht genommen, daß in Stadt und Land viele Leute das nicht zahlen, was sie zahlen müßten. Also muß der Fehler im System liegen, wie auch Prof. Delbrück erklärt hat. Er findet diese Fehler in der Zusammenlegung der Veranlagungskommissionen, do unbequeme Prager das nächste Mal nicht mehr gewählt werden. (Hört! hört! links.) Die amtliche „Düsseldorfer Zeitung“ erzählt einen Fall, wo ein Gewerbetreibender statt 100 000 M. 10 000 M. versteuert, weil ja sonst der Landrat ihm Verstum durch eine Null zu viel nahelegen würde, da doch die reichsten Leute im Kreise, auch der Landrat selbst, nur 12 000 M. Einkommen haben. Wenn sich auch Herr Delbrück auf jeder Seite vermannt, die Landräte anzugreifen, wirft er ihnen doch dem Sinne nach bewußte Korruption

vor und er schreibt, daß ein Landwirt, der über sein Durchschnittseinkommen hinaus versteuert, in Junk und Wilderprun mit der Veranlagungskommission und schließlich mit dem Landrat kommen, der sich — wenn er sich mit den Großgrundbesitzern in Widerspruch setzt — unmöglich macht, als Regierungsrat weitergeführt wird und Regierungsrat bleibt bis an sein Ende! (Hört! hört! b. d. Soz.) Wir haben ja keine solche Prüfung mit der preussischen Verwaltung wie Prof. Delbrück und können keine Angaben nicht nachprüfen. Aber was sagt die Regierung, für die neun Monate nach Delbrücks Artikeln Herr v. Rheinbaben nur inhaltslose Nebenarten über das gute Gewissen der Steuerbehörden vorbrachte. Daß 1/2 aller Deklarationen in ländlichen Bezirken beanstandet werden, beweist nichts, denn manche Steuersekretäre verhandeln lieber gleich mündlich mit den Zensiten, denen sie nicht glauben, und dann: Was wird beanstandet? Sind es nicht vielleicht schicklose Beanstandungen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nach im November 1911 hat Prof. Delbrück in den „Preuß. Jahrb.“ erklärt, daß er seine Behauptungen nicht zurückgenommen hat, und daß bei richtiger Handhabung der Einkommensteuer alle die neuen Steuern überflüssig wären. (Auf rechts: Nebenarten!) Aber nicht widerlegte und zahlmählig belegte! Und ist der bekannte Erlaß des Ministers v. Dallwitz über die Prüfung des Verfahrens bei von Landräten geleiteten Kommissionen eine Nebenart? (Sehr gut! links.) Der Redner verliest diesen bekannten Erlaß unter den lebhaftesten Hört! Hört!-Rufen der Linken. Zuerst hat man ja an der Wichtigkeit dieses Erlasses gezweifelt, aber die amtliche „Verl. Kor.“ hat sie bekräftigt.

In der Zeitschrift für Verwaltung und Statistik, die von Mitgliedern des Königl. Preussischen Statistischen Bureaus herausgegeben wird, erfährt man, daß plötzlich von 1909 auf 1910 der Steuerertrag auf dem Lande um 40 Millionen stieg! Ein solcher Anstieg war noch nicht da. Die Ursache ist, da auf dem Lande immer noch das Einkommen nach dem Normalsatz pro Hektar geschätzt wird, die seit Anfang der neunziger Jahre bestehenden Normalätze wahrscheinlich 1909 revidiert und erhöht worden sein dürften. Also sind unsere Agrarier seither zu niedrig geschätzt worden, denn sie haben durch den Posttarif nicht Millionen, sondern Milliarden gewonnen (Rechts rechts), aber soweit ging der Mißtrautpatriotismus nicht, um auch mehr Steuern zu zahlen. Sechzehn Jahre lang haben die Agrarier die alten Steuerätze gehalten, die Regierung konnte sie darin nicht wandern machen — aber sie schreit 1909 insgeheim den Ausführungen Delbrücks Rechnung getragene und die Höhe revidiert zu haben. Damit hat sie die Verechtigung von Delbrücks Artikeln trotz aller Nebenarten anerkannt.

Was nützt die Gefängnisstrafe, mit der Sie drohen, wenn Sie die Defraudanten nicht lassen? Das Verfahren muß reformiert und die Landwirte müssen zur Vorlage einer ordentlichen Buchführung gezwungen und die Behörden neu organisiert werden. Wenn man aber sieht, wie man sich gegen solche Reformen sträubt — dazu gehört auch der Antrag v. Hennigs-Wallenborn — so mühte man ja annehmen, daß man in den maßgebenden Kreisen solche Reform gar nicht will. Ich erwarte, bevor ich das behaupte, die Antwort des Ministers. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister Dr. Lenzke: Der erste Teil der Rede des Abgeordneten Borchardt war voll außerordentlicher Uebertreibungen. Ich begreife nicht, wie man die Stern haben kann, hier zu sagen (Mufe der Sozialdemokraten: Stern haben, ist das parlamentarisch?), daß 85 Proz. der Bevölkerung hungern. Ja wer fällt denn die Lokale? Sind die jungen Leute, die noch aus Vaters Tasche leben, Hungerleider? Freilich kann man jede Statistik quapieren wie man will. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Ihre Statistik.) Ich habe Sie reden lassen, lassen Sie mich zusehen: Solche Volemil wie die des Abg. Borchardt ist doch das Keupersie. (Bravo! rechts.) Sie ziehen ja die „Hungerleider“ zu den hohen Gewerkschaftsbeiträgen heran. (Mufe der Sozialdemokraten: Falsche Zahlen!) Meine Zahlen sind aus dem „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Gott sei dank, die Einkommen und der Volkswohlstand steigen! Gegen Steuerhinterziehungen sind wir stets mit allen Mitteln eingeschritten. Die uns auf unser Ersehen, nur zum Teil, von Prof. Delbrück mitgeteilten Fälle sind zum größten Teil Irrtum gewesen. (Stürmisches Hört! hört! rechts und großer Beifall.) Im Zukunftsstaat wird es auch Steuerhinterzieher geben! (Große Heiterkeit und Beifall rechts.) Bewilligen Sie die Steuerreform und Sie werden sehen, daß von den Wirtschaftsmitteln Gebrauch gemacht wird. Der Erlaß des Ministers des Innern beweist, daß wir alles tun gegen Mißstände. Die Staatsregierung wird mit aller Energie dahin arbeiten, daß die Steuerertrage auch weiter streng und gerecht zur Durchführung kommen und weist die Anklage des Abg. Borchardt, als ob sie es daran mangeln ließe, auf das entschiedenste zurück. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Zimmer (Z.): Die Vorkordische Rede war Phantasie. Finanzminister Dr. Lenzke trägt noch nach, daß die Steigerung des Steuerertrages im Jahre 1910 nicht auf veränderte Beförderungsprozis zurückzuführen sei, daß sie ganz natürlich.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Hirsch (Soz.) bedauert unter Hohngelächter der Mehrheit, verhindert zu sein, die Angaben des Ministers über die Gewerkschaftsbeiträge als unrichtig zu erweisen.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Fritsch (natl.), v. Richtofen (L.), Wühlung (Sp.) und v. Sydow (L.) wird der Antrag Hennigs-Wallenborn der Budgetkommission überwiefen. Mehrere Abgeordnete der bürgerlichen Parteien bringen lokale und Beamtenwünsche vor, so der Rentmeister, Katasterbeamten usw. Der Etat der Verwaltung der direkten Steuern wird genehmigt. Freitag 12 Uhr: Kleinerer Etat, Antrag Hammer über die Warenhaussteuer. Schluß 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages behaltete am Donnerstag weiter über die Frage der Kalibgaben. Abg. Hock wies auf die Ueberschuldung im Kalibergbau hin und auf die bedenkliche Verschleuderung eines wertvollen Naturerbes. Das Reich müsse hier eingreifen. Die einzig richtige Lösung wäre die von den Sozialdemokraten schon wiederholt geforderte Verstaatlichung des Kalibergbaues. Unerträglich sei auch der Zustand mit den Propagandageldern. — Unterstaatssekretär Richter gab bekannt, wie 1911 die Propagandagelder verwendet worden sind. Unter anderem erzielten: die Landwirtschaftskammer in Königsberg 10 000 M., Danzig 9000 M., Berlin 8000 M., Stettin 10 000 M., Posen 13 000 M., Breslau 11 000 M., Hannover 18 000 M., die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft 153 000 M., der Deutsche Fischereiverein 80 000 M., der Verein zur Förderung der Reichkultur 30 000 M., der Verein der Hopfenbauer 120 000 M., der Reichsverein Deutscher Landwirtschaftsvereine 168 000 M., Bund der Landwirte 25 000 M., Westfälischer Bauernverein 14 000 M. und der Rheinische Bauernverein 10 000 M.

Der Kommission liegen nicht weniger als 14 Anträge vor. Die Konservativen fordern eine vierfache Ausdehnung für Süddeutschland, um die Frachtarife dort zu erniedrigen. Das Zentrum hat den gleichen Wunsch. Müller-Juda will das Gesetz so abgeändert wissen, daß die gesamten Kalibgaben der Reichskasse verbleiben. Das Zentrum will ferner, daß der Beitrag des Reiches zu den Kosten der Kalib

untersuchungen auf über 100 000 R. erhöht wird, statt der 550 000 Mark, die im Etat angeführt sind. Die Freiwililigen wollen die Kaliabgaben auf 15 Pf. pro Doppelzentner herabgesetzt wissen. Die Sozialdemokraten fordern, die Ausgaben für praktische Untersuchungen und bei der Propaganda von insgesamt 4 050 000 auf 3 800 000 R. herabzusetzen. Ferner stellen sie den gestern schon mitgeteilten Antrag betreffend Arbeiterlöhne. Staatssekretär Bernuth macht darauf aufmerksam, daß die Reichseinnahmen durch alle vorliegenden Anträge geschädigt würden. Staatssekretär Delbrück schließt sich diesen Ausführungen an. Das Reich könne die Abgaben nicht entbehren wegen der hohen Kosten, die ihm durch die Einführung des Gesetzes erwachsen. Er glaube auch nicht, daß der Bundesrat jetzt geneigt sein werde, sich auf den Boden der Anträge zu stellen. Im vorliegenden Etat so tief eingreifende Wendenungen einzutreten zu lassen, sei geradezu unmöglich. Die Kalipropaganda werde nicht übermäßig, sondern vielmehr noch zu gering betrieben.

Aus der Partei.

Geheime Tripolis-Freundlichkeit sozialistischer Abgeordneter?

Rom, 20. Februar. (Eig. Ber.) Mit großer und schmerzlicher Bestürzung nimmt man in italienischen Parteikreisen zur Kenntnis, daß bei der geheimen Abstimmung, die der namentlichen Abstimmung über das Annerionsdekret folgte, nur neun schwarze Augen gezählt wurden, obwohl 21 sozialistische Abgeordnete sich an dem Votum beteiligt haben. Man fragt sich nun, ob es möglich ist, daß Parteigenossen in geheimer Abstimmung anders gestimmt hätten als in öffentlicher, oder ob etwa eine Fälschung des Resultats bei der Auszählung der Augen durchgeführt wurde. Wie es heißt, wollen einige Parteigenossen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, ihren gleichfalls anwesenden Kollegen eine Erklärung abverlangen, in der auf Ehrentwort versichert wird, daß sie bei beiden Abstimmungen in gleichem Sinne gestimmt haben. Vorgefallene Umstände werden durch die vorliegenden Zahlen geschaffene Sachlage von der gesamten Partei als peinlich und demütigend empfunden, so daß es dringend wünschenswert wäre, Aufklärung zu verschaffen. Falls die beiden bürgerlichen Abgeordneten Pinchia und Ruffi Gaetani bei der geheimen Abstimmung ebenso gegen das Dekret gestimmt haben, wie bei der namentlichen, so fielen auf 14 Sozialisten der Verdacht, in geheimer Abstimmung Tripolisfreunde zu sein und dabei nicht einmal den Mut ihrer eigenen Ueberzeugung zu haben.

Bissolati aus der Partei ausgetreten.

Rom, 20. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In einer Fraktions Sitzung erklärte Bissolati seinen Austritt aus der Parteifraktion, um ein Element der Uneinigkeit zu beseitigen. Daraufhin beschloßen die Abgeordneten die Gründung einer einzigen Parteifraktion auf der Grundlage der Parteidisziplin.

Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Frankfurt a. M. beschloß in seiner letzten Generalversammlung, den Monatsbeitrag für die männlichen Mitglieder von 40 Pf. auf 50 Pf. zu erhöhen. Der Frauenbeitrag bleibt 30 Pf. Die Veranlassung zu der Beitragserhöhung gaben die außerordentlich hohen Ausgaben bei der Reichstagswahl und die Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen. Im vierten Quartal 1911 steigerte der Verein seine Mitgliederzahl um 1100 auf 8937. Zurzeit dürfte er gegen 10 000 Mitglieder zählen.

Bezirks-Parteisekretariat „Nordwest“. Die wachsenden Parteiarbeiten veranlassen den Ende August v. J. tagenden Bezirks-Parteitag die Errichtung eines Bezirks-Parteisekretariats zu beantragen. Der Parteivorstand stimmte Ende v. J. diesem Beschlusse zu, so daß das Bezirks-Parteisekretariat am 1. Februar eröffnet werden konnte. Der Bezirk „Nordwest“ umfaßt: Bremen, den 6., 17., 18. und 19. hannoverschen Wahlkreis. Der Sitz des Sekretariats ist Bremen, Geern 6/8. Zum Sekretär wurde Genosse L. Waigand gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Gemeindeautorität.

Wegen Beleidigung eines Nachtwächters von Langenhain wurde Gen. Geithner vom „Gothaer Volksblatt“ zu 20 R. verurteilt. Dem Nachtwächter war der Vorwurf gemacht worden, daß er in den schönen Augustnächten die Keffelhämme der Einwohner ableerte, anstatt sie zu beschützen. Zwei Zeugen bestätigten vor dem Schöffengericht am Mittwoch den von ihnen zweimal beobachteten Vorgang, aber der Amtsanwalt und das Gericht nahmen den Wächter stark in Schutz, da sehr wohl eine Verwechslung vorliegen könne und es sich um eine glaubwürdige Person, die eine Autorität im Dorfe sei, handele.

Der Reichsverband als Kläger.

Zur Ehrenrettung des Reichsverbandes hat sein gesamter Vorstand, 12 Personen mit Herrn v. Liebert an der Spitze, eine Beleidigungsklage gegen unseren verantwortlichen Redakteur, Genossen Barth, eingereicht.

Den Anlaß zur Klage bot ein am 9. November v. J. veröffentlichter kurzer Artikel über den Wahlkampf in Lübeck. Der Reichsverband, dem kein Mittel zu schlecht ist, wenn es im Kampfe gegen die Sozialdemokratie Verwendung finden kann, der Reichsverband, dem es auf eine Handvoll Unwahrheiten gar nicht ankommt, wenn sie nur eine Wirkung gegen die Sozialdemokratie versprechen, ist bekanntlich sehr empfindlich, wenn die von ihm Verunglimpften sich mit scharfen Worten wehren. In diesem Falle haben es dem klugen Vorstande zwei Sätze unseres Artikels angetan. In dem einen Satz heißt es, der berüchtigte Reichsverband gegen die Sozialdemokratie habe schon im Wahlkampf 1907 auch in Lübeck den Gipfel der Niedertracht zu erreichen versucht. Der andere Satz lautet: „Im Fürstentum Lübeck hoffen die bürgerlichen Parteien den Wahlkampf ebenfalls durch die Mitwirkung des Reichsverbandes vergiften zu können.“

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, bot Beweis dafür an, daß sich der Reichsverband 1907 in Lübeck nicht nur bemüht habe, den Gipfel der Niedertracht zu erreichen, sondern daß ihm das auch gelungen sei. Der Verteidiger verwies darauf, daß ein Flugblatt des Reichsverbandes in Lübeck 1907 die schon wer weiß wie oft widerlegte Lüge verbreitete, der alte Liebknecht habe im „Volksstaat“ die Soldaten, welche aus dem Arztee von 1870/71 heimkehrten, als zweibeinige Tiere in Uniform bezeichnet. Nachdem diese Behauptung durch ein sozialdemokratisches Flugblatt als Lüge nachgewiesen war, hat sie der Reichsverband aufs neue verbreitet, in etwas abgeschwächter Form zwar, aber doch so, daß die Leser annehmen mußten, der alte Liebknecht habe die Soldaten schlechtweg als zweibeinige Tiere in Uniform beschimpft. Da dem Verfasser dieses Flugblattes der authentische Wortlaut jener ganz anders lautenden Äußerung Liebknechts bekannt war, so habe er also wider besseres Wissen die Unwahrheit verbreitet. Die Bezeichnung, die der „Vorwärts“ für diese Kampfesweise wählte, sei demnach durchaus berechtigt. — Der Satz, welcher davon spricht, daß die bürgerlichen Parteien hoffen, den Wahlkampf vergiften zu können, sei für den Reichsverband überhaupt nicht beleidigend. Daß der Reichsverband berüchtigt

sei, werde dadurch bewiesen, daß eine Reihe anständiger Politiker aus dem bürgerlichen Lager sich die Hilfe des Reichsverbandes ganz entschieden verweigert haben, weil sie dessen Kampfesweise für unanständig halten. Im übrigen geniesse der Angeklagte zweifellos den Schutz des § 193, denn als Redakteur des Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei habe er ein ihm persönlich nahe angehehendes Interesse, die Angriffe des Reichsverbandes auf die Sozialdemokratie abzuwehren und müsse deshalb freigesprochen werden.

Rechtsanwalt Holz, der die Kläger vertrat, nahm für den Reichsverband das Recht, scharfe Worte zu gebrauchen, in Anspruch, gegen den Angeklagten aber, der doch auch nur scharfe Worte gegen die bekannte Kampfesweise des Reichsverbandes gebraucht, beantragte der Anwalt eine empfindliche Freiheitsstrafe.

Es kam hierauf noch zu einer längeren Auseinandersetzung zwischen den beiden Anwälten über die reichsverbandlerische Kampfesweise, die schließlich auch vom Angeklagten Barth mit einigen kräftigen Strichen gekennzeichnet wurde.

Das Urteil des Gerichts zeigt ein weitgehendes Verständnis für die Wünsche der klagenden Reichsverbandsführer. Genosse Barth wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Das Gericht hat dem Angeklagten zwar den Schutz des § 193 zugewilligt, aber in dem Ausdruck, der Reichsverband sei bestrebt gewesen, den Gipfel der Niedertracht zu erreichen, erkläre es die Absicht der Beleidigung. Dagegen hält das Gericht den Passus, der besagt, daß die bürgerlichen Parteien hoffen, den Wahlkampf durch die Methode des Reichsverbandes vergiften zu können, nicht für beleidigend.

Soziales.

Der Bergflaven Loß.

Aus dem tiefen, dunklen Schacht, wo er den schwarzen Diamanten gräbt, tritt der Bergmann nun in das Licht der Öffentlichkeit. Das Kapital anklagend, heißt er etwas mehr Anteil an dem Segen des Bergbaues. Den Unternehmern ist er die Quelle reicher Gewinne, der Bergmann opfert ihm Gesundheit und Leben. Einst gehörte er einem privilegierten Stande an. Er genoss Steuerfreiheiten, Soldat brauchte er nicht zu werden, seine Berufsarbeit galt als wichtiger.

Der Kapitalismus hat längst auch den freien Bergmann zu einem rechtlosen Lohnflaven gemacht. Und er gehört während nicht zu den beneidenswertesten. Abgeschlossen vom Sonnenlicht, meist in Gesellschaft von nur zwei oder drei Kameraden, verrichtet er Tag für Tag seine schwere, aufreibende Arbeit. Heute ist er den Angriffen trotzen, in die Lunge eindringenden Kohlenstaubes ausgefressen, morgen von herobriefelndem Wasser durchwühlt, eine Beute von Erkältungskrankheiten. Bald muß er häuplings seine Spitzhute einschlagen, bald auf den Knien, bald auf der Seite, oft sogar auf dem Bauche liegend sein Gerät handhaben. Das jermüdet Geist und Körper!

Schnell geht der Bergmann zugrunde. Immer früher wird er invalide, „bergfertig“, wie der Sachausdruck lautet. Mancher neidet ihm seine kurze Arbeitszeit. In Wirklichkeit ist sie gar nicht so kurz. Zu den 8 Stunden in der Grube kommt noch die Ein- und Ausfahrt, das Waschen und Umkleiden. Schon sind aus den 8 Stunden 8 1/2 bis 9 Stunden geworden. Und dann wohnen die Bergarbeiter zu einem großen Teil 1/2 bis 1 Stunde von der Grube entfernt. Ihr Fernsein vom Hause dehnt sich bis zu 11 Stunden und länger aus. Dabei trägt der Bergmann jeden Tag sein Leidenhemd. Niemand weiß beim Fortgehen, ob er noch einmal zurückkehrt, noch einmal Weib und Kind, Vater, Mutter und andere Lieben wiedersehnt. Die Summe der Unfallgefahren, die ihn bedrohen, ist größer als die in anderen Berufen. Sämtliche gewerbliche Berufsvereinigungen berücksichtigen im Jahre 1910 auf 1000 Versicherte 51,60 Anfälle, die Knappschafts-Berufsvereinigungen aber 135,20. Fast jeder siebente Bergflave verunglückt einmal im Jahre. Im Bergbau ist die Unglücksgefahr 2 1/2 mal so groß als im Durchschnitt bei allen gewerblichen Berufen!

Die Statistik der entschädigungspflichtigen Unfälle macht das Bild nicht freundlicher. Während die Schwerverletzten noch der Gesamtziffer für alle gewerblichen Arbeiter 7,39 pro 1000 Versicherte ergeben, sind es bei den Bergarbeitern 14,67, also doppelt so viel!

Wie groß das Risiko des Bergmannes ist, beweisen ferner die Rechnungsergebnisse der Krankenkassen. Das Durchschnittsalter der Grubenleute steigt weit unter dem aller gegen Krankheit versicherten Personen. Trotzdem sind jene mehr von Krankheiten heimgesucht. Im Jahre 1909 entfielen auf je 100 in den Krankenkassen Deutschlands Versicherte 40 Erkrankungsfälle und 82,8 Krankentage, bei den Knappschaftskassen jedoch ergaben sich 57,1 Erkrankungsfälle und 99,76 Krankentage. Die Beschwerlichkeit und Trostlosigkeit der Arbeit, die hohe Unfall- und Erkrankungsgefahr, das frühe Siedtum und das kurze Leben der Bergflaven in die Rechnung eingerechnet, ergibt wohl ein be- neidenswertes Loß. Und der Bergmann ist doch auch ein Mensch mit heiligem Drang nach Daseinslust und Glück. Er hat ein Recht, zu verlangen, daß der Ertrag seiner freudlosen Berufsarbeit ihm wenigstens vor tagtäglichem Hungerstöhnen schütze. Er darf, er muß sich aufbäumen gegen die Last der Existenznöte, er trägt genug an der Last in der Grube. Das adht das Kapital nicht. Schwerer und schwerer senkt unter seinem Druck der Bergmann. Die alle Produktionsprozesse umwälzende Technik steigerte auch im Bergbau die Ausbeutung der Arbeitskraft. Von der Einfahrt an muß jeder Muskel, jeder Nerv bis zum äußersten angespannt, dem Kapital tributpflichtig sein. Gemeinschaftliche Gebete, die Abhaltung sogen. Bergämter in der Grube, wobei neben beruflichen Fragen solche politischer und familiärer Natur in den Kreisl der Erörterung gezogen wurden, verkürzten früher die nominelle Arbeitszeit. Vorbei ist es mit solchen Pausen. Wie jeder Arbeiter, gilt auch der Bergmann dem Kapital nur als Objekt der Fludmacherei.

Die Unternehmer suchen gern den Anschein zu erwecken, als ob die Grubenleute als Entschädigung für all ihr Mühen, für all ihre Not und Pein, für alle Risiken der Arbeit reichlich hoch entlohnt würden. Das ist jedoch nicht der Fall. Im Ruhrrevier hält sich der Lohn um zirka 150 R. unter dem Jahresdurchschnittslohn der Holzwerks- und Hüttenarbeiter; in den anderen Revieren ist er noch niedriger. Bei der Würdigung der Löhne muß man die gesamten Verhältnisse berücksichtigen. Die Schwere der Arbeit bedingt eine reichliche und gute Nahrungszufuhr, soll der Bergmann nicht schon als ganz junger Mensch invalide werden, ins Grab sinken. Obwohl das Kohlenhandlats die Preise fast ununterbrochen heraufsetzt, schwanken die Löhne auf und ab. Im Jahre 1908 wurde eine Preissteigerung für Kohlen durchgeführt, gleichzeitig das Einkommen der Bergarbeiter geschmälert. Ihr Jahresdurchschnittslohn betrug im 3. Vierteljahr 1907 4,94 R., in der gleichen Zeit 1911 nur 4,72 R., trotz der vorausgegangenen Lohnsteigerung, auf die sich die Unternehmer als Ursache der kürzlich erneut vorgenommenen Preiserhöhung beriefen. Nach den Jahresdurchschnittslohn ergeben sich folgende Tageslöhne: 1907: 4,87 R., 1908: 4,82 R., 1909: 4,49 R., 1910: 4,54 R. und für die ersten drei Vierteljahre 1911: 4,67 R. Dagegen kostete beispielsweise Stückkohle ab Werk Dortmund im Januar 1907 11,75 R., seit 1908 aber 12,75 R. Dazu kommt jetzt noch der kürzlich be-

schlossene Preisaufschlag. Die Lohn- und Preisentwicklung steht zweifellos in einem argen Mißverhältnis. Daß die Gruben bisher schon ganz gut abschnitten, bezeugen die Umsätze der Bergbau-gesellschaften. Nach den im Jahre 1911 im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Bilanzen verteilten 38 Steinkohlenbergwerke mit einem Aktienkapital von 426 Millionen Mark eine durchschnittliche Dividende von 8,8 Proz. Dieselben Gesellschaften hatten im Jahre vorher nur 8,2 Proz. herausgebracht. Berücksichtigt man den ganzen Bergbau, einschließlich Hütten, so ergibt sich für 237 Gesellschaften mit über 2 Milliarden Mark Aktienkapital eine Erhöhung der Durchschnittsdividende von 8,4 auf 9,1 Proz. Laut einer Zusammenstellung in Nr. 54 der „Frankf. Ztg.“, die 13 Bergwerks-gesellschaften umfaßt, war deren Ueberschuß von 12,4 Millionen Mark im 3. Vierteljahr auf 14,9 Millionen Mark im letzten Viertel dieses Jahres gestiegen. Auch diese Resultate unterstreichen recht kräftig die Forderung der Bergarbeiter. Während eine Reihe anderer Berufe den im Jahre 1907 erzielten Lohn schon überholt hat, bleibt der Bergmann noch weit hinter dem damaligen Sach zurück. Mittlerweile steigerten sich für den Unternehmer die Er-löse, für den Arbeiter aber die Kosten der Lebenshaltung. Höhere Preise für Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter, dazu eine Ver-minderung des Einkommens, das bedeutet eine wesentliche Ver-schlechterung. Die Schilbträger der Verteuerungspolitik und der Dividendenschlucker behaupten trotzdem, von der glänzenden wirt-schaftlichen Entwicklung hätten die Arbeiter ihr volles Maß an Wohlstand empfangen.

Bei solcher Lage ist der Drang der gequälten Knappen begreif- lich, durch Massenaktionen ihrer berechtigten und notwendigen Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Aus Industrie und Handel.

Haben Lohnerrhöhungen die Produktion verteuert?

Dem preussischen Landtag ist die übliche Nachweisung über den Betrieb der hiesigen Bergwerke, Hütten und Salinen im letzten Etatsjahr zugegangen. Der preussische Fiskus ist der größte Berg- werksbesitzer Deutschlands. Die Gesamtzahl der auf den hiesigen Montanwerken beschäftigten Personen belief sich 1910 auf 104 000, wovon fast 100 000 allein auf Kohlen-, Erz- und Salzbergwerke entfielen. Ein so großes Unternehmen kann in seinen Geschäfts- berichten auch eine Unterlage bieten für die Untersuchung des Ein- flusses der Lohnhöhe auf die Produktionskosten. Leider ist die Untersuchung mangels ausreichender statistischer Angaben nicht für alle Betriebszweige durchzuführen, aber schon die ermöglichte Teil- untersuchung gibt eine wichtige Auskunft auf die gestellte Frage.

Beginnen wir mit den Steinkohlenbergwerken, weil bekanntlich die Erhöhung der Preise stets mit der Erhöhung der Lohn- kosten begründet wird. Nun ist zwar nicht einmal für alle hiesigen Steinkohlenarbeiter im Etatsjahr 1910 eine absolute Lohnerrhöhung eingetreten; in Oberschlesien ging der Lohn sogar noch absolut zurück. Aber es kommt bei unserer Untersuchung weniger auf den pro Schicht ausgezahlten Lohn, sondern vorzüglich auf den relativen Anteil der Löhne an den Produktionskosten pro Tonne an. Da ergibt sich nun folgendes: Für die ober- schlesischen hiesigen Kohlengruben betragen pro geförderte Tonne die

	Selbstkosten insgesamt	dabon an Löhnen
1900	7,54 R.	4,00 R.
1910	7,97 „	3,86 „

Danach gingen die Selbstkosten um 47 Pf. zurück; pro Tonne sind 14 Pf. weniger Lohn gezahlt worden. Die gemischte aufgestellte Be- hauptung, die Lohnkosten nähmen einen stets größer werdenden Teil der Produktionskosten in Anspruch, trifft sonach zunächst schon für die ober-schlesischen hiesigen Kohlengruben nicht zu.

Für die hiesigen Saarkohlengruben sind die Ver- gleichszahlen nicht detailliert angegeben. Es wird nur mitgeteilt, daß die Selbstkosten pro Tonne von 10,39 R. auf 9,99 R., also um 40 Pf. fielen, während der Verkaufserlös nur durchschnittlich um 90 Pf. zurückgegangen war. Da in derselben Zeit der Durchschnitts- lohn der Gesamtbelegschaft um 1 Pf. (!) auf 3,97 R. stieg, ist hier eine erhebliche Selbstkostenverminderung bei gleichzeitiger, wenn auch jämmerlicher Lohnerrhöhung eingetreten. Das Lohnbild bei dem Kohlenbergwerk am Deister (Hannover) ist klarer. Hier haben be- tragen pro Tonne die

	Selbstkosten insgesamt	dabon Lohnkosten	der Durchschnitts- schichtverdienst
1900	8,95 R.	5,63 R.	3,48 R.
1910	8,98 „	5,18 „	3,53 „

Demnach sind die Selbstkosten überhaupt um 2 Pf., die Lohn- kosten pro Tonne um 45 Pf. gefallen und der absolute Lohn 4 Pf. doch um 5 Pf. gestiegen. Von einer Verteuerung der Produktion durch gestiegene Lohnkosten kann auch hier durchaus keine Rede sein. Für die zur Hälfte dem hiesigen Schaumburg-Lippe gehörigen Kohlen- bergwerke der vier hiesigen Braunkohlengruben bei Eggers- dorf, Löderburg, Langenberg und Fallwitz (Prov. Sachsen) stiegen die Verkaufserlöse pro Tonne um 6 Pf., die gesamten Selbstkosten fielen um 2 Pf., die Lohnkosten pro Tonne aber um 31 Pf.! Das beweist auch, daß einmal die stärkste Steigerung der Produktionskosten überhaupt nicht durch Lohn- erhöhungen erfolgte, und daß bei Verminderung der Selbstkosten die verstärkte Ausnützung der Arbeitskräfte die Hauptrolle spielt.

Schließlich sei an dem Beispiel der hiesigen Kali- salz- werke aufgedeckt, daß das ewige Jammern der Unternehmer über die „starke Verteuerung der Produktionskosten durch die Lohn- steigerung“ eine dolose Irreführung der öffentlichen Meinung ist. Es haben nämlich bei dem Staßfurter Werk betragen pro Tonne

	für Kalistücksalz	für Chloralkali
1900	7,15 R.	5,93 R.
1910	5,93 R.	114,50 R.
1900	3,04 „	3,84 „
1910	3,04 „	18,53 „

Bei dem Werk Weidacherode gingen die Selbstkosten der erstklassig rentablen Fabrikate von Chloralkali von 92,89 auf 64,89 R., die Lohnkosten allein von 23,77 auf 17,42 R. zurück! Dabei stieg der Arbeiterlohn in Staßfurt um nur 4 Pf., der in Weidacherode um 21 Pf. pro Schicht (Durchschnitt). Die riesige Verbilligung der Produktion ist erzielt worden neben einer leider nur zu mäßigen Lohnaufbesserung. Damit ist auch erwiesen, daß im Verhältnis zu ihrer Leistung die Arbeiter schlechter als vorher entlohnt wurden. Die zur Begründung fast aller Preiserhöhungen be- hauptete „fortgesetzte Steigerung der Lohnkosten“ ist, wie unsere Beispiele beweisen, in wichtigen Industriezweigen nicht eingetreten.

Gerichts-Zeitung.

„Frühlings-Erwachen“ freigegeben.

Gestern setzte das Oberverwaltungsgericht die Verfügung des Polizeipräsidenten von Königsberg außer Kraft, die die öffentliche Aufführung von Wedekinds erschütterndem „Frühlings-Erwachen“ im Stadttheater untersagte. Der Regierungs- und der Oberpräsi- dent hatten dieses Verbot für gerechtfertigt erachtet, da das Stück eine die Sittlichkeit gefährdende Wirkung habe.

Die Anwälte des Theaterdirektors, Hofrats Barona, wendeten sich in ihrer Klage gegen den Oberpräsidenten grundsätzlich gegen die Zulässigkeit der Theaterzensur überhaupt. Jedenfalls sei aber das Verbot ungerichtet. Entschieden müsse sein, ob das ganze Stück als einheitliche Komposition eine unsittliche Wirkung ausübe. Das aber sei ausgeschlossen. Es sei ein ernstes Stück, das eine ernste Tendenz verfolge. Die in dem Stück vorkommen-

den unskilligen Vorgänge dienen nur dem ersten Zweck. Sollte man dieses Stück verbieten, dann könnten auch Goethes „Faust“ und Tolstoj's „Nacht der Finsternis“ verboten werden. Das Stück diene geradezu ersicherlich als Warnung.

Das Stück selber wurde vom Gerichtspräsidenten vollkommen vorgelesen in der etwas beschrittenen Fassung, die den Ausführungen im Königsberger Stadttheater zugrunde gelegt werden sollte.

Der 3. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts hob nach etwa fünfständiger Verhandlung und Beratung die Beschwerdebescheide auf und setzte die Verbotsverfügung des Königsberger Polizeipräsidenten außer Kraft. In der wichtigen Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Senatspräsident Dr. von Strauß und Tornow aus:

Was die Frage der Theaterzensur angeht, so bleibe das Gericht bei seinem Standpunkt. Das Wort „Theaterzensur“ sei eigentlich ein falscher Ausdruck. Es gebe keine Theaterzensur, wie in älterer Zeit eine besondere Zensurbehörde usw. Sondern es gebe nur eine Anwendung des § 10, Teil II, Titel 17 des Allgemeinen Landrechts (Polizeiklausel). Danach sei es Aufgabe der Polizei, auch eine vorbeugende Tätigkeit auszuüben zu dem Zwecke, um drohende Gefahren von der öffentlichen Ordnung, wozu auch die Sittlichkeit gehöre, fernzuhalten. Und dabei bleibe der Senat, daß § 10 II 17 Allgemeinen Landrechts auch auf Theateraufführungen Anwendung finde.

Kun komme es darauf an, ob das Stück in der Fassung, in dem Umfange und in der Art, wie es ausgeführt werde, in der Lage sei, solche Gefahren hervorzurufen. Das heißt, ob die Darstellung und das, was gesprochen werde, geeignet sei, entweder das notwendige Schamgefühl in der größtmöglichen Weise zu verletzen oder öffentliches Aergernis sowie zu erregen, daß die Gefahren entstehen. Vorliegend würde es sich darum handeln, ob das Publikum in seinen sittlichen Anschauungen so gefährdet werde, daß es geneigt werde, die für das gemeinsame Leben notwendigen Schranken zu durchbrechen. Davon sei auszugehen und das ganze Stück in seiner Gesamtheit und seinen Einzelheiten zu prüfen. Dabei dürfe dann nicht außer Acht gelassen werden, ob das, was im Ganzen dargestellt und behandelt werde (das Substratproblem) nicht etwa an sich schon geeignet wäre, das Schamgefühl zu verletzen. Das müsse der Senat hinsichtlich dieses Problems verneinen. Es sei ein jezt viel erörtertes Problem, was im Stück behandelt werde. Und es werde im Stück in einer Weise behandelt, von der man nicht sagen könne, sie entbehre jeder sachlichen und jeder ernstlichen Tendenz. Der Senat habe kein Urteil zu fällen über den künstlerischen und ästhetischen Aufbau des Stückes, sondern nur darüber, welche Wirkung das Dargestellte auf das Publikum habe. In der Beziehung könnte man ja an einzelnen Szenen Kritik üben und die Auffassung der einzelnen Szenen möge ja eine verschiedene sein. Sie müßten aber beurteilt werden danach, wie sie in die Gesamtheit des Stückes sich einfügten und durch seine Gesamtheit in ihrer Wirkung beeinflusst würden. Indem der Senat davon ausging, sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß hier nicht vorliege eine solche Möglichkeit der Beeinflussung des Publikums, daß derartige Gefahren herbeigeführt würden, denen die Polizei entgegenzutreten müßte. Entscheidend sei natürlich das Allgemeine. Bei einem einzelnen könne ja mal eine schädliche Beeinflussung vorkommen. Das liege aber außerhalb der Beurteilung. Allgemein aber, wie heute der Stand der Menschheit sei, liege die Möglichkeit einer derartigen Beeinflussung nicht vor. Deshalb müsse das Verbot außer Kraft gesetzt werden.

Anarchistenverfolgung.

Im Juni 1908 druckte das anarchische Wochenblatt „Der freie Arbeiter“ einen Artikel ab, der sechs Wochen früher in dem anarchischen Blatte „Der Revolutionär“ erschienen und seitdem unbehelligt ins Land gegangen war. Später wurde der Redakteur des „Revolutionär“ auf Grund des Artikels wegen Beleidigung der Offiziere und Unteroffiziere zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Auch gegen den damaligen verantwortlichen Redakteur Klasingki vom „Freien Arbeiter“ wurde ein Verfahren eingeleitet. Klasingki mußte aber nichts davon. Ehe er eine gerichtliche Vorladung erhielt, war er nach monatelanger Arbeitslosigkeit in die Schweiz gereist, wo ihm eine Arbeitsstelle zugewiesen war. Als Klasingki kürzlich nach Berlin zurückkam, meldete er sich sogleich bei der Polizei an. Nun erreichte ihn der Arm der Justiz. Er wurde am 7. Februar in Untersuchungshaft genommen und stand gestern als Angeklagter vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I. Während der Abwesenheit Klasingkis ist im sogenannten objektiven Verfahren auf Einziehung der betreffenden Nummer des „Freien Arbeiter“ erkannt worden.

Der Artikel referiert über ein derzeit erschienenes Buch und zitiert daraus eine Aeußerung, die der englische Schriftsteller John Grog im Jahre 1825 über die englischen Soldaten machte. Sie geht in der Hauptsache dahin, die angeworbenen Soldaten seien

Parasiten. Daran anknüpfend sagt der Artikel, das lasse sich von den heutigen Soldaten nicht sagen, denn sie seien nicht freiwillig, wie die Soldaten früherer Zeiten, sondern gezwungen beim Militär. Freiwillig dienen ja heute nur die Kapitulant, die Offiziere und Unteroffiziere. Ueber diese aber solle kein Urteil abgegeben werden, denn der Verfasser wolle nicht dazu beitragen, daß Staatsanwälte auf Kosten der produktiven Arbeit unproduktive Arbeit leisten. — Das ist die vermeintliche Beleidigung, derenwegen der Kriegsminister Strafantrag gestellt hat.

Da ein gerichtliches Urteil gegen den Artikel bereits vorliegt, so konnte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Halbert sich nur auf den Nachweis beschränken, daß der Angeklagte nach Lage der Sache unmöglich das Bewußtsein der Strafbarkeit des Artikels gehabt haben könne.

Das Gericht gab dem Antrage des Staatsanwaltes statt und verurteilte den Angeklagten, der bisher noch nicht bestraft ist, zu einem Monat Gefängnis, wovon drei Wochen auf die Untersuchungshaft anzurechnen sind. — Der Angeklagte hätte also noch eine Woche abzusitzen.

Als der Vorsitzende nach der Verkündung des Urteils den noch in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten fragte, ob er die Strafe annehme; beantragte Rechtsanwalt Dr. Halbert, den Angeklagten aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Der Staatsanwalt widersprach diesem Antrage. Darauf entgegnete Rechtsanwalt Dr. Halbert: Wenn der Angeklagte in Haft bleiben sollte, bis über die vielleicht von ihm einzulegende Revision entschieden wäre, so würde das in der Wirkung für den Angeklagten ein Zwang sein, auf das Rechtsmittel der Revision zu verzichten. Wo nur eine Woche Gefängnis zu verbüßen sei, könne doch von Fluchtverdacht keine Rede sein.

Das Gericht lehnte den Antrag des Verteidigers auf Haftentlassung ab.

Hierauf erklärte der Verteidiger: Infolge dieses Beschlusses sieht sich der Angeklagte genötigt, auf die Revision zu verzichten und nimmt die Strafe an.

Der Vorsitzende wies die Begründung dieser Erklärung als unangehörig zurück.

Der Verteidiger betonte nochmals, es sei doch tatsächlich so, daß der Angeklagte sich nunmehr genötigt sehe, auf die Revision zu verzichten.

Dringend erforderlich ist eine Aenderung der Vorschriften über Zulässigkeit von Untersuchungshaft.

Der Einbruchdiebstahl in der Kgl. Porzellan-Manufaktur

in der Leipziger Straße beschäftigte gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I. Angeklagt wegen schweren Diebstahls im strassharten Rückfalle waren Ludwig Szopanski und Otto Koreike, während sich der Händler Rudolf Ehrlich wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Hehlerei zu verantworten hatte. Alle drei Angeklagten sind schon schwer bestraft. Der Angeklagte Ehrlich, der ebenfalls schon mit Justizhaus vorbestraft ist, steht bei der Kriminalpolizei seit längerer Zeit in dem Verdacht, gewerbsmäßiger Hehler zu sein. Am November v. J. verübten Szopanski und Koreike einen Einbruch in die Geschäftsräume der Kgl. Porzellanmanufaktur. Trotz des zu jeder Tageszeit lebhaften Verkehrs in der Leipziger Straße zertrümmerten sie eine Fensterscheibe und stahlen zwei Arabattennabellen und zwei alte Porzellanbrochen. Ihre Absicht, noch mehr Gegenstände zu stehlen, konnten sie nicht ausführen, da sie gestört wurden und schleunigst flüchten mußten. Einige Tage später verübten die beiden Angeklagten einen Einbruchdiebstahl in das Geschäft des Juweliers Seblatsch, in der Potsdamer Straße 138. Hier fielen ihnen für circa 7000 Mark Schmuckgegenstände in die Hände, die sie zum Teil bei dem Mitangeklagten Ehrlich versetzten. Schließlich suchten sie auch noch das Geschäft des Kaufmanns Töpfer in der Anhaltstraße auf.

Vor Gericht waren die beiden Diebe geständig, während Ehrlich jede Hehlerei entschieden bestritt. — Das Gericht erkannte gegen Szopanski auf 3 Jahre Justizhaus, gegen Koreike auf 2 1/2 Jahren Justizhaus und gegen Ehrlich auf 8 Monate Gefängnis wegen einfacher Hehlerei.

Aus der Frauenbewegung.

Zunahme der weiblichen Arbeitskraft.

Die Statistik des Reichsarbeitsblattes über die Mitgliederbewegung in den Krankenkassen läßt deutlich den wachsenden Anteil der weiblichen Arbeitskraft an der Gesamtsumme erkennen. Die Arbeiterinnen werden bei den Einstellungen stärker berücksichtigt als die männliche Arbeitskraft, bei Entlassungen aber ist diese stärker beteiligt, so daß sich der Anteil der beiden Geschlechter dauernd zu Gunsten der Frauen verschiebt. Die nachstehende Uebersicht läßt die Entwicklung deutlich erkennen. Die gleichen Klassen zählten, abzüglich der Kranken, versicherungspflichtige Mitglieder:

	männliche	weibliche
am 1. Jan. 1911 . . .	8 215 809	1 487 581
am 1. Jan. 1912 . . .	8 846 006	1 519 126

Der Anteil der Frauen an dem Gesamtbestande ist in der kurzen Zeit von 80,9 auf 81,2 Proz. gestiegen. Vom 1. Februar 1911 bis

1. Februar 1912 ist die Zahl der männlichen Arbeiter um 171 470 oder um 5,4 Proz. gestiegen, die der weiblichen um 83 004 gleich 5,9 Proz., andererseits zeigt sich im Januar dieses Jahres bei den männlichen ein Rückgang von 59 240 oder um 1,76 Proz., bei den weiblichen jedoch nur ein Verlust von 2583 Mitgliedern gleich 0,16 Proz. Den Hauptteil der Entlassenen stellen wahrscheinlich die Versand- und Verkaufsgeschäfte, die mit Beendigung des Weihnachtsgeschäfts ihre Betriebe reduzierten. Daher auch die Erscheinung, daß die Ortskrankenkassen 106 048 Mitglieder, darunter aber nur 25 800 weibliche verloren. Ganz eigenartig war die Veränderung im Dezember 1911 in den Jungungskassen, sie verloren 11 089 männliche Mitglieder und verzeichnet gleichzeitig einen Zugang von 233 weiblichen Mitgliedern. Eine sehr starke Zunahme der Beschäftigten, wobei die weibliche Arbeitskraft wiederum im Vorteil ist, ergeben die Nachweise der Betriebsklassen der Elektrizitätsindustrie. Der Vermehrung des Mitgliederbestandes um 12 558 männliche Personen steht eine Vermehrung des weiblichen Bestandes um 4777 Köpfe gegenüber. So zeigt sich durchweg eine Bevorzugung der weiblichen Arbeitskraft. Die Motive sind bekannt. Rag in verschiedenen Betrieben ihre überlegene Geschicklichkeit mitzureden, die Hauptsache für den Unternehmer ist ihre Billigkeit. Und das ist der wunde Punkt. Die Gesamtlohnsumme für die Arbeiterchaft sinkt mit der Zunahme schlechter entlohnter weiblicher Arbeitskraft. Das ist ein soziales Uebel, das die herrschende Feuerung noch verschärft. An eine Verdrängung der weiblichen Arbeitskraft kann natürlich nicht gedacht werden.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 4. März, 8 1/2 Uhr, in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97: Vortrag von Frau Clara Wehl über das Thema: „Die Mitarbeit der Frau in der Stadtverwaltung“. Gäste willkommen.

Aus aller Welt.

Russische Gastfreundschaft.

Nicht läßliche Erfahrungen mit der russischen Polizei mußte, wie ein Telegramm aus Paris meldet, der bekannte französische Südpolarforscher Dr. Jean Charcot machen. Charcot, der in Petersburg und Nowosibirsk Vorträge über seine Reisen gehalten hatte, wurde am Dienstag mit seiner Frau in Granitz an der russisch-österreichischen Grenze von der russischen Polizei festgenommen und 24 Stunden in Haft gehalten. In einer Depesche erklärt Charcot, daß der Grund der Verhaftung ihm durchaus unverständlich sei und daß er und seine Frau nicht einmal ein Paßlager erhalten hätten. Der Südpol sei komfortabler und gastlicher gewesen. Das französische Ministerium des Äußeren beauftragte telegraphisch die Botschaft in Petersburg, zugunsten Charcots zu intercedieren. Auch die Pariser russische Botschaft beilegte sich, ihrer Regierung den Irrtum zu signalisieren. Nach einer in Paris eingetroffenen Depesche wurden Dr. Charcot und seine Frau Mittwoch nachmittags freigelassen und konnten ihre Reise nach Wien fortsetzen.

Explosion in einer Sprengstofffabrik.

Ein schweres Unglück hat sich am Donnerstagmorgen im Betriebe der Deutschen Sprengstofffabrik in Dellbrück (Rheinland) zugetragen. In der Packstube des Werkes erfolgte eine Explosion, die den Raum vollständig zertrümmerte. Zwei Arbeiterinnen fanden dabei den Tod, eine dritte Arbeiterin wurde so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Kleine Notizen.

Schwerer Grabenunfall. Seit Montag sind auf der Zeche Engelsburg bei Bochum zwei Bergleute durch plötzlich niedergerendete Gesteinsmassen verschüttet. Obwohl die Rettungsarbeiten sofort aufgenommen wurden, gelang es erst gestern, die Verschütteten als Leichen zu bergen.

Vom Eisenbahnzug gerädert. Zwischen den Ortschaften Friedberg und Korbach wurde ein 18-jähriger Arbeiter, der die Wöschung erkliegen hatte und noch vor der Vorderräder des Zuges über das Gleis stolzte, erfasst und getötet, indem ihm der Kopf vom Rumpf getrennt wurde.

Absturz eines französischen Militärs. Auf dem Flugfelde von Etampes stürzte am Mittwoch der Militärsieger Hauptmann Jost mit seinem Eindecker aus einer Höhe von 40 Meter ab. Er wurde mit schweren Kopfverletzungen und gebrochenen Beinen ins Krankenhaus gebracht.

Eingegangene Druckschriften.

Die Schwerindustrie in deutschen Zollgebiet, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter. 750 R. Herausgegeben vom Deutschen Metallarbeiterverband. Verlag A. Schöde u. Cie, Stuttgart.
G. Freytags Weltatlas 1912. 3,90 R. Freytag u. Berndt, Wien VII.

Leineweber

Köllnischer Fischmarkt 4, 5, 6

Gegenüber der Breiten Straße

Für jede Körperform passend!

Anzüge - Ulster - Paletots

21 25 28 32 36 39 42 48 54 60 68 75 Mk.

Für Knaben und Jünglinge:

8 10 12 15 18 21 25 28 32 36 40 45 Mk.

Meine Fabrikate, in eigenen Betriebswerkstätten gediegen verarbeitet, sind preiswert und unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit.

Moderner Schnitt - Grosse Auswahl - Vorzügliche Passform.

Von jetzt ab an den Sonnabenden bis 9 Uhr abends geöffnet



Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am Dienstag, den 27. Februar,
verstarb unsere Genossin
Frau Anna Jäschke
Saloniestr. 28.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 1. März, nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichen-
halle des Stephanus-Gemeinde-
Friedhofes, Friesenwalder Straße,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verband der Gemeinde- und
Staatsarbeiter.**
Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist unser
Kollege
Adolf Eichholz
von der Section Zentralmagazin
entfallen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 1. März, nach-
mittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Rummelsburg, Lützstr., aus statt.
3312 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Handlungs-
gehilfen u. Gehilfinnen Deutschl.**
Bezirk Berlin.
Nach langem, schwerem Leiden
ist am Dienstag, den 27. Februar,
unser Kollege
Karl Heneke
verschieden. — Er war für uns
stets ein treuer und gewissenhafter
Mitarbeiter, dessen Andenken wir
bewahren werden.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 1. März, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Gemeinde-Friedhofes in Rosenthal
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
297/14 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- und Sterbe-
kasse d. deutschen Wagenbauer**
Berlin II.
Dem Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Otto Massuthe
am 27. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 1. März, nachmittags
3^{1/2} Uhr, auf dem Friedhof der
Vorochlagemeinde, Friesenstraße,
statt.
2995 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herz-
licher Teilnahme bei der Beer-
digung meiner innigstgeliebten Frau
und Mutter
Marie Marschall
sage hiermit allen Verstorbenen und
Genossinnen sowie allen Ver-
wandten und Bekannten meinen
tieftgefühlten Dank. 21482
Wilhelm Marschall nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die liebevolle Teilnahme und
Strangpenden bei der Beer-
digung meines lieben Mannes, unseres guten
Vaters, des Schloßers
Julius Reckert
sagen wir allen, welche ihm die letzte
Ehre erwiesen, unseren herzlichsten
Dank. 901b
Wwe. Johanna Reckert nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres herzensguten
Vaters, Bruders, Sohnes, Schwieger-
sohnes und Schwagers
Otto Wollschläger
sagen wir allen Verwandten, Be-
kannnten, Freunden und Vereinen
unseren tiefgefühltesten Dank. 21404
Witwe **F. Wollschläger**
nebst Sohn und Angehörige.

Berichtigung.
Die Beerdigung des Genossen **Otto
Massuthe** findet nicht in der
Friesenstraße, sondern in der Vor-
ochlagener Straße auf dem Vorochlag-
Friedhof statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meiner
lieben Frau und herzensguten Mutter
Marie Mende
sagen wir allen Verwandten und Be-
kannnten, insbesondere dem Wahl-
verein und Frauen-Verein des
4. Reichstagswahlkreises, Verband der
freien Gast- und Schankwirte, Waisen-
kommission, Gaitwirtsverein Südost,
Sparverein „Trotz alledem“ und „Ohne
Sorge“, Lotterieverein Südost, Verband
der Eisenbahnarbeiter Berlin-Görlitz,
der Rindl-Brauerei und Weibhler-
brauerei Urbad unseren herzlichsten
Dank.
Adolf Mende
nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes sage ich allen Teil-
nehmern meinen herzlichsten Dank.
Witwe **Ida Meyer**,
Lautscher Platz 10.

Möbel-Angebot.
Solches Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungs-
einrichtungen sowie ein-
zelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei keiner Anzahlung u. geringen
monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 85, Postamt 103.
Kein Abzahlungsgeschäft. 2886*

*Sparame
Raucher*
rauchen

Fehlfarben-Sortimente
in Beuteln enthaltend eine Mischung
besonders preiswerter Marken!

Fortuna 10 Stück 60 Pf.
Hansa . . 10 „ 75 Pf.
Exelsior 10 „ 1,00 M.

J. Neumann
Berlin. Begründet 1850. Hamburg.
Cigarrenfabriken.
Ueber 200 Niederlagen in Deutschland.

Fehlfarben sind in Qualität den
sortierten Cigarren ebenbürtig.

Commerz- und Disconto-Bank.
Zweihundvierzigste ordentliche Generalversammlung der Aktionäre
am Dienstag, den 26. März 1912, nachm. 2^{1/2} Uhr,
im Sitzungssaal der Bank zu Hamburg, Neß Nr. 9.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes, sowie Vorlegung der Bilanz
nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung und Vorschlag zur
Gewinnverteilung.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Bilanz, der
Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Vorschlages zur
Gewinnverteilung.
3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die
Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates, sowie
über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Wahlen zum Aufsichtsrate.

Dieserjenige Aktionäre, welche sich an der Generalversammlung
beteiligen wollen, haben ihre Aktien spätestens am 22. März d. J.
während der üblichen Geschäftsstunden
in Berlin bei unserer Niederlassung
bei der Bank des Berliner Kassensvereins
(nur für Mitglieder des Giro-Effekten-Depots)
in Hamburg, Altona, Hannover, Kiel, Leipzig und
Altenburg S.A.
bei unseren Niederlassungen
in Bremerhaven beim Bremer Bank-Verein
in Chemnitz beim Chemnitzer Bank-Verein
in Dresden bei der Mitteldutschen Privat-Bank A.-G.
in Frankfurt a. M. bei den Herren J. Dreyfus & Co.
in Köln bei Herrn J. H. Stein
in Magdeburg bei der Mitteldutschen Privat-Bank A.-G.
in München bei der Bayerischen Vereinsbank und
bei der Bayerischen Handelsbank
zu hinterlegen und bis zum Schluß der Generalversammlung da-
selbst zu belassen oder die Hinterlegung bei einem deutschen
Notar dadurch nachzuweisen, daß sie einer der genannten
Anmeldestellen spätestens am 22. März d. J. einen
ordnungsmäßigen Hinterlegungsschein des Notars in Ver-
wahrung geben. Dieser Hinterlegungsschein gilt nur dann als
ordnungsmäßig, wenn darin die hinterlegten Aktien nach Nummern
genau bezeichnet sind und wenn überdies in dem Hinterlegungs-
schein selbst bescheinigt ist, daß die Aktien bis zum Schluß der
Generalversammlung bei dem Notar in Verwahrung bleiben. Gegen
Hinterlegung der Aktien oder Einreichung der notariellen Hinter-
legungsscheine werden Eintrittskarten ausgehändigt. Die zu hinter-
legenden Aktien können ohne Gewinnanteilscheine und Er-
neuerungsscheine eingereicht werden.
Hamburg, den 29. Februar 1912.
Der Vorstand. Korn. Hartor.

Dankfagung.
Für die überaus zahlreiche Teil-
nahme und Strangpenden bei der
Beerdigung meiner lieben Frau sage
ich allen Verwandten und Bekannten,
sowie dem Kaufklub Koko, dem
Lotterieverein Fortunat Jünger, der
Werktelle von Wolfant, dem Verband
der Schneider und Schneiderinnen
meinen herzlichsten Dank.
Gustav Braun
nebst Kindern.

Für die herzliche Teilnahme bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten meinen besten Dank.
Frau **Ww. Stanneck.**

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**H. Weltmann Nachf.
Stefan Esders**
BERLIN C.
Kaiser-Wilhelm-Strasse 41-42
Spandauer Str. 70-71

Damen-Kostüme

aus blauem oder schwarzem Serge
und modernen Phantasiestoffen auf
Seidenfutter

M. 38.- 45.- 55.- 65.- 75.-

Bevor Sie den Einkauf Ihrer
Frühjahrs-Garderobe vorneh-
men, besuchen Sie bitte meine
Läger; ohne Kaufzwang. Meine
Damen-Konfektion — nur erst-
klassige Schneider-Arbeit — ist
unerreicht in Qualität, Sitz und
Ausführung bei billigst. Preisen

Mod. 218
Spezial-Kostüm Mark 45.—
aus reinwillenem blauem oder
schwarzem Serge auf Seidenfutter.

Bitte beachten Sie dieses Kostüm
in meinem Schaufenster.

Das Haus hat keine Zweig-
Niederlassung in Berlin

Für Herren, welche sich billig und elegant kleiden wollen.

Verkauf von:
Eleganten Herren-Anzügen 10.00 15.00 18.00 24.00 etc.
Vorjahr. Paletots u. Ulster 7.00 10.00 14.00 18.00 etc.
Herren-Hosen 2.50 3.50 5.00 etc.

Einsegnungs-Anzüge große Auswahl.
Gehrock-, Frack- und Smoking-Anzüge.
Verleihung von eleganten Gesellschafts-Anzügen.

J. Wand Haupt-Geschäft: Große Frankfurter Straße 116, a. d. An-
denkstr., II. Geschäft: Chausseestr. 89, III. Geschäft: Jägerstr. 11.

Palmona
(Pflanzen-Butter-Margarine)

Ist von feinsten Süßrahmbutter durchaus
nicht zu unterscheiden. Wer das nicht
glauben will, streiche sich ein Palmona-
Butterbrot und überzeuge sich selbst!
Probieren geht über Studieren!
Lassen Sie sich keine Nachahmungen
aufdrängen!

**SÄNGER:
REDNER:
RAUCHER:**

WYBERT-TABLETTEN

schützen Sie vor:
**HUSTEN
HEISERKEIT
KATARRH**

Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis Mk 1.-

Verantwortlicher Redakteur: Albert Bach, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Deutscher Frauenkongress in Berlin.

Am Donnerstag ist der Kongress mit Berufsfragen beschäftigt. Zuerst kommen die ländlichen Fragen, wie sie für die Landbesitzerinnen in Betracht kommen.

Für heute referiert Frau Elisabeth Boehm-Lamgaren über den

Anteil der Frau an der landwirtschaftlichen Produktion.

Die Wertzeugung der deutschen Landwirtschaft hat sich in den letzten 30 Jahren verdreifacht. Sie betrug 1880 etwa 4 Milliarden, jetzt fast 12 Milliarden.

An der landwirtschaftlichen Wertzeugung von Brot und Fleisch ist die Frau in hohem Maße beteiligt, denn kein landwirtschaftlicher Betrieb ist ohne die Mitarbeit der Hausfrau denkbar.

Das liegt an ihrer mangelhaften Vorbildung für ihren Beruf. Berufliche Ausbildung der Landfrauen und Stadtfrauen auf wirtschaftlichen Frauenschulen auf dem Lande muß daher gefordert werden.

Als zweite Referentin spricht Dr. Rosa Kempf über Probleme der landwirtschaftlichen Frauenarbeit.

Wobei die Rednerin besonders die süddeutschen Verhältnisse berührt. Die bayerische Landwirtschaft ist bäuerliche Eigenwirtschaft im besten Sinne und zeigt typisch die Probleme der bäuerlichen Frauenarbeit.

Offentliche Schulen zur Berufsbildung der Bauernmädchen besitzen wir in Bayern noch nicht — Staat und Kreise sorgen bisher nur für die männliche Landjugend —; dagegen wurden in letzter Zeit von Vereinen und Genossenschaften sehr verdienstvolle Anfänge einer weitgreifenden Frauenbildung auf dem Lande geschaffen.

Als Korreferentin über das Thema: Probleme referierte Frau Eitz zu Pullich in schöner patriarchalischer Weise. Nach ihrer Schilderung der wahrhaft idyllischen Zustände ostbayerischen Landarbeiterlebens muß die Landarbeiterin der Verpflichtung ein Ende nehmen; das gerühmte Publikum wird jetzt in Schwaben in das Jodel Spielchen strömen und sich dort als Landarbeiter verdingen, um die Segnungen dieses Landarbeiterparadieses auskosten.

Die Behandlung der gewerblichen Fragen erfolgte unter dem Gesichtswinkel:

Die erzielten wir Qualitätsarbeit der Frau in Industrie, Handwerk und Kunstgewerbe?

Dr. Marie Baum erörterte einleitend das Warum dieser Frage und danach das Wie, mit besonderer Berücksichtigung der Großindustrie.

In der Großindustrie fällt heute der Frau die ungelernete und halbgelernete Arbeit zu. Die hochqualifizierte Leistung bleibt an die Verarbeitheit mit der Maschine, den bederbesseren Faktor großindustrieller Arbeit, gebunden.

Die zweite Referentin Frau Dr. Margarete Bernhardt verlangt auch für die Frauen im Handwerk — es kommen besonders in Betracht Bekleidungs- und Freizeitgewerbe, photographische Anstalten, Buchbinderei, Stickerie, Putzmacherei u. a. — eine systematische gründliche Berufsbildung.

Die dritte Referentin, Frau Fia Wille, verlangte Qualitätsarbeit auch für das Kunstgewerbe. Gleich wichtig aber ist: das Verständnis für sie zu erwecken; hier muß und wird der Beruf einsehen der gebildeten Verbraucherin.

Die erste Diskussionsrednerin Fr. Dr. Bernays-Heidelberg hält die mangelhafte technische Vertrautheit der Arbeiterinnen mit ihren Maschinen für wohl überwindlich. Qualitätsmaschinen an Qualitätsmaschinen müsse das Ziel sein.

Der dritte Punkt der Tagesordnung: Was bedeutet die Organisation für unser berufliches und persönliches Leben?

wurde von Fr. Gertrud Israel (Vorstandsmitglied des Verbandes weiblicher kaufmännischer Angestellter) behandelt. Die kaufmännischen Angestellten gehören ja wohl zu den Lohnarbeitern.

Sehr vernünftigerweise empfahl eine der Diskussionsrednerinnen den Damen das Büchlein unserer Genossin Adelheid Popp: „Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin“ zur Lektüre.

und den Proletarierinnen so klar gezeigt wird, daß es ein Haben und Drüben nur gibt.

Die Krönung des Ganzen bestand wohl in der Mitteilung an die Delegierten, daß sie bei der Frau Reichstangler Bethmann Hollweg zum Empfang gebeten sind.

Jugendbewegung.

Polizeipräsident und Jugendbewegung.

Seit etwa einem Jahre bemüht sich der Polizeipräsident v. Weegmann in Köln entsprechend den Anweisungen seiner Berliner Vorgesetzten, die angeblich sozialdemokratische Jugend-erziehung in Köln zu hindern.

Durch den Artikel des Kölner Polizeipräsidenten wurde in der „Rheinischen Zeitung“ scharfe Kritik gelebt und besonders dargelegt, daß sich der Polizeipräsident die Begründung seiner Maßnahmen außerordentlich leicht gemacht habe.

Der Staatsanwalt behauptete die Absicht der Beleidigung, und er erachtete den inkriminierten Satz für derart schwerwiegend, daß er gegen den bisher unbestraften Reaktor zwei Monate Gefängnis beantragte.

Das Gericht erkannte zwar an, daß dem Angeklagten der § 108 zur Seite stehe, indes lasse der Artikel die Absicht erkennen, daß der Polizeipräsident lächerlich gemacht werden solle.

Witterungsübersicht vom 29. Februar 1912.

Table with 7 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag.

Wetterprognose für Freitag, den 1. März 1912.

Zeitweise heiter, am Tage ziemlich warm, aber überdehnt bei etwas lebhaften südwestlichen Winden; wiederholtlich Regen.



Das ist eben der ungeheure Vorzug der Ravon-Seife, daß alles, was im Hause überhaupt zu waschen ist, mit dieser Seife ohne jedes weitere Waschmittel gewaschen werden kann.

Es ist einfach eine Pracht. Es ist jeder Hausfrau aufs dringendste anzuzufempfehlen, unbedingt einmal den Versuch zu machen, und sie soll zu diesem Waschversuch empfindlichere oder besonders verschmutzte Sachen nehmen.

Ein Stück Ravon-Seife (Preis 20 Pfennig) genügt zu diesem Versuch vollständig. Mit einem Stück Ravon-Seife kann man einen ganzen Haufen Wäsche und andere Sachen waschen. (Achtung! Die Ravon-Seife gibt sofortigen Schaum. Starkes Aufdrücken wie bei anderen Seifen ist unnötige Verschwendung! Bei richtiger Behandlung muß man mit halb so viel Seife wie sonst auskommen.) Wer mit Ravon-Seife einmal gewaschen hat, nimmt keine andere Seife wieder.

Eiweiß-Nährschokolade

Für Blut, Kraft, Nerven

Riba Schokolade

Ribba

Riba Kakao

Für Gesunde und Kranke

Eiweiß-Nährkakao

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 1. März 1912.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr: Die geschiedene Frau. Morgen 8 Uhr: Wiener Blut. Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein Walzortraum.

Belle-Alliance-Theater.

8 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin. Sonnabend 3 Uhr: Wilhelm Tell. 8 Uhr: Der Glöckner von Notre-Dame.

Luisen-Theater.

Freitag: Festvorstellung: Eine leichte Person. Sonnabend 4 Uhr: Eneewitshen und die 7 Zwergen. Abends: Der Berschwender.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Napoleon Bonaparte und seine Frauen. Sonnabend 4 Uhr: Robinson Crusoe. 8 Uhr: Napoleon Bonaparte.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet. Die Nacht von Berlin! Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von E. Kalländer. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr. Vollständig neues Programm! 8 für Berlin neue Debüts mit ? Los Nr. 33 ? The Perezoff ufm.

Herrnfeld Theater

Ein neuer Sensationserfolg Wie man Männer bessert. 2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen. Hierzu die Novität: Der Hausteufel. Anfang 8 Uhr. Billetvorverkauf 11-9 (Theaterkasse).

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Pantoffel-Helden. Urfestliche Burleske Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Walhalla-Theater

am Kolonnenplatz. Abends 8 1/2 Uhr: Menschenrechte! Größtes lokales Ausstattungs-Vollstück mit Ballett und Gesang in 5 Akten von Max Reichardt. In Szene gesetzt v. Dir. James Klein. 1. Akt: Geheimnisse im Privatkonk. 2. Akt: Die große Protestversammlung. 3. Akt: Am Ballast. Am Rande des Abgrundes. 4. Akt: Arbeit nieder. 5. Akt: Ein Gottesgericht. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die größte Sünde.

Deutscher Holzarbeiterverband. (Verwaltung Berlin.) 79/17

Sonnabend, den 2. März 1912:

Kirchweih-Fest auf den Terrassen in Germersdorf

in den Gesamträumen der Neuen Welt, Hasenheide 108-114. Auftreten der Original-Tiroler. Bayrischer Hochwald, Gletschersturz und Wasserfall, Rutschbahn, wunderbare Alpendekoration.

Zwei Ball-Orchester unter Leitung der 1. bayrischen Kapellmeisterin Fri. Sissi. Eröffnung 8 Uhr.

Billette à 50 Pf. sind in sämtlichen Zahlstellen, sowie im Zigarrengeschäft von Schwemke, Schönleinstr. 34 und bei Zahrendt, Hasenheide 9, zu haben. Es wird gebeten, sich rechtzeitig mit Billetts zu versehen, da Abendkasse nicht stattfindet.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: Der Glöckner, Gasteln und die Salzburger Alpen. Hörsaal 8 Uhr: Prof. Bock: Die Pflanze als Naturdenkmal und ihr Schutz.

„CLOU“ Berliner Konzert-Haus. Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.

Großes Doppel-Konzert!!! Zillertaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler!!! Anfang 8 Uhr. An allen Wochentagen nachmittags: Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

NEUE WELT.

Arnold Scholz. Täglich: Hasenheide 108/114. Bockbierfest in den bayer. Alpen. Großer Ball. Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag: Wochentags 7 Uhr. Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 50 Pf. 5 Kapellen!

CAFE CORSO. Inhaber Adolf Hajder, Hardenbergstr. 27/28, vis-a-vis Ausstellungshallen. Eröffnung morgen nachmittag 4 Uhr.

Brauerei Friedrichshain am Königstor. Heute Freitag: Elite-Tag. Das größte Bockbierfest Berlins Auf der Alm. Anfang 8 1/2 Uhr. - Entree 30 Pfennig.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Das kleine Café.

Passage-Theater. Heute Premiere. Melia die schönste und gefeiertste russische Tanzkünstlerin. Schneider-Dunker Danell-Truppe etc. und 12 Varieté-Sensationen. Dienstag zum erstenmal: Das Geisterfenster.

Admiralspalast Am Bahnhof Friedrichstraße. Eis-Arena. Geöffnet von 11 Uhr vorm. Nachmittags: Kunstausf. - Produktionen. Abends: Tänze auf dem Eise. Die kleine Charlotte. Das prächtige Eisballett Alpenzauber. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise.

Passage-Panoptikum. Lebend! Lebend! Hede das Löwenmädchen. Ein atavistisches Wunder. Das Mädchen mit dem Mähnenkopf. Halb Mensch - halb Animal. Das blaue Weib, ein Opfer wilder Barbaren. Die Frau in der Kanne, Befreiung a. d. Wassergrab. Ohne Extra-Entree!

Wahalla-Theater. am Kolonnenplatz. Abends 8 1/2 Uhr: Menschenrechte! Größtes lokales Ausstattungs-Vollstück mit Ballett und Gesang in 5 Akten von Max Reichardt. In Szene gesetzt v. Dir. James Klein. 1. Akt: Geheimnisse im Privatkonk. 2. Akt: Die große Protestversammlung. 3. Akt: Am Ballast. Am Rande des Abgrundes. 4. Akt: Arbeit nieder. 5. Akt: Ein Gottesgericht. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die größte Sünde.

Passage-Theater. Heute Premiere. Melia die schönste und gefeiertste russische Tanzkünstlerin. Schneider-Dunker Danell-Truppe etc. und 12 Varieté-Sensationen. Dienstag zum erstenmal: Das Geisterfenster.

Admiralspalast Am Bahnhof Friedrichstraße. Eis-Arena. Geöffnet von 11 Uhr vorm. Nachmittags: Kunstausf. - Produktionen. Abends: Tänze auf dem Eise. Die kleine Charlotte. Das prächtige Eisballett Alpenzauber. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise.

Zirkus Schumann

Freitag, den 1. März 1912, abends 7 1/2 Uhr: Neue Debüts u. a.: Die weltberühmte Auroretruppe, bestehend aus 6 Herron. Die 3 Oravia in einem ganz neuen Genre, sowie die übrig. Spezialitäten. Um 9 Uhr: Das Motorpferd in 5 Akten. Neuestes und größtes Ausstattungsstück der Gegenwart. Sonntags: 2 Vorstellungen, 3 1/2 und 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: Das Motorpferd.

Zirkus Busch

Freitag, den 1. März 1912, abends 7 1/2 Uhr: Komischer Gala-Abend. Die Hexe. Vorher das gr. Galaprogramm. Sonnabend, den 2. März, abends 7 1/2 Uhr: Beginn der großen internationalen Ringkämpfe!

Sarrasani

Schönhauser Allee. Telefon: Nord 4100. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Das Aufsehen erregende NOVITÄTEN-Programm. Sonnabend und Sonntag 3 Uhr und 7 1/2 Uhr: 2 Vorstellungen 2. Vorverkauf a. d. Circus-kasse und an sämtlichen Billetverkaufsstellen von A. Wartheim.

Voigt-Theater.

Gefundenerin Badstraße 88. Freitag, den 1. März 1912: Die Seemannsbraut. Volkstümlich mit Ges. in 5 Akten v. Wilh. Rasteneröffnung 7. Anfang 8 1/2 Uhr. Montag, 4. März: Benefiz Nolly Platen: „Das Mädchen ohne Ehre“.

Casino-Theater

Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch wenige Aufführungen. Ueber 100 mal ausverkauft. Der Kampf ums Dasein. Am 16. März Premiere. Sonnt. 3 1/2 Uhr: Traubendens Sommerfeste.

Königstadt-Kasino.

Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße. Täglich abends 8 Uhr. Sonntag 3 1/2 Uhr: Theater und Varieté. Vom 1.-16. März 8 Spezialitäten und „Kinder der Wüste“: Operetten-Burleske v. O. Richter.

Folies Caprice.

Täglich 8 1/2 Uhr: Loßgelassen. Waffenübung. Wandelsbüch's Vortragsabend.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin.)

Sonntag, den 3. März, mittags 12 Uhr, in Mörners Festfälen (früher Keller), Koppenstr. 27/5*
Außerordentl. Mitglieder = Versammlung.

Tagesordnung:
 Bericht über den außerordentlichen Verbandstag in Berlin und die darauf erfolgte Amtsenthebung des ersten Ortsvorsitzenden und die eventuelle Maßregelung der übrigen vier angestellten Beamten.
 Mitgliedsbuch legitimiert. Anfang präzise 12¹/₂ Uhr.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter - Verband.

Sektion der Putzer.
Achtung! Putzer Achtung!

Sonntag, den 3. März 1912, vormittags 10¹/₂ Uhr:
Mitglieder = Versammlung

Tagesordnung:
 1. Fortsetzung der Diskussion aus der Versammlung vom 4. Februar. 2. Aufstellung und Diskussion über die Kandidaten zum Sektionsvorstand für das Jahr 1912/13. 3. Wahl eines Wahlkomitees und Berichtendes.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, weil um 1 Uhr der Saal wieder geräumt werden muß; wir ersuchen deshalb die Kollegen recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Die örtl. Verwaltung.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.
 Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3:

Versammlung der Dachdeckerhilfsarbeiter.

Tagesordnung:
 1. Neuwahl der Sektionsleitung. — 2. Bericht über die Verhandlungen im Kuratorium. — Verhandlungsangelegenheiten.
 Das Erscheinen aller Berufsangehörigen in dieser Versammlung ist unbedingt notwendig.
 Der Vorstand.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
Möbel
 H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
 kein Laden Tel.: A. III, 5157
 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
 35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- Zentrum: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
 2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchbühlstr. 14, Hochbarterre. 8. und SW.: Hermann Werner, Osnienaustr. 72.
 3. Wahlkreis: St. Fritz, Brinckenstr. 31, Hof rechts port.
 4. Wahlkreis: Dren: Robert Engels, Or. Frankfurterstr. 120. — Richard Hadelbuch, Peterburgerplatz 4 (Laden).
 5. Wahlkreis, Südost: Paul Böhm, Kaufmännische 14/15.
 6. Wahlkreis: Leo Buch, Ammalienstr. 12 (Hof).
 7. Wahlkreis (Moabit): Karl Wunders, Salzweberstr. 8.
 Wedding: A. Dönitz, Nagelschlagstraße 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Rheinbergstr. 67, Laden.
Gesundbrunn: B. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Bars, Orefenbagger Str. 27.
Adlershof: Karl Schwarze, Hoffmannstr. 9.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dürre, Köpenickerstr. 6.
Baumgartenweg: D. Dornig, Marienbaderstr. 13, I.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Brode, Mühlenstr. 5, Laden.
Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Rauf, Bohnsdorf, Genselmannstraße, Borsdorf.
Charlottenburg: Oskar Eshenberg, Seehelmstraße 1.
Fischwalde: Oskar Rahl, Studienstraße 99.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Friedersdorf-Petershagen: E. Heibarth, Petershagen.
Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lankwitz: D. Bernice, Altemir. 5 im Steg.
Friedrichshagen: Ernst Wermann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: Helene, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst: Richard Ritter, Köpenickerstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.
Köpenick: Emil Ehler, Steigerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Gartenbergstraße 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf: E. Heyberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf: August Leib, Chausseestr. 296, Hof.
Marienfelde: Emil Weiner, Dorstr. 14.
Neuenhagen: Gustav Ley, Wolterstraße.
Nieder-Schöneeweide: Eduard, Beyerstr. 6.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneeweide: Alfred Daber, Wilhelmminnenhofstr. 17 II.
Pankow-Niederschönhausen: Rihmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: H. Gutsch, Preussenstr. 56, Laden.
Rixdorf: H. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden; Röhre, Steglitzstr. 25/29.
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nennendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Köppen, Breitenstr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Mühlstraße 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Joh. Krohn, Dorffstraße 62.
Treptow: Rob. Gramenz, Reichelsstraße 419, Laden.
Weißensee: E. Huberman, Sedanstr. 105, pasterre.
Wilmerdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schuber, Wilhelmstraße 28.
Zentrum, Miersdorf: Ernst Härtig, Poststr. 15.
 Sämtliche Verteilungsorte sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Buchhandlung Vorwärts
 — Lindenstr. 69, Laden —
Wichtig für jeden preussischen Steuerzahler
Führer durch das preussische Einkommensteuergesetz
 Vom Arbeitersekretär Rud. Wissell
 mit 19 Formularen für Reklamationen
Preis 30 Pf.
 Frack-Verleih-Institut
 Frank, Gehrod, Smeling-Königs, für jede Größe passend, in großer Auswahl vorrätig.
 S. Berg Nachf. Borchardt, Friedrichstr. 115 I, a. Osnienburg-Tor. Tel. Nord 7402.

Steinarbeiter.

Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58-59:
Kombinierte Versammlung.
Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zur Konferenz und Wahl der Delegierten.
 2. Stellungnahme und endgültige Beschlußfassung zur Frage der örtlichen Arbeitslosenunterstützung. 3. Verschiedenes.
 Die Kollegen, sorgt für zahlreiches und pünktliches Erscheinen.
 Die Versammlung wird präzise eröffnet!
 171/6* Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Verwaltung Berlin.
 Heute, Freitag, abends 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosensaal):
Sitzung der Ortsverwaltung.
 Montag, den 4. März 1912, abends 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15 (Saal 4):
Kombinierte Versammlung der Kontrollkommissionen mit der Ortsverwaltung.
Achtung!
Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!
 Sonntagvormittag von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitslosensaal im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.
 Auch stehen den Besuchern Unterhaltungsspiele zur Verfügung.
 Die Werkstättenvertrauensmänner werden gebeten, die Lehrlinge auf den Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.
 70/16

Bezirk: Ober-Schöneeweide.
 Sonntag, den 3. März 1912, vormittags 9¹/₂ Uhr, im Restaurant „Wilhelmminnenhof“:
Versammlung aller in der Holzindustrie des Kabelwerkes Oberspree beschäftigten Arbeiter.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Exner: „Die Verhältnisse in der Holzindustrie.“ 2. Betriebsangelegenheiten.
 Dienstag, den 5. März 1912, abends 8 Uhr, bei Warnde, Wilhelmminnenhofstraße 15:
Mitglieder - Versammlung.
 Die Zählstelle 33 wird von Goethestraße 11 nach Alt-Boxhagen 56 bei Blumme verlegt. — Die Zählstelle 10 ist von Blumenstraße 33 nach Blumenstraße 34 bei Pilsger verlegt worden.
 Die Ortsverwaltung.

Jeder wähle den durch seine Güte unerreicht dastehenden Kapitän-Kautabak

General-Vertrieb: Carl Röcker, Berlin O 27, Grüner Weg 119.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
 Ortsgruppe Berlin.
 Wegen der Frauenversammlungen fallen am Sonntag, den 3. März, sämtliche Touren aus.

Leihhaus Martin Hirschberg
 Moabit, Turmstr. 57, zwischen Wald- u. Beußelstraße, früher Beußelstr. 23.
 feiert am 1. März sein 10 jähr. Geschäftsjubiläum.
Schallplatten Verleih-Institut.
 Auch nach auswärt. Presp. gratis.
 Karl Borbs, Berlin 69
 Neus Königstraße 33.

Nathan Wand
 129 Staliger Str. 129.
 Die schönsten Herren-Sommerpalots u. Ulster und Anzüge in neuem sowie speziell erstellte, auf Selbe gearbeitete Garben, von 214 L. Kavaliere getragen, fast neu, für jede Figur passend, bezogen auch Anzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
 129 Staliger Str. 129.
 Hochachtungsvoll Kottbuser Tor. Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Stoffe

für engl. Damenstoffe „Neuhelton“, Herrenstoffe 140 breit, Str. 3, 4 u. Tuchinger Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Möbel

nur reelle Qualitäten (keine sogenannte Bazarware) auch auf **Teilzahlung** ohne Preisaufschlag

Komplette Einrichtungen	von 230 M
Moderne Wohnzimmer	von 235 M
Moderne Schlafzimmer	von 295 M
Moderne Speisezimmer	von 315 M
Moderne Küchen	von 48 M

Kein Kredit-Haus

ca. 60 Zimmer ausgestellt. ca. 600 m Ausstellungsraum

Möbel-Magazin Otto Piehl
 Brunnenstr. 120
 Größtes Magazin des Nordens

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

Unvergleichliche Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf.
 Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Hund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte m. stark. Gumm.
 Schwere Leder-Pilot-Teaschen. Große Flecken unsonst.
 Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung
 für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
 Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 11
 Or. Frankfurterstr. 20
 Schöneberg, Hauptstr. 16.
 Haupt-Katalog gratis und franco.
 Nachdr. verboten.

Michel-Salonbriketts
 22. 7.75 pro 1000 (incl. Gehalt) 217*
 Koch, Rixdorf, Bergr. 110 II.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch arbeitende Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei **Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung**
 Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenfelder Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66
 Nähe Alexanderplatz. Ecke Weinmeisterstraße.
 Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Die Gemeindegewahlbewegung.

Kantwig. Heute Gemeindegewahl. In der am heutigen Freitag, den 1. März, stattfindenden Gemeindegewahl nahm am Mittwoch eine im Restaurant tagende Versammlung nachmalige Stellung. Genosse Dr. Rose behandelte unter lebhaftem Beifall das Thema: „Zur letzten Stunde vor der Gemeindegewahl“.

Der Redner geistelte in sarkastischer Weise die Reichs- und kommunale Politik der bürgerlichen Parteien. Gegner meldeten sich trotz Anwesenheit nicht zum Wort. Gemeindegewahlberechtigte Genosse Radtke ließ nachmalige die Konwiger Verhältnisse Revue passieren, unterstützt durch die Genossen Barwick und Schreiber.

Die Wähler des 2. Wahlbezirks wählen in „Belletue“, Spandauer Str. 2. Kandidat ist Genosse Gafes.

Die Wahlzeit ist von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends festgesetzt. Jeder gehe so früh wie möglich zur Wahl.

Die zweite Abteilung wählt am Sonnabend, den 2. März, von 12-5 Uhr in den „Natsstuben“, Hauptstr. 16. Kandidat ist Genosse Kestner.

Genossen! Seht am heutigen und morgigen Tage alle Kraft ein, um den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Eichwalde. Heute Freitag von 4 bis 7 Uhr nachmittags finden im Gemeindegewahlbüro die Erntewahlen zur Gemeindegewahl statt. Zu jeder Wähler seine Pflicht und erscheine rechtzeitig zur Wahl.

Die Kandidat der Sozialdemokratie ist der Genosse Karl König. Das Wahlbüro befindet sich im Restaurant Lindner, Grünauer und Bahnhofsstraßen-Ecke.

Die Parteigenossen, die bei der Wahlarbeit helfen wollen, auch Nichtwähler, treffen sich dort von 8 Uhr nachmittags.

Friedenau. Mit den Vorbereitungen zur Gemeindegewahl beschäftigte sich die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Genosse Richter gab in seinem Referat ein farbenreiches Bild über die heutige Betätigung der Sozialdemokratie in den Gemeindegewahlparlamenten.

Am morgigen Sonnabend, den 2. März, soll in einer in Degersheim Gesellschaftshaus stattfindenden öffentlichen Wählerversammlung nachmalige dargelegt werden, wie notwendig es ist, daß auch die Sozialdemokratie in der Gemeindegewahl Einzug hält.

Schönau. Sonntag, den 3. März, nachmittags von 3-5 Uhr, findet im Lokal von Schulze die Gemeindegewahl der dritten Wählerklasse statt. Als Kandidat ist der Genosse Richard Duwiz, Klempner, aufgestellt.

Es ist nun Pflicht eines jeden Genossen, die kurze Zeit noch häufig zur Agitation anzuhängen, damit unser Kandidat als Sieger aus der Wahl hervorgeht.

Klein-Schönebeck - Fichtenau. Zu der am Montag, den 4. März, stattfindenden Gemeindegewahl nahm am Sonntag eine öffentliche Wählerversammlung Stellung, in der Genosse Tobias über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindegewahlreferenten. Nach eingehender Diskussion, in der hauptsächlich der Wunsch der Einwohner Klein-Schönebeck zum Ausdruck kam, daß auch ihr Ortsteil von der Gemeinde etwas mehr beachtet werden möchte, wurden einstimmig für die dritte Abteilung Genosse Tobias, für die zweite Abteilung Genosse Ray als Kandidaten aufgestellt.

Unsere Genossen werden alle Kräfte aufzubieten müssen, um den Wahlkampf glänzend bestehen zu können.

Pankow. Zu der am Sonntag stattfindenden Gemeindegewahl werden von den Bürgerlichen auch diesmal die größten Anstrengungen gemacht, der Sozialdemokratie die Mandate der zweiten Abteilung zu entreißen. Nach ihrer Ansicht ist die Sozialdemokratie im kommunalen ein unnötiger Faktor.

Aus Gerechtigkeitsgefühl sollen die Arbeiter bei der Gemeindegewahl für den bürgerlichen Kandidaten stimmen. Die Arbeiterschaft wird sich durch solche Worte nicht lockern lassen, sondern ihre Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie geben. Diese sind im ersten Bezirk Buchdruckermeister Georg Eichler (Kingsessener), Expedient Emil Fenger (Nichtangehörer), letzterer ist als Ersatzmann für den Genossen Hirschmeier zu wählen.

Das Wahllokal ist Restaurant Ebersbach, Berliner Str. 102. Gewählt wird von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Das Schlepplokal für den I. Bezirk ist ebenfalls bei Ebersbach.

Für den II. Bezirk sind die Genossen Bureaugehilfe Otto Schmidt und Gehilfen Wilhelm Bahmann, beide für die Ergänzungswahl, als Kandidaten nominiert.

Das Wahllokal ist die Turnhalle der V. Gemeindegewahl, Wolkanstr. 131. Das Schlepplokal befindet sich bei Schulz, Wollankstr. 122. Genossen, welche bei der Wahl helfen wollen, melden sich im Schlepplokal ihres Bezirkes. Parteigenossen, erscheint Mann für Mann und rüttelt die Sämmigen auf, dann muß der Sieg unser sein.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute Freitag: Extra-Zahlabend. Erscheinen aller Pflicht! Der Extrazahlabend der 1. Abteilung findet am Sonnabend bei Lehmann, Stralauer Brücke 3, statt. Der Vorstand.

Zweiter Kreis. Zweite Abteilung. Sonntag, den 3. März, abends 5 1/2 Uhr, im „Landsberger Kasino“, Landsberger Straße 30: Vortragsabend der Genossen Roth über „Die Entziehung der Steuern und ihre Gewinnung im Bergwerk“. Zur Deckung der Unkosten werden 20 Pf. erhoben. Nachdem Lang.

ausschusses. 5. Anträge. Zutritt haben nur die mit Mandaten versehenen Delegierten, ebenso Gäste, welche sich durch ihr Mitgliedsbuch legitimieren können.

Der Zentralvorstand. J. A.: Max Groger. Groß-Richterfeld. Sonntag, den 3. März, früh 8 Uhr, in allen Bezirken: Handzettelverbreitung. Der Vorstand.

Steglitz. Am Sonntag, den 3. März, von morgens 9 Uhr ab, von den Bezirkslokale aus: Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Treptow-Baumhulsenweg. Sonntag, den 3. März, früh 8 1/2 Uhr: wichtige Flugblattverbreitung zu den Gemeindegewahlen. Für den ersten Wahlbezirk treffen sich die Genossen der Bezirke 5, 9, 10, 11, 12 bei Schulze, Am Treptower Park 37, die Genossen der Bezirke 6, 7 und 8 bei Kunze, Eisenstr. 106. Für den zweiten Wahlbezirk finden sich die Genossen der Bezirke 1 bis 4 bei Erbe, Baumhulsenstr. 14, pünktlich ein. Das Wahlkomitee.

Richterfeld. Dienstag, den 5. März: Öffentliche Versammlung der Bürger. - Flugblattverbreitung hierfür am Sonntagvormittag von 8 Uhr ab.

Weihensee. Heute (Freitag), abends 8 Uhr, im Schloß Weihensee: Gemeindegewahl-Versammlung. Genosse Stadts. Leid-Berlin referiert über: „Die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindegewahlreferenten“.

Genossen! Sorgt für guten Besuch dieser Versammlung. In derselben muß zum Ausdruck gebracht werden, daß es der Handvoll Grundbesitzer nicht gelingen darf, die Sozialpolitik der Gemeinde rückwärts zu dirigieren.

Pankow. Heute Freitag, abends 8 Uhr, bei Ebersbach („Kurfürsten“), Berliner Straße 102: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „In letzter Stunde“. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Brandes-Magdeburg.

Am Sonntag, den 3. März, früh 8 Uhr: Rubertverbreitung von den bekannten Stellen. Sonntag abend 8 Uhr bei Ebersbach: Öffentliche Versammlung zur Verkündung des Wahlergebnisses; nachher Gemütliches Beisammensein. Das Wahlkomitee.

Reinickendorf-West. Sonntag, den 3. März, nachmittags 2 Uhr in Veyers Feststätten (Hartmanns Brauerei), Schanzenwegstr. 101/104: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Die Befreiung der Frau durch den Sozialismus“. Referent: Schriftsteller Wilhelm Döwle-Weidenberg. Hierzu heute abend 7 Uhr: Handzettelverbreitung von den Wahllokalen aus. Frauen, erscheint in Massen. Die Bezirksleitung.

Nieder-Schönhausen. Sonntag, den 3. März, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitung.

Birkenwerder. Die Handzettelverteilung zu der am Sonntag, den 3. März, stattfindenden Wählerversammlung findet heute Freitag abend vom Genossen Feuerstuck aus statt.

Schönendorf bei Königs-Wusterhausen. Sonnabend, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal des Gastwirts Herrn Otto Bäsch. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Otto Schenk, Schönberg: „Was haben wir von dem neuen Reichstag zu erwarten?“. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Berlins Stadthaushaltetat für 1912

wurde von der Stadtverordnetenversammlung gestern in einer ersten Beratung im allgemeinen besprochen. Die Debatte, die sich bis in die sinkende Nacht hinzog, war beherrscht von der Frage, ob die Erhöhung des Einkommensteuersatzes auf 110 Prozent vielleicht doch noch einmal zu umgehen sei. Einige Worte der Hoffnung wurden noch vorgebracht, aber sie klangen nicht sehr überzeugend. Auch das Verhältnis Berlins zum Zweckverband Groß-Berlin, der am 1. April ins Leben tritt, wurde von den Rednern berührt. Viel Vertrauen brachte ihm eigentlich niemand entgegen.

Den Entwurf des neuen Etats legte Stadtkämmerer Steiniger, der inzwischen zum Verbandsdirektor für Groß-Berlin Erwählte, als seine letzte Arbeit vor. In seiner Einführungsrede schlug er nicht den herausfordernden Ton an, den er sonst sich bei dieser Gelegenheit zu erlauben pflegte. Aber im übrigen unterschied diese seine letzte Etatsrede sich in nichts von den früheren: sie war reichlich lang — und bar aller großen Gedanken. Er bot, wie immer, lediglich eine fahle Erklärung des Rechenexzesses, als das er — in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Berliner Stadtfreiwirts — die Aufstellung eines Etatentwurfs aufsetzt.

Von höheren Gesichtspunkten aus betrachtete den Etat der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Bruns. Die sozialen und kulturellen Aufgaben der Kommune müssen unter allen Umständen erfüllt werden, das war das Leitmotiv seiner Ausführungen. Wenn das nur möglich sei bei Erhöhung des Einkommensteuersatzes, so müsse man sich dazu entschließen, so sehr im übrigen vielen der minderbemittelten Einwohner eine Erleichterung der Steuerlast zu wünschen sei. Als Genosse Bruns darauf hinwies, daß allerdings eher der Grundbesitz noch stärker besteuert werden könnte, antwortete der Chor der Hausagrarier mit lärmenden Zurufen. Wieviel Berlin an sozialen und kulturellen Aufgaben noch zu erfüllen hat, das zeigte unser Redner in sehr eingehenden Darlegungen, die sich über das ganze Gebiet kommunaler Betätigung verbreiteten.

Gegen den Vorschlag, den Grundbesitz noch mehr zu den kommunalen Lasten heranzuziehen, wandte sich Stadtverordneter Cassel. Fast in demselben Atemzuge sagte er, daß auch eine Erhöhung des Einkommensteuersatzes ihre großen Bedenken habe. Zum Schluß äußerte er die leise Hoffnung, daß man vielleicht noch einmal mit 100 Prozent fertig werden könne. Wie man das machen solle, vergah er zu sagen.

Oberbürgermeister Kirchner vermied diesen Nachweis und fragte, woher denn die Deckung genommen werden solle. In der Debatte hatten Bruns und Cassel auf die von der „Großen Berliner Straßenbahn“ an die Stadtgemeinde gezahlten 23 Millionen Mark hingewiesen und Aufbewahrung als Reserve empfohlen. Herr Kirchner teilte mit, daß die Regierung die neue Anleihe um diesen Betrag kürzen will, so daß die Stadt die 23 Millionen wohl werde mitausgeben müssen. Den Vorschlag unseres Redners den Vertrag mit den Elektrizitätswerken zum nächsten Termin zu kündigen und der Stadt eine neue Einnahmequelle zu erschließen, wies Herr Kirchner von vornherein zurück.

Die weitere Beratung spielte sich vor leeren Bänken ab. Stadtverordneter Goldschmidt suchte die Aufmerksamkeit noch einmal zu wecken durch eine Anrempelung der Sozialdemokratie, indem er gegen Genossen Bruns wegen einer

Äußerung über die Jugendpflege polemisierte. Als letzter sprach Stadtverordneter Dyhrenfurth.

Dann wurde der Etatentwurf dem Ausschuss überwiesen, der sofort ernannt wurde und schon am heutigen Freitag seine Beratungen beginnen soll.

Zur Bekämpfung der Schundliteratur und zur Förderung des Vertriebes guter Unterhaltungslektüre hat das Gewerkschaftshaus bekanntlich folgende Einrichtungen getroffen:

1. Anerkannt gute Jugendschriften zum Preise von 10-30 Pf. sind in größerer Anzahl angeschafft worden und werden teilweise gegen Deposition des Preises zur Verfügung gestellt.

2. Jedermann erhält in den Ausgabestellen ohne Legitimation so viele Bücher wie er will. Er hat entweder den Wert der Bücher zu deponieren oder bereits früher entnommene Bücher zurückzugeben. Eine Leihgebühr wird nicht erhoben.

3. Wer die Bücher behalten will, hat dazu das Recht, er hat dann bei Entnahme neuer Bücher wiederum den entsprechenden Betrag zu deponieren.

Die Ausgabe der Bücher erfolgt im Gewerkschaftsbureau, Jugendheimen, Parteipostämtern, Zigarrengeschäften usw. Im Jahre 1911 wurden folgende Bücher umgelegt: Wiesbadener Volksbücher 2487, Schagarüberchriften 1485, Bunte Bücher 942, Bunte Jugendbücher 793, Deutsche Volksbücher 765, Deutsche Jugendbücher 740, Koenigs Kinderbücher 200, Sende-Bibliothek 198, Aufwärters-Bibliothek 190, Weises Märchenbücher 88, Quellen 51, Schöffleins blaue und grüne Bändchen 42.

Im ganzen gelangten zur Ausgabe: 6843 Hefte a 10 Pf., 775 Hefte a 15 Pf., 1100 Hefte a 20 Pf., 405 Hefte a 25 Pf., 353 Hefte a 30 Pf. und höher.

Es sind also 7861 Hefte verbreitet worden. Ein großer Teil der Bücher wurde nicht zurückgegeben, sondern als Eigentum behalten. Die übrigen Bücher konnten ungefähr sechs bis zehnmal verliehen werden, bevor sie vernichtet werden mußten. Im allgemeinen hat sich der vom Gewerkschaftshaus eingeschlagene Weg zur Bekämpfung der Schundliteratur als ein praktischer und gangbarer erwiesen.

Die Deputation für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen beschloß in ihrer gestrigen Sitzung unter anderem im Neubau der Webeschule eine Abteilung für Spinnerei einzurichten. Ferner soll dem Besuch des Deutschen Optikerverbandes um Einrichtung einer Fachklasse an der ersten Handwerkerhochschule stattgegeben werden. Die Klasse wird zum 1. April d. J. eingerichtet werden.

Die Verkehrsdeputation, die gestern tagte, nahm Kenntnis von dem Schreiben des Polizeipräsidenten vom 31. Januar d. J., betreffend die Nord-Süd-Bahn. Es wurde beschlossen, mit dem Polizeipräsidenten nochmals in kommissarische Verhandlungen einzutreten.

Ringkämpfe und Boxkämpfe. Das Polizeipräsidium teilt mit: Von einigen Berliner Blättern wird die Auffassung vertreten, daß der Polizeipräsident — abweichend von seinem früheren Standpunkt — neuerdings die Erlaubnis zu Ringkämpfen erteilt hat. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß das polizeiliche Verbot nur sogenannte Ringkämpfe „Konkurrenzen“ betroffen hat, bei denen der jeweilige Sieger dem Sieger eines anderen Ringkampfes gegenübergestellt wird, bis auf diese Weise einer der Kämpfer als Ueberwinder der übrigen hervorgeht. Durch solche Ringkämpfe-Konkurrenzen wird das Publikum in harte Erregung versetzt, zu Wetten verleitet und zu Aufstrebungen hingerissen. In diesem Verbot ist nichts geändert worden. Auch die hiesigen Ringkämpfe-Erlaubnisse werden nur die Erlaubnis zur Vorführung rein sportlicher Ringkämpfe, die mit Konkurrenz nicht zu tun haben, bei denen vielmehr durch Auslösung ermittelte Kämpfer ihre Fertigkeit zeigen, ohne daß Preise ausgesetzt oder beste Leistungen festgestellt werden. Eine andere Stellung nimmt die Polizeibehörde gegenüber den Boxkämpfen ein, welche wegen der Roheit des Eindruckes überhaupt nicht zugelassen werden, während der Ringkampf als solcher unbedenklich erscheint und erst durch die mit den „Konkurrenzen“ verbundenen Auswüchse die öffentliche Ordnung gefährdet.

Ueber die Berliner Zentrale für private Fürsorge (Bureau: Plottowstr. 4) wurde an dieser Stelle kürzlich berichtet. Wir bezeichnen es als einen Fortschritt, daß hier der Versuch gemacht ist, die private Wohltätigkeit unter Ausschaltung der berechtigten Wohltätigkeitsorgane und ähnlicher Amusements sozusagen zu organisieren. Viele Fäden laufen nunmehr an einem Punkte zusammen. Privatpersonen, die um Unterstützung ersucht werden, geben die Gesuche an die Zentrale weiter und machen ihre Hilfe in jedem Einzelfalle von der erhaltenen Auskunft abhängig. Auf diese Weise kann dem gewerksmäßigen Vorkommen ganz erheblich gesteuert werden, da es schon in Hunderten von Fällen gelungen ist, hinter die Schilde der unglücklichen Vettelbriefschreiber zu kommen. Andererseits wird nach den im letzten Tätigkeitsbericht der Zentrale enthaltenen Darlegungen Wert darauf gelegt, daß man nicht nur mit dem bekannten Tropfen auf dem heißen Stein hilft, sondern systematisch die Not möglichst radikal zu beheben sucht. Die Zentrale gehörte auch zu denjenigen Institutionen, welche den vorjährigen Blumentagsrummel als öffentliche Vettelei streng verurteilten und sich von ihm fernhielten.

Dazu wird uns geschrieben: Wenn in weiten Kreisen der ärmeren Bevölkerung geflagt wird, daß die Zentrale selbst da, wo offensichtliche Not vorhanden war, versagt hat, so soll das noch kein Grund zu abfälliger Kritik sein. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen gegenüber den kolossalen Anforderungen nicht aus. Es ist also einstweilen nicht möglich, in jedem Notfalle so zu helfen, wie man vielleicht helfen möchte. Das geht anderen Hilfsanstaltungen, die in ihrer Art auf gutem Boden stehen, genau so. Dagegen scheint es, als ob in manchen Fällen die Redner noch der Bedürftigkeit nicht in der richtigen Form angeht. Die Zentrale läßt durch ihre ehrenamtlichen Helfer Auskunft bei allen möglichen Stellen einholen, versäumt es aber häufiger, die notleidende Familie oder Einzelperson selbst aufzusuchen und sich durch Augenschein von den zutreffenden Verhältnissen zu überzeugen. Wird aber nur auf fremde Auskunft etwas gegeben, so kann sehr leicht ein Bild entstehen, das der Wirklichkeit nicht entspricht. Bedenklich ist es auch, dem in der Zentrale schon massenhaft aufgesammelten Auskunftsmaterial ausflagegebende Bedeutung auch für alle ferneren Zeiten beizumessen. Es kann jemand vor mehreren Jahren tatsächlich nicht würdig gewesen sein für private Hilfe, während sich später die Verhältnisse so ändern, daß die Hilfe dringend am Platze ist. Auch darüber herrscht Nichtstimmung, daß die Zentrale ihre Auskünfte zum Teil von noch recht jugendlichen Damen und Herren, die für soziale Verhältnisse im untersten Milieu wohl schwerlich immer das richtige Begriffsverständnis haben, einholen läßt.

Ueber die „Unsicherheit“ der Bornholmer Straße kommt seit längerer Zeit der Kommunalverein der nördlichen Schönhauser Vorstadt in beweglichen Eingaben. Die zuständigen Polizei-Revierverwalter haben besondere Maßnahmen abgelehnt. Der Verein will, wie er in seinem Organ schreibt, sich damit nicht zufrieden geben und das Polizeipräsidium anrufen, um für den fraglichen Bezirk die Heranziehung von Polizeibanden zu erreichen. — Tatsächlich sind die Klagen des Vereins weit übertrieben. Nach Niederlegung des Scheinviertels haben sich allerdings nach der Schönhauser Vorstadt jenseits der Ringbahnbrücke unlautere Elemente hingesogen. Auch ist es eine bekannte Erscheinung, daß an der Reichsblumengrenze in neueren Stadtteilen mit breiten Straßenzügen und größeren Häuserläden nächtlicherweile eine gewisse Unruhe herrscht. Doch kann hier von gefährlichen Zuständen kaum die Rede sein. Vor allem sollte man es doch vermeiden, gleich nach dem Polizei-

